PROTOKOLL

über die 20. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Donnerstag, 2. Dezember 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:
Erich Sablik
Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Karl Holub
Ing. Othmar Schloßgangl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Gerhard Bremm
Günter Fürweger
Ulrike Fuchs
Johan Glanzer
Hans-Dieter Götz
Richard Gollatsch
Kurt Apfelthaler
Engelbert Huber
Klaus Jansky
Anna Jeloucan
Engelbert Lengauer
Friederike Mach
Josef Mayr
Hans Payrleithner
Mag. Harald Pilipps
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Marco Vanek
Dr. Tilman Schwager
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl

Entschuldigt:
Felicitas Bauer
Josef Brandstötter
Brigitte Lohnecker
DI Frank Mundorff

VOM AMT:
MD Dr. Kurt Schmidl
OMR Dr. Gerhard Alphasamer
SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
OAR Walter Kerbl
Mag. Lemmerer
OAR Anton Obrist

PROTOKOLLFÜHRER:
OMR Mag. Augustin Zineder
Garstenauer Andrea

TAGESORDNUNG

1) Eröffnung der Sitzung;
Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und der Bekanntgabe der Protokollprüfer

2) Behandlung von allfälligen Anfragen

3) Mitteilungen des Bürgermeisters

4) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS.

5) Verhandlungsgegenstände

6) Aktuelle Stunde

KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES:
gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1)	GHJ1-126/93	Anschaffung eines Plankopiergerätes für den Geschäftsbereich III; Ersatzbeschaffung.
2)	ÖAG-7948/92 Stadtwerke	Schülerfreifahrt - Erwerb einer Schülernetzmarke für die Benützung des gesamten Liniennetzes der Stadtwerke Steyr; Erweiterung dieser Möglichkeit für Schüler ohne Schülerfreifahrtschein - Fahrpreisersatz.
3)	Bau3-7954/92	Errichtung von Haltebuchten für die städtischen Buslinien in der Siemensstraße; Grundeinlösen.
4)	Wa-1564/73	Schottergrube Niedermayr; Projektierung
5)	Umw-16/93	Projektgruppe "Solarkollektor" des Jahresganges 5 HM der HTL-Steyr.
6)	ÖAG-7903/90	Kaufverträge Knogler-Gründe; Zahlung der Wertsicherung für die Kaufpreisraten 1992.
7)	Fin-37/93	Verein "Ferienheim der OÖ. Gemeindebediensteten" Subvention in Bad Aussee.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:
gem. Pkt. 5 der Tagesordnung

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

1)	ÖAG-169/93 Abfall	Abschluß eines Vertrages zw. der Stadt Steyr bzw. dem Bezirksabfallverband Steyr-Stadt, der Fa. Bittner, der Fa. Waizinger und der ARGEV.
2)	GHJ1-108/93	Ankauf einer Laderaupe in Mülldeponieausführung

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

3)	ÖAG-7690/92 Stadtwerke	Verlustersätze Stadtbad und Kunsteisbahn 1992.
4)	ÖAG-4448/92 Stadtwerke	Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten.
5)	ÖAG-166/93	Krematorium Steyr; Wertanpassung der Tarife einschließlich Bindung dieser an den Verbraucherpreisindex 1976 ab 1.1.195.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

6)	Bau5-4177/86	Alten- und Pflegeheim Tabor; Kanalinstandsetzungsarbeiten im Bereich Rettungs- und Küchenzufahrt samt Asphaltierungsarbeiten.
7)	SH-850	Tarif- und Gebührenordnung im APT ab 1.1.1994.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

8)	BauT-582/93	Kanalanschluß Geschützte Werkstätte; KG Hinterberg.
9)	Bau6-4840/83	Detailprojektierung Regenrückhaltebecken, Sammelkanal F III zw. Ennser Straße und Steiner Straße und Überarbeitung HS F III und Kanalisation Weinzierl, 2. Ausbaustufe (Löwengutsiedlung); restliche Mittelfinanzierung.

10) Bau3-2296/92 — Verbindungsstraße Ennser Straße - Resthofstraße, neue Marlen Haushoferstraße; VLSA an der Ennser Straße.

11) Bau3-7370/92, Bau6-6672/92 — Baumaßnahmen Steyrdorf 3. Teil; I. Pflasterung; II. Auftragserweiterung Schuhbodengasse.

12) Ges-16/93 — Anstrahlung von Gebäuden im Stadtgebiet; 1. Ausbaustufe: Rathaus, Bummerlhaus und Taborrestaurant.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

13) Ha-3900/92 — Nachtragsvoranschlag 1993.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie herzlich begrüßen und eröffne die heutige Sitzung. Ich begrüße auch die Vertreter der Presse die Damen und Herren die aus der Bürgerschaft heute gekommen sind. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und daß als Protokollprüfer Herr Gemeinderat Dr. Tilman Schwager und der Gemeinderat Apfelthaler gemeldet sind. Nehmen die beiden Herren diese Funktion an? Beide nehmen diese Funktion an und sind somit bestellt. Entschuldigt haben sich Herr Gemeinderat DI Frank Mundorff, Gemeinderätin Brigitte Lohnecker, Herr Gemeinderat Josef Brandstötter und Frau Gemeinderätin Felicitas Bauer.

Meine Damen und Herren am 25. November des Jahres ist eine Anfrage der Gemeinderäte Kurt Apfelthaler und Marco Vanek eingelangt, die folgenden Inhalt hat:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die unterfertigten Gemeinderäte richten an Sie gem. § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgende Anfragen: Vor ungefähr einem Jahr wurde Prof. Dr. Peter Breitling vom Gemeinderat beauftragt, ein Stadtentwicklungskonzept für Steyr zu erstellen. In diesem Zusammenhang richten wir an Sie folgende Fragen:
1a) Wie ist der neueste Stand der Arbeiten von Dr. Breitling rund um das Stadtentwicklungskonzept?
1b) Hat Dr. Breitling bereits einen schriftlichen Zwischenbericht erstellt?
2) Welche Arbeiten werden von Dr. Breitling noch erwartet?
3) Wann ist mit der endgültigen Fertigstellung des Stadtentwicklungskonzeptes zu rechnen?
4) Wird Dr. Breitling ein lokales Entwicklungskonzept für das neu erworbene Stadtgut erstellen?
5) Plant die Stadt im Zuge der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes auch öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit der Bevölkerung, wie zB Stadtteilgespräche, oder sind andere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung vorgesehen?
6) Wie hoch sind die bereits geleisteten Zahlungen der Stadt Steyr für Honorarnoten, Spesen und andere Aufwendungen an Dr. Breitling?

Wir ersuchen Sie, die Anfragen bis zur Gemeinderatssitzung am 2.12.1993 zu beantworten.

Ich darf Ihnen dazu folgendes berichten:
Zu 1a) Die ursprüglich für Oktober 1993 geplante Fertigstellung des Vorentwurfes mußte mangels Verfügbarkeit statistischer Daten, welche über das Statistische-Zentralamt nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung auf Frühjahr 1994 verschoben werden.
Zu 1b) Von Dr. Breitling wurden im Rahmen des Gesamtauftrages bereits verschiedene schriftliche Zwischenberichte erstellt, beispielhaft werden Berichte zur Schulraumverteilung in Steyr Nord, Ankauf des Stadtgutes, Bebauung der Knogler-Gründe und des Jägerberges angeführt.
Zu 2) Vertragsgemäß hat Prof. Dr. Breitling einen Vorentwurf des Entwicklungskonzeptes vorzulegen und mit den Bürgern zu diskutieren. Nach Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse ist von Dr. Breitling ein verordnungs- bzw.

beschlußreifes Stadtentwicklungskonzept zu liefern.
Zu 3) Wie bereits unter Pkt. 1) angeführt, ist mit der Fertigstellung des Vorentwurfes im Frühjahr 1994 zu rechnen. Die Dauer der daraufhin erforderlichen öffentlichen Diskussion kann natürlich nicht genau abgeschätzt werden, jedenfalls nach endgültiger Annahme des Vorentwurfes ist bis zur Fertigstellung des beschlußreifen Endberichtes ein Zeitraum von 8 Monaten höchstens vereinbart.
Zu 4) Dr. Breitling hat bereits für den Ankauf des Stadtgutes ein entsprechendes Gutachten erstellt und wird selbstverständlich in allen Entscheidungen, die eine künftige Verwendung der Stadtgutliegenschaft betreffen, eingebunden.
Zu 5) Öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit der Bevölkerung sind laut Auftrag vorgesehen.
Zu 6) An Dr. Breitling wurde bisher ein Betrag von 240.000,-- als Teilzahlung angewiesen.

Eine weitere Anfrage ist von Herrn GR Günter Fürweger an Herrn Stadtrat Leopold Tatzreiter gerichtet worden. Ich darf in diesem Zusammenhang den Kollegen Stadtrat Tatzreiter bitten, diese Anfrage vorzutragen und auch die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT
LEOPOLD TATZREITER:
Danke, dem sehr geehrten Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Es hat mir der Herr Kollege Gemeinderat Fürweger einen Fragenkatalog gestellt. Ich darf die Reihung auch gleichzeitig beantworten. Dieses Schreiben ist noch rechtzeitig eingegangen, sodaß es heute behandelt werden muß und die Fragen belaufen sich auf:

Frage 1) Wieviele Wohnungssuchenden gibt es derzeit in Steyr?
Auf diese Frage kann ich gleich direkt antworten. Mit Stand Oktober 1993 lagten im Wohnungsamt 3.210 Wohnungssuchendenanträge auf.
Frage 2) Wie ist die zahlenmäßige Aufschlüsselung der Wohnungssuchenden nach Personengruppen (Jungehepaare, Singles, Wohnungstauscher etc.). Die Frage 2) ist damit zu beantworten: Von den 3.210 Wohnungssuchenden wurden 1.032 von Ehepaaren, 1.293 von Singles gestellt den Rest betreffen Ansuchen von Allein-stehenden mit Kindern bzw. 446 Ansuchen lauten auf Wohnungstausch.
Frage 3) Wann glauben Sie ist es nicht mehr notwendig, am Stadtrand von Steyr neue Wohnungsanlagen zu errichten?
Die Frage 3 ist damit zu beantworten: Der Notwendigkeit entsprechend der Errichtung neuer Wohnanlagen am Stadtrand von Steyr kann nicht nur nach der Zahl von Wohnungssuchenden beurteilt werden, sondern ist im Zusammenhang mit sämtlichen grundlegenden Fragen der Stadtentwicklung zu sehen. Dabei ist auf eine Ausgewogenheit zwischen Arbeitsplatzentwicklung und Wohnflächen ebenso Rücksicht zu nehmen wie auf eine sinnvolle Verteilung von Miet- und Eigentumswohnungen sowie sämtlicher Formen des Einfamilienhausbaues. Wenn auch die Zukunft der Stadterneuerung in Form Revitalisierung usw. bestehender Wohnobjekte weiterhin von Bedeutung sein wird, ist eine Baulanderweiterung auch in Zukunft notwendig. Zur Beurteilung all dieser Fragen hat die Stadt Steyr, wie auch dem Herrn Gemeinderat Fürweger bekannt sein müßte, die Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes in Auftrag gegeben. Dieses Konzept soll in weiterer Folge zu einer

Neubearbeitung dieses Flächenwidmungsplanes in dem eine Aufteilung des Stadtgebietes in Grünland, Bauland und Verkehrsflächen vorgesehen ist, ausgebaut werden.
Frage 4) Wieviele Wohnungen beabsichtigen Sie im nächsten Jahr im Altstadtbereich durch Förderungsmaßnahmen zu schaffen? Diese Frage ist damit zu beantworten: Eine Schaffung von Wohnungen im Altstadtbereich durch die GWG der Stadt Steyr (Neubau, Sanierung) ist nicht geplant, jedoch gibt es private Initiativen, vor allem in den Stadtteilen Wehrgraben und Steyrdorf. (wir kennen das) aber auch ich darf anmerken, wie gerade erst vor wenigen Tagen, eigentlich erst vor 2 Tagen, wird im Bereich Haratzmüllerstraße ein solches Bauloch gefüllt, dh wir wollen auch den Zusammenhang soweit es möglich ist forcieren.
Frage 5) Wann wird es für die Mieter möglich sein, sich Mietwohnungen der Stadt Steyr kaufen zu können?
Die Frage ist ein wenig ausführlicher zu beantworen und ich habe dies auch schon mehrmals getan, aber ich wiederhole mich hier gerne. Im 3. Wohnrechtsänderungsgesetz vom 26. Nov. 1993, das mit 1.1.1994 in Kraft tritt, wurden im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz genaue Regelungen über den Verkauf von Mietwohnungen getroffen. Im § 15 b (Antrag auf nachträgliche Übertragung in das Wohnungseigentum) wird der Anspruch der Mieter auf den Kauf einer nach dem 31.12.1993 aus öffentlichen Mitteln geförderten Mietwohung nach insgesamt 10jähriger Mietdauer geregelt. Voraussetzung dafür ist die Bezahlung der anteiligen Grundkosten in den ersten drei Jahren. Das ist ganz genau dort festgelegt. Weiters im § 15 c (Sonstige nachträgliche Übertragungen in das Eigentum) wird geregelt, daß, wenn eine Bauvereinigung die nachträgliche Übertragung von Mietwohnungen in das Eigentum beabsichtigt, die Mieter oder sonstigen Nutzungsberechtigen unter Setzung einer Frist von 6 Monaten zur Antragsstellung geladen werden können. Die Festsetzung des Verkaufspreises erfolgt in beiden Fällen durch das Gericht, wobei dies bei der Festsetzung vom Verkehrswert der Wohnung unter Berücksichtigung der wertbildenden Umstände insbesondere des "Vermietungsabschlages" auszugehen hat.

Das heißt, bei neuen Wohnungen, die ab 1994 gefördert werden, haben die Mieter das Recht auf Kauf der Mietwohnungen nach 10 Jahren, bei Altwohnungen liegt die Entscheidung beim Eigentümer. Zu bedenken dabei ist, daß der "Vermietungsabschlag" den Verkehrswert und die damit zu erwartenden Einnahmen entsprechend mindern wird, sodaß diese Wohnungen aus dem Angebot an Wohnungen für den Wohnungssuchenden oder für die Wohnungssuchende ausscheiden und daß die Verwaltung von gemischten Objekten zu großen Schwierigkeiten führt. Ich habe das schon mehrmals angesprochen, wenn also seitens des Eigentümers überhaupt ein Verkauf von Altwohnungen angestrebt wird, so sollte dies nur unter der Voraussetzung möglich werden, daß das gesamte Objekt ins Eigentum übergeht, dh, daß das gesamte Objekt an die Mieter verkauft werden kann, sodaß nicht eine gemischte Mieterstruktur in die Verwaltung einfließt, weil das für die Verwaltung erstens sehr sehr schwierig ist und der Streit zumindest schon

vorprogrammiert ist. Ich glaube damit dieses beantwortet zu haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich danke auch für diese Beantwortung. Es ist eine weitere Anfrage des Gemeinderates Fürweger an den Vizebürgermeister Sablik ergangen. Ich bitte hier sowohl die Anfrage als auch die Beantwortung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Der Gemeinderat Fürweger richtete eine Anfrage bzgl. der Liegenschaft Hermann Bauer, Unterhimmlerstraße 2 in der er darauf aufmerksam macht, daß hier ein Öltank gegen alle gesetzlichen Bestimmungen vergraben wurde und dieser regelmäßig mit Altöl befüllt wird bzw. wurde. Seine Anfrage (ich mach das etwas verkürzt) lautet, welche Maßnahmen wurden bisher ihrerseits in dieser Angelegenheit unternommen und wurde in dieser Angelegenheit schon mit dem Umweltanwalt von OÖ. Herrn Dr. Wimmer Kontakt aufgenommen. Diese Anzeige vom 11. Okt. wurde an die zuständige Abteilung, nämlich die Bezirksverwaltungsbehörde IV weitergeleitet, weil die Umweltabteilung, die zu meinem Referat gehört, hier in diesem Fall keinen Behördencharakter hat. Es wurde ein Lokalaugenschein mit Fachleuten ausgeschrieben und zwar am 28. Okt., daß war aufgrund der notwenigen im Gesetz vorgesehenen Fristen der möglichst kurzen Terminfindung. Herr Bauer war an diesem Tag bei dieser Verhandlung nicht dabei und der von Ihnen im Schreiben genannte Nachbar (ich sage den Namen hier extra nicht) erklärte anläßlich dieses Lokalaugenscheines, daß er sich sicher sei, daß hier etwas vergraben wurde. Die Zusicherung die er Ihnen gemacht hat, nämlich eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, war von wenig Wert, weil er hat nämlich dann diese eidesstattliche Erklärung nicht abgeben. Er konnte auch nicht die genaue Örtlichkeit beim Lokalaugenschein angeben. Weiters war er auch nicht in der Lage, den angeblich vorhandenen Einfüllstutzen für das Altöl zu bezeichnen. Gegen den Grundstückseigentümer ist noch ein weiteres Verfahren im Gange. Es wird daher notwendig sein, aufgrund der nunmehr sich ergebenen neuerlichen Beauftragung der Abteilung IV, des Amtes der Landesregierung sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit zu befassen. Dem Umweltanwalt Dr. Wimmer wurde das mitgeteilt, jedoch ist er für diese Angelegenheiten nicht zuständig, er wird sich aber damit befassen, dies hat er mir anläßlich einer anderen Angelegenheit versichert. Es ist hier wie überall, daß von aufmerksamen Bürgern etwas aufgezeigt wird und die Behörde aber dann mangels (wie soll ich den sagen) Stichhaltigkeit dieser Angaben nicht tätig werden kann. Wir haben uns ein Mienensuchgerät ausgeliehen und sind dann über das Gelände gegangen. Das Gerät schlägt aber am ganzen Areal aus, weil hier ja ein altes Nagelwerk fast 150 Jahre in Betrieb war. Es wurden diese Mauern eingeebnet und somit liegen sehr viele Eisenteile darunter, sodaß es über anschlägt. Ein Tank wurde jedenfalls nicht angezeigt. Es wurde auch mit dem Baggerunternehmen, die während der Nacht diese Auftragsarbeiten gemacht haben, gesprochen (Name können Sie bei mir dann holen). Der hat eidesstattlich in einer Niederschrift angegeben, daß er keinen Öltank oder überhaupt tankähnliche Geräte eingegraben hat

und es ist ihm doch eine gewisse Wahrscheinlichkeit zuzubilligen, weil er jetzt im Prozeß mit dem Grundstückseigentümer lebt, da geht es um verschiedene finanzielle Abgeltungen. Also gerade in diesem Fall wo die Beiden nicht sehr befreundet sind, glaube ich doch, daß er hier die Wahrheit gesagt hat. Das ist der letzte Stand der Dinge und wir sind ja dort in regelmäßigen Abständen, weil immer wieder etwas Neues vorkommt.

Es ist ja ein Sorgenkind der Stadt sondergleichen. Leider kann man hier das Ortsbild nicht einklagen, weil dort sieht es ja aus wie früher im Wehrgraben beim "Rusalek". Wir Wehrgrabenkinder haben früher gesagt, wenn es wo sehr unordentlich war, tausende Abfälle herum lagen, haben wir immer gesagt, da sieht es aus wie beim "Rusalek". Das werden sie nicht mehr kennen, aber diese Sprichwort paßt dort am Beginn der Unterhimmler-Au hin.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke dem Kollegen Sablik. Ich hoffe, daß die Anfrage damit ausreichend beantwortet wurde. Damit sind die Anfragen beantwortet.

Zu Pkt. 3, Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß sich die Wirtschaft- und Arbeitsmarktlage nicht wesentlich verändert hat. Es sind kaum saisonelle Veränderungen zu spüren gewesen im abgelaufenen Monat. Die Zahl der offenen Stellen und der vorgemerkten Arbeitslosen sind gegenüber dem Vormonat sogar leicht gesunken, daß ist bei dieser Jahreszeit eher ungewöhnlich. Hier haben verschiedene Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung offenbar gegriffen. Mit Ende Oktober waren 3.780 Arbeitslose beim Arbeitsamt Steyr vorgemerkt. Im Vergleich zum Vormonat bedeutet dies ein Minus von 59 bzw. 1,5 %. Die Quote liegt momentan bei 9,1 % es ist hier ein starkens Ansteigen prognostiziert worden. Es ist aber, Gott sei Dank noch nicht eingetroffen, aber spätestens, wenn es die Freistellungen aus der Bauwirtschaft gibt (saisonell), dann wird diese Marke leider erreicht bzw. überschritten werden.

In den heutigen Zeitungen bzw. in den Zeitungen der letzten Tage liest man wieder über eine Imagekampagne. Man ist der Meinung so etwas sollte für unsere Stadt entwickelt werden. Ich bin grundsätzlich auch dieser Auffasssung. Ich glaube, wir sind uns alle einig, es ist aber auch natürlich eine Kostenfrage. Ich darf darauf hinweisen, daß im mittelfristigen Investitionsplan in Folge 13 Millionen Schilling verteilt auf eine Reihe von Jahren vorgesehen sind. Es ist allerdings momentan bei der Beratung über den sehr schwierigen Haushalt 1994 kein Mitteleinsatz für das nächste Jahr vorgesehen. In Bezug auf die Notwendigkeit, hier den Verkehrsbetrieben ein besseres Image zu verpassen, kann ich nur den "Grünen" wohl beipflichten. Ich glaube, daß hier etwas notwendig ist, es ist nur nicht ganz neu was ich hier sage, meine Herren. Ich habe nämlich schon nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden am 4. 3. dJ die Stadtwerke beauftragt, hier ein Marketingkonzept für die Verkehrsbetriebe erarbeiten zu lassen. Es ist dort auch festgestellt worden, daß wir eine Berichterstattung über den Fortgang dieser Bemühungen erwarten. Vielleicht kann irgendwann einmal der Kollege Eichhübel dazu den Gemeinderat informieren.

Weiters möchte ich sagen, daß zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen, der eine betrifft einen Antrag, der eigentlich nicht als Dringlichkeitsantrag behandelt werden müßte, nämlich der Fraktion der GAL-Gemeinderäte, Kurt Apfelthaler und Marco Vanek, sie haben hier während meines Urlaubes einen Antrag zeitgerecht eingebracht, aber durch den Postlauf ist er nicht rechtzeitig auf die Tagesordnung gekommen. Ich schlage daher vor, daß dieser Antrag im Wege des Dringlichkeitsantrages dennoch einer Behandlung zugeführt werden soll. Er betrifft die Verfassung einer Resolution zum Verkehrskonzept und dem Fahrplan der ÖBB die ja, wie wir gehört haben hier Sparmaßnahmen umsetzen und einige Züge einstellen wollen. Ich darf Sie meine Damen und Herren des Gemeinderates informieren, daß ich mich natürlich schon im Sommer bemüht habe und beim Bundesminister, bei der Landesregierung und auch bei der ÖBB-Generaldirektion und beim Generaldirektor Übleis damals noch, daß hier diese Verschlechterungen für die Verkehrsbedingung in Steyr unterbleiben sollen. Ich darf ihnen heute erfreulich berichten, daß Herr Direktor Seebacher, OÖ Direktor der ÖBB, mit einer Tagung in Steyr ist. Wir haben heute in der Früh ein Gespräch geführt über den Fortgang der Baumaßnahmen bei der Bahnhofsüberbauung, aber auch im Hinblick auf diese Pläne, hier Züge einzustellen. Ich darf weiters wirklich erfreulich berichten, daß bis zum September des nächsten Jahres, also die volle Laufzeit des gegenwärtigen Fahrplanes, keine Züge nach Steyr eingestellt werden. Dennoch glaube ich aber, daß es richtig und zweckmäßig ist, wenn heute der Gemeinderat sich mit dieser Resolution beschäftigt und daß wir einen Beschluß, und zwar einen möglichst einstimmigen, herbeiführen, sodaß so eine Resolution vom Gemeinderat auch beschlossen und weitergeleitet wird. Weil natürlich die Sparmaßnahmen bei der ÖBB nicht aufgehoben sind und weil leider (daß muß man dazu sagen) hier die Benutzerfrequenzen nach meinen Informationen sehr sehr niedrig sind. Natürlich sind wir nicht davor gefeit, daß hier bei den Bundesbahnen in der Zukunft einmal eine Streichung von irgendwelchen Zügen erfolgen könnte. Grundsätzlich müssen wir uns ja um eine bessere Verkehrsanbindung unserer Stadt bemühen, sowohl was die Schiene als auch die Straße anbelangt und nicht hier noch weitere Verschlechterungen in Kauf nehmen.

Das waren die Mitteilungen, meine Damen und Herren. Ich würde Sie bitten, gem. Pkt. 4 die Beschlüsse des Stadtsenates, die der Tagesordnung zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen und wir sind damit beim Tagesordnungspunkt 5), Behandlung der Verhandlungsgegenstände, angelangt. Ich würde Ihnen nun mehr vorschlagen, daß die Dringlichkeitsanträge einer Behandlung zugeführt werden insofern, daß ich sie Ihnen zunächst verlese und dann eine Abstimmung über die Zulassung stattfinden soll. Wobei ich vorschlage, daß wir sie am Ende der Tagesordnung einer Bearbeitung zuführen.

Es schreiben hier die GAL-Gemeinderäte, unterstützt auch von einer Reihe von anderen Gemeinderäten, daß die erforderliche Anzahl somit gewährleistet ist, daß Gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr der Antrag gestellt wird, diesen in der Sitzung am 2. Dez. 1993 als

Dringlichkeitsantrag aufzunehmen und einer Geschäftsordnung der statutenmäßigen Behandlung zuzuführen.

Dringlichkeitsantrag I
Fahrplanreduzierung

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Gemeinderat der Stadt faßt im Zusammenhang mit der geplanten drastischen Fahrplanreduzierung der österreichischen Bundesbahnen im Personenverkehr auf der Strecke zw. Steyr und Linz nachstehende Resolution. Die geplanten Maßnahmen der österreichischen Bundesbahnen im Personenverkehr auf der Strecke zw. Steyr und Linz (Reduzierung von Regionalzügen, Auflassung der Tagesrandverbindungen) lassen befürchten, daß sich die Versorgungsqualität der Bevölkerung stark verschlechtern wird. Besonders davon betroffen sind jene Menschen, die über kein eigenes Auto verfügen (zB ältere Menschen, Kinder und Jugendliche).

Seit Verbesserung des Angebotes auf der Strecke Steyr - Linz benutzen deutlich mehr Personen die Bahn für Berufs- und Freizeitfahrten. Ein Erfolg des NAT, der nun gefährdet erscheint.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher die Aufrechterhaltung eines attraktiven Angebotes für den Personenverkehr auf der Schiene, das zur Versorgung der Bevölkerung aus verkehrspolitischer Sicht unbedingt erforderlich ist. Der Gemeinderat der Stadt Steyr stellt fest, daß es einer besonderen Verläßlichkeit der Umsteigebeziehungen in den Zentren (zB Linz, Wien) und in die Region durch Anbindung der Busse der Fahrpläne der Bahn bedarf.

Anbetrachts allenfalls beabsichtigter künftiger Kostenbeteiligungen der Gemeinden an gemeinwirtschaftlichen Leistungen der ÖBB fordert der Gemeinderat der Stadt Steyr ein verstärktes Mitspracherecht bei der Fahrplangestaltung von Bus und Bahn. In diesem Zusammenhang wird insbesondere bereits jetzt auf die dringend notwendige Spätverbindung von Linz nach Steyr, abfahrend von Linz zwischen 23:15 und 24:00 Uhr, verwiesen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr richtet diese Resolution an das Bundesministerium für Verkehr, zu Handen des Herrn Ministers, an den Vorstandssprecher der ÖBB, Herrn DI Draxler, an den Verkehrslandesrat Dr. Josef Pühringer, an die Landtagsklubs der ÖVP, SPÖ und FPÖ.

Um die geschäftsordnungsgemäße Behandlung und Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr wird ersucht.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wenn Sie einverstanden sind, daß wir diesen Antrag am Ende der Tagesordnung einer Behandlung zuführen, dann bitte ich Sie um ein Zeichen der Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Gibt es ein Wort zur Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAIER:
Nein

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Gibt es darüber keine Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAIER:
Nein, nur eine Abstimmung.

Unverständliche Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAIER:
Bitte?

PRÄDISIALDIREKTOR DR. ALPHASAMER:
Abstimmen braucht man nur, wenn es am Anfang der Tagesordnung behandelt werden soll, wenn am Ende wird es automatisch ohne Abstimmung behandelt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber über die Dringlichkeit muß doch abgestimmt werden.

Unverständlicher Zwischenruf.

PRÄSIDIALDIREKTOR DR. ALPHASAMER:
Wiederholung seiner letzten Aussage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAIER
Da sind die Rechtsmeinungen manchesmal unterschiedlich interpretiert worden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das stimmt nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAIER:
Das wollen wir aber jetzt nicht ausdiskutieren. Mein Vorschlag war, trotzdem den Gemeinderat zu fragen, ob wir diesen Antrag hier einer Behandlung am Ende der Tagesordnung zuführen und wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen. Wer ist einverstanden? Danke sehr, ist jemand dagegen? Niemand ist dagegen. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Dieser Antrag ist also zugelassen und wird am Ende der Tagesordnung behandelt.

Es liegt ein zweiter genügend untersützter Antrag vor. Der Antrag lautet:
Die unterfertigten Mitglieder des Finanz und Rechtsausschusses stellen gem. § 7 der Geschäfsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr in Entsprechung des diesbezüglich in der Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses am 29.11.1993 einstimmig gefaßten Beschlusses den beiligenden Antrag, einer etappenweisen Anhebung des Wasserabgabepreises beginnend am 1.1.1994 nachträglich auf die Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates am 2.12.1993 aufzunehmen und einer geschäftsmäßigen Behandlung und Beschlußfassung zuzuführen.

Auch in diesem Fall, meine Damen und Herren, schlage ich vor, das am Ende der Tagesordnung einer Behandlung zuzuführen. Sind Sie damit einverstanden? Wenn ja, würde ich Sie bitten, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, damit ist also die Vorgansweise für die Gemeinderatssitzung festgelegt. Ich bedanke mich herzlich dafür und wir steigen nun in die tatsächliche Behandlung der Verhandlungsgegenstände ein.

Als erstes darf ich den Herrn VBgm. Sablik bitten, zum Antrag 1 zu berichten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mein Antrag würde den Abschluß, dh Ihre Zustimmung zu einem Abschluß des Abfallverbandes, ARGEV und der Stadt Steyr bzw. im Driangelvertrag mit der Fa. Bittner und Fa. Waizinger bedürfen. Allerdings muß ich heute den Antrag stellen, daß Sie zustimmen, daß wir diesen Antrag zurückstellen. Ich begründe das wie folgt. Ich komme gerade von Linz, wo mit der ARGEV wiederum Verhandlungen geführt wurden. Es kann in dieser Weise keinen Abschluß zw. Abfallverband und ARGEV geben. Denn die ARGEV nimmt einfach nicht zur Kenntnis, daß die Stadt Steyr mit der Firma Weizinger über das sogenannte Modul 2 und 3, das ist gewerblicher und industrieller Abfall, daß wir hier bereits vor Inkrafttreten des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes diesen Vertrag geschlossen haben und wir daran gebunden sind. Wir konnten nicht ahnen, wie sich die gesetzliche Lage entwickelt und wir sind hier auf Jahre gebunden.

Das die Entsorgung eine rein privatwirtschaftliche Angelegeheit ist, daß sich hier zwei privatwirtschaftlich tätige Unternehmer über den Abfall im Stadtgebiet einigen und eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Ich arbeite in dieser Hinsicht heftigst daran die beiden miteinander in eine solche Unternehmensgruppe zu bringen, sodaß wir als Stadt nur die Verpflichtung übernehmen, die uns eben von der ARGEV bzw. von der Verpackungsordnung auferlegt wurde. Dieser Antrag hier ist derzeit nicht beschlußreif. Und sagen Sie jetzt nicht, hätte er ihn nicht hereingebracht bevor es soweit ist, weil der Herr Dr. Pfleil schon so hämisch lacht, sondern man kann ja nie wissen, wie sich Verhandlungen entwickeln. Ich mußte über den Abfallverband, Umweltausschuß, Stadtsenat den Fristenlauf wahren. Wären die Verhandlungen zu einem Ende gekommen, wie wir uns das vorstellen, nämlich, daß sich die beiden das teilen, dann hätten wir mit 1.1.1994 diesen Vertrag zustimmen können. So bitte ich Sie, den zurückzustellen, bis wieder ein aktueller Anlaß besteht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, zum Wort gemeldet ist der Herr Vizebürgermeister Pfeil. Ich erteile ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Dankeschön.
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auf die Sache nicht eingehen, da wird uns dann noch Gelegenheit genug gegeben sein, aber ich möcht schon davor warnen, daß wir uns nicht lächerlich machen vor der Öffentlichkeit und auch vor anderen Städten. Der Stadtsenat hat einstimmig beschlossen und dem Gemeinderat empfohlen, daß wir diesen Vertrag der ja sehr lange Vorbereitungszeit hatte, daß wir diesen Vertrag heute abschließen und nun soll der Gemeinderat vor einer privaten Firma (ARGEV) in die Knie gehen, weil sie nicht versteht, daß wir in Steyr zwei private Firmen damit beauftragen und ich fürchte, hier wird ein ganz schlimmes Kartell, ein Entsorgungskartell aufgebaut, oder aufgebaut werden soll, und dem soll die Stadt Steyr also nicht beitreten bzw. nicht Vorschub leisten. Ich würde höflichst ersuchen, daß wir dieses heute beschließen und wenn Sie nicht wollen, werden Sie es uns dann sagen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, zum Wort gemeldet Herr Stadtrat Holub. Bitte, ich erteile es Ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:
Wertes Präsidium, hoher Gemeinderat. Ich kann mir sehr lebhaft vorstellen, daß man in Versuchung kommen kann, diesen Antrag zu stellen.
Irgend jemanden geht seine Batterie aus.

Gelächter...

Zwischenruf von Dr. Schwager: "Der Schrittmacher!"

Gelächter...

Wenn ich nicht zu sehr störe, darf ich weiterreden. Der heutige Antrag auf Zurückstellung des Tagesordnungspunktes beweist, daß ich vollkommen recht gehabt habe. Bei der letzten Sitzung des Gemeinderates, als ich vor der Invertragnahme mit Bittner grundsätzlich gewarnt habe. Wir haben uns selbst, als Gemeinderat in diese Situation gebracht, wenn man mit einem Verträge abschließt und mit dem anderen "spernzelt", kann es sein, daß man in Probleme gerät. Genau in diesen Problemen sind wir nun, und ich muß schon sagen, daß ist ganz trefflich gelungen. Das Beharren auf einen jetzigen Beschluß halte ich im höchsten Ausmaß für sinnlos, weil wir genau wissen, daß zunächst verhandelt werden muß. Es ist nur ein Jammer, wenn man auf einer Seite den Stadtsenat zu Beschlüssen vorbereitet, im Stadtsenat zu Beschlüssen kommt und dann zur Kenntnis nehmen muß, daß diese Beschlüsse von Vertragspartnern möglicherweise nicht ernstgenommen werden, dann zeigt das ein gewissens Maß an Hilflosigkeit. Nicht nur des Gemeinderates, sondern, daß muß ich auch sagen, des politischen Referenten. Denn der politische Referent hätte hier (Erich) schon die nötigen Vorbereitungen treffen müssen und auch den nötigen Weitblick zeigen müssen. Ich glaube, daß es, falsch war, mit der Firma Bittner vor Abrede mit der ARGEV überhaupt in die Vorverhandlungen zu treten und daß es grund falsch war, sich nicht die Vertragsinhalte mit der Firma Weizinger vor Augen zu führen. Das ist ein Vorwurf, den mußt Du Dir machen lassen. Das Dumme an der Situation ist aber ganz etwas anderes. Das ist nämlich die Entsorgungssituation unser Haushalte. Die Verpackungsverordung kann bitte durch genau diese Tragikkomödie nicht in Steyr vollzogen werden und die Bürgerinnen und Bürger, die eine Zeit lang durch Presseaussagen sehr sensibel gemacht wurden auf dieses Thema, lernen durch unsere eigene Ungeschicklichkeit uns selbst nicht ernst zu nehmen und schon gar nicht die Verordnungen, die auf Landes- und Bundesebene zu den Abfallentsorgungen bestehen. Daß, meine Damen und Herren, ist die Tragödie und um das geht es in Wahrheit und nicht darüber, daß ich mich vielleicht jetzt darüber "ohaun" könnte, weil ein Referent etwas nicht zustande gebracht hat. (für das Protokoll: über das ich mich vielleicht lustig machen könnte) darüber, daß ein Referent etwas nicht zustande gebracht hat, sondern, daß ich wirklich tief traurig bin, daß wir durch unsere eigenen Ungeschicklichkeit als Stadt Steyr den Vollzug von Verordnungen verunmöglichen. Ich würde schon sagen, lassen wir heute den Beschluß, setzen wir das von der

Tagesordnung ab als Gemeinderat, aber fordern wir schon den Herrn Referenten auf, hier für Klarheiten zu sorgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, gibt es eine weitere Wortmeldung dazu? Kollege Zagler.

STADTRAT HELMUT ZAGLER:
Sehr geschätzte Damen und Herren, liebe Herren Bürgermeister. Es ist schon interessant, wie beim Musterschüler Steyr auf dem Entsorgungsgebiet da von manchen Diskussionsteilnehmern mit "Nicht genügend" apostrophiert wird. Uns allen ist bekannt und die Berichte liegen seit Jahren vor, welch großartiges Sammelergebnis im Verwerten von Verpackungsmüll und andere Abfällen von Sperrmüll und anderen Dingen in Steyr gegeben ist. Verglichen mit anderen Städten sind wir hier in meisterlicher Umgebung und das mit Hilfe von zwei Entsorgungsbetrieben, die bisher schon im Dienste der Stadt Steyr tätig sind, nämlich mit Hilfe des Entsorgungsbetriebes Bittner und mit Hilfe des Entsorgunsbetriebes Waizinger. Bittner, der seit Jahren die Sammlung durchführt unter anderem für Altpapier und andere Leichtfraktionen, und Waizinger, der seit etwa 2 Jahren nun die Entsorgung des Sperrmülls und der großen Müllmengen über die Sortieranlage durchführt. Da ARGEV, und das mußte auch die Frau Minister Rauch-Kallert inzwischen mehrfach eingestehen, ein "Rohrkrepierer" ist, um nicht zu sagen, eine Fehlgeburt ist. Gerade die SPÖ-Fraktionen im Nationalrat und der Nationalrats-abgeordnete Peter Keppelmüller hat ja das mehrfach dem Koalitionspartner schon mitgeteilt, daß sie also kein gutes Werk geschaffen haben mit dieser Verpackungsverordnung. Das ist eine Sache, die nur schwer oder gar nicht ausführbar ist und trotzdem macht Steyr unter der Schirmherrschaft unseres zuständigen Referenten Vizebürgermeister Sablik hier Meter und versucht das Müllproblem für Steyr in den Griff zu bekommen, wo es auch hingehört, nämlich, daß jeder Entsorgungsbetrieb das machen soll, was er besser kann als der andere. Daß Bittner weiterhin die Leichtfraktionen sammeln soll, den Hausmüll den Verpackungsmüll aus den Haushalten entsorgen soll und daß, was Waizinger besser kann, weiterhin Gewerbemüll und Müllsortierung über die Anlage tun muß. Daß ARGEV vertreten durch die Austria-Recycling, also durch die ARA, hier nicht bereit ist, unseren gut gemeinten Vorschlag aufzugreifen und den Driangelvertrag in der vom Stadtsenat abgeänderten Art und Weise zu unterschreiben. Ich weiß nicht, ob ich eine Wortmeldung von Dir provoziere mein lieber Dr. Schwager, aber ich würde es mir wünschen, daß du von der vertraglichen Gestaltung herkommst, daß nicht wir jene sind, die hier etwas versäumen oder schlecht machen, sondern daß unser Vertragspartner unseren seriösen und für die Durchführung möglichen Vorschlag nicht nähertreten kann, daß dort die große "Malaisse" liegt. Was für mich an erster Stelle steht, ist heute der Blick in die Zunkunft, wie wird es weitergehen mit dieser Entsorgung, wenn ARA trotz unseres Beharrens auf diesen Vertrag diese Zustimmung nicht erteilt. Traurig ist es in einer Wirtschaft, die vielfach durch Kooperationen gekennzeichnet ist, daß Betriebe, die in der selben Handelskammer firmieren, sich diesen Markt durch eine Kooperationsver-

einbarung so aufteilen, wie wir das auch für die Sorge um unsere Abfälle wünschen. Die nächste Geschichte ist die, wenn die Wirtschaft nicht selbst dazu in der Lage ist, daß wir als Stadtgemeinde einspringen müssen und hier den Katalysator bilden, dh, daß wir für die Zukunft betrachtet als Vertragspartner für die ARA auftreten werden und uns dieser beiden Unternehmungen, der eine für den Haushaltsabfall, der andere für den Gewerbeabfall und für die Großmülltrennung, daß wir uns dieser beiden Betriebe bedienen werden. Daß das Ganze kein Flop oder kein Defizit für die Stadtverwaltung sein würde, ist, glaube ich, auch klar, sonst hätten nicht in den letzten Monaten alle möglichen Betreiber und Veranstalter, Unternehmer, die am Entsorgunssektor tätig sind, bei uns in der Stadt die Klinken geputzt und wären nicht vorstellig geworden, um von diesem Kuchen, der auch Gewinne verspricht, einen entsprechenden Anteil zu bekommen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht mehr der Fall, dann möchte ich nun dem tief traurigen Stadtrat Karl Holub sagen, also so trauig braucht er auch wieder nicht sein. Ich meine, daß ist halt eine Situation, die von außen herangetragen wurde. Wir haben bisher schon sehr gut entsorgt. Die Entsorgungslage wird dadurch nicht beeinträchtigt. Allerdings kassiert halt die ARGEV in der Zwischenzeit und wir sind interessiert, daß man schon möglichst schnell zu einem Abschluß kommt. Eines ist allerdings schon interessant, ich glaube, daß die Philosophie, sich nicht von einem Entsorgungsunternehmen abhängig zu machen, keine schlechte ist. Jedenfalls war selbst Herr Waizinger sen., mit dem ich darüber das Gespräch geführt habe, dieser Meinung. Also, ich glaube, daß wir gut beraten sind, nicht einen Vertrag jetzt zu beschließen, wo der Partner nicht ja gesagt hat, und in der Sache bin ich dem Kollegen Holub dankbar, in der Sache war er schon seriös. Schlußwort: Der Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:
Danke, ich habe eine dicke Haut, aber jetzt bin ich tief getroffen.

Gelächter ...

Mir ist das völlig klar, daß der Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil liebend gerne sehen würde, wenn wir da blind in die Falle tappen, daß er später wieder sagen kann, schaut euch die Verträge an, die die schließen. Ohne Hirn einfach abgeschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Wir haben soviel gemacht, wir haben soviel vorgesprochen und es ist alles ausdiskutiert.

VIZEBPRGERMEISTER
ERICH SABLIK:
Ja, da schauen Sie. Wenn ich auf die Seriösität von so großen Institution wie die ARA ...

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

... und die ARGEV baue, die im Jahr 5 Mrd. Schilling einkassieren und potente Geschäftspartner sind und wenn ich auf die Seriösität vertraue, daß die mir in telefonischen Rückfragen mitteilen, ja wir können uns das vorstellen, macht dies, wir schicken euch einen Vertrag und dann geben sie mir keinen, ja weil sie uns unter Druck setzten wollen und

die beiden Partner unter Druck setzen wollen, dann sollen die ihre privatwirtschaftlichen Spiele dort machen, wo sie nämlich am Kapitalmarkt hingehören, bei den Kapitalisten.

Da gebe ich meine Hände dazu nicht her. Immer wird gesagt ...

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Leopold Pfeil.

... weniger Staat, mehr Privat und wenn wir das einmal unterstützen, dann bekommen wir auch Prügel. Herr Doktor, ich kenn mich nicht mehr aus, was ich richtig machen soll. Ich plädiere jedenfalls an Sie, meine Damen und Herren, daß ...

Zwischenruf von Dr. Schwager: Wie war das mit der sozialen Markwirtschaft?

... aus rein logischen Gründen zurückzustellen bis ...

Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Pfeil; jetzt ist alles ...

... für die Stadt die beste Möglichkeit geschaffen wird und da wird es wahrscheinlich Jänner, Februar werden und da werden wir, der Bürgermeister und ich, zur Frau Minister hinunter fahren ....

Unverständlicher Zwischenruf.

... wenn die ARA und ARGEV nicht in der Lage ist, Steyr zu entsorgen, dann müssen wir uns es selber machen, wie es unser Finanzreferent angesprochen hat, allerdings hat er dabei die Hand darauf gehalten, beim Budget des nächsten Jahres, dort müssen wir dann 3,5 bis 5 Millionen Schilling lockermachen, wir müssen 300 - 600 Container kaufen, einen Müllwagen und dergleichen. Da müssen wir schon lange und genau nachdenken und zuwarten. Beim Verhandeln in der Privatwirtschaft ist es halt so, wer das beste Sitzfleisch hat, wird das beste Ergebnis erzielen, da lassen wir uns nicht hineinziehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Es steht der Antrag auf Zurückstellung dieses Antrages 1), wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, wer ist dagegen? Niemand, wer enthält sich der Stimme?
7 Stimmenthaltungen habe ich gezählt. Danke sehr, damit ist der Fall erledigt ...

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

... mit Mehrheit die Zurückstellung beschlossen.

Gelächter.

Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Pfeil, wenn er nicht bis neun zählen kann ..., im zählen war er schon immer schwach.

Unverständliche Gespräche.

Antrag 1)
ÖAG Abfall - 169/93
Abschluß eines Vertrages zw. der Stadt Steyr bzw. dem Bezirksabfallverband Steyr- Stadt, der Firma Bittner bzw. Firma Waizinger und der ARGEV;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und

Privatwirtschaftsverwaltung und der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 4.1.1993 wird dem Abschluß eines Vertrages zwischen der ARGEV, der Firma Bittner hinsichtlich Modul 1, der Firma Waizinger hinsichtlich Modul 2 und 3 und der Stadt Steyr hinsichtlich Modul 4, 5 und 6 bzw. dem Bezirksabfallverband Steyr-Stadt zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nummer 2 bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Antrag Nummer 2, betrifft den Ankauf einer Laderaupe für die Mülldeponie und ich ersuche um Ihre Zustimmung, an die Firma Liebherr den Auftrag zu vergeben ...

Zwischenruf von Bürgermeister Hermann Leithenmayr; ... wenn Du so weiter tust ...

... wir brauchen erst im Jahre 1994; 903.115,-- exkl. Ust, und 1995; 900.000,--Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Antrag 2)
GHJ 1-108/93
Ankauf einer Laderaupe in Mülldeponieausführung;
Antrag um Vergabe;

Der Gemeinderat wolle beschließen: Entsprechend dem Amtsbericht des RHV im Auftrag der Stadt Steyr vom 8.11.1993 wird dem Ankauf der Laderaupe in Mülldeponieausführung von der Firma Liebherr GesmbH, Telfs, in Höhe von S 1,803.115,-- exkl. Ust. zugestimmt. Derzeit werden keine Mittel benötigt.

Folgende Teilzahlungen sind vorgesehen:
Finanzjahr 1994 S 903.115,-- exkl. Ust.
Finanzjahr 1995 S 900.000,-- exkl. Ust.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr für diesen Antrag, wer wünscht dazu das Wort? Ich sehe keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Vizebürgermeister Sablik. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Eichhübl. Ich erteile im das Wort und übergebe den Vorsitz an den Kollegen Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Ich übernehme den Vorsitz.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Wie immer geht es um die Finanzen, ums liebe Geld. Daher habe ich Ihnen in dieser Richtung heute vorerst einmal drei Anträge vorzubringen. Der erste Antrag bezieht sich auf die Verlustersätze im Stadtbad und auf der Kunsteisbahn für 1992. Aus der Bilanz für dieses angesprochene Jahr geht hervor, daß im Stadtbad (S 6.109.929,91) und auf der Kusteisbahn (S 1.705.044,64) erwirtschaftet wurden. Da bereits eine Akontozahlung von Seiten der Stadt an die Stadtwerke in Höhe von S

7.814.974,55 geleistet wurde, ergeht daher der Antrag der wie folgt lautet.

Antrag 3)
ÖAG Stadtwerke - 7690/92
Verlustersätze Stadtbad und Kunsteisbahn 1992;

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat. Der Gemeinderat wolle beschließen: Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 21. Jänner 1993 wurde den Stadtwerken Steyr eine Akontozahlung in Höhe von 80 % der von der Stadt Steyr zu leistenden Verlustsätze 1992 (Stadtbad und Kusteisbahn), d.s. S 6.240.000,-- gewährt. Aufgrund des Amtsberichts der Direktion der Stadtwerke vom 2. November 1993 wird nunmehr der Restbetrag von den insgesamt für das Jahr 1992 resultierenden Verlusten des Stadtbades und der Kusteisbahn von S 7.814,974,55 in Höhe von S 1.574.974,55 des Stadtwerken Steyr ersetzt. Zum genannten Zweck wird ein Betrag von S 1,757.000,-- bei der VA-St. 1/8790/59200.5 freigegeben.

Herr Bürgermeister, bitte die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:
Wer wünscht dazu das Wort bitte? Niemand. Kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Wer enthält sich der Stimme? Gegenstimmen sind keine zu registrieren. Danke. Der nächste Punkt.

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:
Für die Reinhaltung der Wasserversorgung wurden für das Jahr 1992 Mittel in Höhe von S 852.797,40 ausgegeben. Ich darf nun darauf hinweisen, daß etwa 350 Untersuchungen jährlich durchgeführt werden, das bedeutet, daß wöchentlich einmal unser Grundwasser bzw. das Trinkwasser untersucht wird und die jeweiligen Ergebnisse nach ca. 2 Tagen vorliegen. Daher stammt dieser Betrag als Hauptbestandteil von diesen S 852.797,40 und es geht daher der Antrag an den Gemeinderat, diese Mittel von S 852.797,40 freizugeben. Ich darf Sie bitten Herr Bürgermeister, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

Antrag 4)
ÖAG Stadtwerke - 4448/92
Reinhaltung der Wasserversorgung
Refundierung der Kosten;

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 5.11.1993 wird der Refundierung der Kosten zum Zweck der Reinhaltung der Wasserversorgung für das Jahr 1992 in Höhe von S 852.797,40 an die Stadtwerke Steyr zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 800.000,-- bei VA-St. 1/8790/728000.7 freigegeben und wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 53.000 bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung diser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:
Wer wünscht dazu das Wort, keine Diskussionsbeiträge. Wer stimmt diesem Antrag zu? Stimment-

haltungen? Gegenstimmen keine. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:
Im Bereiche des Krematorium Steyr sollen die Tarife wertangepaßt werden. Dazu darf ich vorweg eines sagen, obwohl sich bereits der Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen intensiv mit dieser Thematik befaßt hat, daß seit 15.4.1988 die derzeitigen Tarife gelten. Unter Berücksichtigung dessen, daß seit 1988 neben den Personalaufwendungen auch die Materialaufwendungen, vor allem die Energieaufwendungen, gestiegen sind, hat die Rechnung für 1992 ergeben, daß ein Bilanzverlust von rund 80.000,-- aufscheint. Wenn also heute hier der Beschluß gefaßt wird, laut Amtsbericht die Tarife entsprechend anzuheben, so sollen die Mehreinnahmen, die mit etwa S 240.000,-- geschätzt werden, zur Erreichung einer ausgeglichenen Ertragsrechnung einerseits und anderseits für eine notwendige Instandsetzungsrücklage dienen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Schamotterneuerung etwa Mitte nächsten Jahres fällig sein wird. Weil nach etwa 3.000 Veraschungen für diese Erneuerungsmaßnahme der Schamottierung etwa S 1,1 Mio. erforderlich sind.

Zum Dritten darf ich auch darauf hinweisen, daß in vielen Bereichen der Dienstleistungen unserer Stadt bedauerlicherweise gewisse Indexanpassungen nicht durchgeführt wurden und daher jetzt, nach dem ja auf der einen Seite die Erträge weniger werden und auf der anderen Seite die steuerlichen Einnahmen weniger werden, eine Anpassung auch in diesem Bereich als unbedingt erforderlich erscheint. Um in Zukunft größere Anhebungen der Tarife auch in diesem Bereich in Damm zu halten sind, wird gleichzeitig mit diesem Beschluß ersucht, eine Indexanpassung künftighin vorzunehmen. Ich darf weiters berichten, daß ursprünglich in diesem Vorschlag der Stadtwerke auch geplant gewesen wäre, für die Beigaben von Kränzen und Gestecken Entsorgungsbeiträge einzuheben.

Aufgrund der Diskussion im vergangenen Stadtsenat ist es jedoch dazu gekommen, daß diese beiden von mir angesprochenen Bereiche, nämlich S 100,-- je Kranz und S 60-- je Gesteck herausgenommen wurden. Daher lautet der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat mit Ausnahme dieser beiden von mir angezogenen Tarifpositionen.

Antrag 5)
Stadtwerke - 166/93
Krematorium Steyr - Wertanpassung der Tarife einschließlich Bindung dieser a. d. Verbraucherpreisindex 1976 am 1.1.1995

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 19.10.1993 werden die Gebühren für die bei der Einäscherung Verstorbenen im Krematorium Steyr notwendigen Leistungen entsprechend der im zitierten Amtsbericht enthaltenen Beilage mit Wirksamkeit 1.1.1994 neu festgelegt. Gleichzeitig wird einer jährlichen Erhöhung dieser Tarife, beginnend mit dem 1.1.1995, entsprechend der Indexsteigerung des Verbraucherpreisindexes 1976 (Vergleichsindex Oktober 1993 mit jenen vom Oktober 1994 und den Folgejahren) zugestimmt.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über den von mir vorgebrachten Antrag durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Herr Dr. Schwager, entschuldigen Sie.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:
Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Wir haben schon im Finanz- und Rechtsausschuß erörtert, daß hier wirklich gilt, lange Versäumtes nachzuholen, daß es höchste Zeit ist, daß hier eine Tarifanpassung erfolgt. Zu dem Bild des Langversäumten hat es aus unserer Sicht auch gepaßt, daß hier im ursprünglichen Amtsbericht ein Passus war, wonach die Wertsicherung nach einem uralten Verbraucherpreisindex 1976 erfolgen sollte. Wir haben uns erlaubt, hier den Vorschlag zu bringen, daß wir doch etwas moderner denken und daß wir den Verbraucherpreisindesx 1986 aufnehmen, sodaß dieser Antrag dann entsprechend zu ändern ist.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Sind weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Zur Abstimmung bitte ...

Zwischenenruf: In der abgeänderten Form.

... ja in der abgeänderten. Wer für diesen in der abgeänderten Form aufscheinenden Bericht ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine, danke. Und nun der Herr Stadtrat Karl Holub zu Punkt 6.

STADTRAT KARL HOLUB:
Meine Damen und Herren, aus meinen Referaten Tourismus, Denkmalschutz und Alten- und Pflegeheim habe ich Anträge aus dem Alten- und Pflegeheimbereich vorzubringen und eine kleine Anmerkung zum Referat Tourismus zu machen und ich glaube, wir sollten als Gemeinderat der Stadt Steyr dagegen wehren, daß die touristische Attraktion "Sonderbus" der historische Bus der Post, der von Steyr nach Christkindl fährt, aufgrund einer polizeilichen Verfügung nicht mehr hupen darf. Ich glaube ...

Zwischenruf von Vizebürgermeister Erich Sablik: er darf schon wieder.

Unverständliche Zwischenrufe.

... Er hat vor einer Stunde gehupt und ich wünsche mir sehr, daß er von seiner Hupe recht fleißig Gebrauch macht, damit sich auch ein bißchen etwas tut in Steyr und die Leute auch merken, daß sich hier in der Adventzeit der Tourismus lautstark wirksam macht. Ich glaube, dieser Lärm schadet uns nicht ...

Zwischenruf von Dr. Tilman Schwager: Er darf hupen, aber konform mit der Rathausuhr.

Gelächter ...

... das wäre nicht immer möglich gewesen, Herr Dr. Schwager.
Zum Zweiten geht es um das große Gebiet Alten- und Pflegeheim Tabor. Bevor ich Ihnen die einzelnen Anträge verlese, möchte ich Ihnen über eine sehr unglückliche Stimmung im Altenheim berichten, die tatsächlich zu einen Brief der Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen geführt hat, der mir

vor Beginn der Sitzung zugestellt wurde, der aber offensichtlich, weil ihn die anderen Mitglieder des Ausschusses nicht bekommen haben, einem Maß an Zensur zum Opfer gefallen ist, daß ich nicht zu tolerieren bereit bin.

Dieser Brief ist gerichtet an die Mitglieder des Ausschusses des Alten- und Pflegeheims. Eine Eingabe an den Herrn Bürgermeister und ich zitiere diesen Brief.

Die Unterzeichnenden wenden sich nachdrücklich an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister Leithenmayr mit der Bitte, die Strukturen im Alten- und Pflegeheim Tabor so zuverändern, daß es Herrn Dipl.-Krankenhausbetriebswirt Mißbichler seine Agenden für das Haus und seine Bewohner so erfolgreich weiterführen zu können, wie dies bis 1.7.1993 der Fall war. Herr Mißbichler und Herr Stadtrat Holub waren innerhalb kurzer Zeit in Stande, Bewohnern, Mitarbeitern und Angehörigen ein Gefühl von Sicherheit, Zufriedenheit und Motivation zu vermitteln und längst fällige Reformen durchzuführen. Die Unterzeichneten wünschen, daß dieser Weg fortgesetzt werden kann und bitten sie nochmals, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das ist datiert mit dem 1.12.1993.

Die Damen, die mir das beim Hereingehen in die Hände gedrückt haben, haben mich davon informiert, daß sie das für alle Mitglieder des Ausschusses für die Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes vorgehabt hätten, daß ihnen aber nicht erlaubt wurde, das hier zur Verteilung zu bringen, weil es Sache des Magistratsdirektors wäre, Post an die Gemeinderäte zu verteilen.

Ich wußte nicht, daß in die Agenden der Magistratsdirektion auch jetzt die Wahrnehmung der Postaufgaben fällt, aber wenn das so ist, würde ich wirklich bitten Herr Magistratsdirektor, diese Postverteilung durchzuführen oder zumindest deren Veranlassung zu ermöglichen. Es hat diesen Brief an den Bürgermeister eine ganz große Anzahl von Mitarbeitern im Haus unterschrieben und ich habe auch Nachricht von Ärzten, daß sie die Sache unterstützen. Es geht um folgendes: Das also zur Folge der Umgliederungsmaßnahmen im Magistrat, mit der Unterstellung des Alten- und Pflegeheimes unter die Agenden des Gesundheitsressorts, es zu Harmonieschwierigkeiten im Altenheim gekommen ist. Diese Schwierigkeiten sind ziemlich gravierend und bestätigen im Grunde, daß es nicht eine willkürliche Handlung der Steyrer Hausärzte, die im Hausärzteforum an den Bürgermeister die Forderung herangetragen haben, diese Unterstellungen in anderer Form zu machen und daß es auch richtig war, daß meine Fraktion diesen Organisationsänderungen nicht zugestimmt hat. Wir haben davor gewarnt, daß hier ein schlechtes Klima entsteht, nun ist es soweit und ich glaube, es ist höchste Zeit, daß wir hier Scherben wegräumen und nicht zusehen, wie einer mit dem anderen nicht im ordentlichen Umgang verkehrt. Ich hoffe, daß es nicht soweit kommt, daß der Verwalter des Hauses seinen Rücktritt nimmt, weil ich glaube, daß wir im letzten Jahr alle zusammen, die Gemeindevertretung, die Verwaltung und vor allem das Pflegepersonal und die niedergelassenen Ärzte eine runde und gute Leistung für die

Bewohnerinnen und Bewohner des Altenheimes zustande gebracht haben. Ich bedanke mich ausdrücklich als Referent bei dem Gemeinderat für die zur Verfügung gestellten Mitteln und stehe auch nicht an, noch einmal dem Landesrat Klausberger, in seiner damaligen Funktion als Soziallandesrat, Danke zu sagen für die Qualität seiner Intervention, daß die Investitionen im APT in der in Aussicht genommenen Form auch tatsächlich stattfinden.

Ich wünsche mir nur sehr, daß das viele Geld, das ausgegeben wurde, nicht wegen persönlichen und organisatorischen Großproblemen möglicherweise nicht optimal eingesetzt wird. Die Stimmung, die ich im APT vorfinde, ist eher sehr, ich würde es fast schon verzweifelt bezeichnen und es bedrückt micht wirklich, daß ich heute Vormittag von der Gott sei Dank jetzt vorhandenen Physikoterapeutin hören mußte, daß sie in Zweifel kommt, ob es richtig ist, den Dienst hier auszuüben. Das ist etwas, was uns sicher nicht passieren darf, für das haben wir das alles nicht gemacht.

Ich komme jetzt nach diesem Vorwort zum ersten Antrag. Der befaßt sich mit der Instandsetzung der Kanalisationsarbeiten im Bereich der Rettungs- und Kücheneinfahrt samt den erforderlichen Asphaltierungsarbeiten.

In einem sehr großen Projekt soll das gesamte Kanalregime im Haus auf ordentliche Grundlagen stehen. So-daß auch die Überflutungen in den Kellern nach dem Vollzug der Kanalbaumaßnahmen in der Kollerstraße dann endgültig der Geschichte angehören sollen. Zum genannten Zweck wäre an den in Ihrer Vorlage aufgeführten Unternehmen eine Betrag von S 1.192.100,-- freizugeben.

Der Stadtsenat ist wegen der gegebenen Dringlichkeit in Beschlußvorlage getreten. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Antrag 6)
Bau 5- 4177/86 APT - Kanalinstandsetzungsarbeiten im Bereich Rettungs- und Küchenzufahrt samt Asphaltierungsarbeiten

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 12.11.1993 wird die Vergabe der Kanalinstand-setzungsarbeiten im Bereich Rettungs- und Küchenzufahrt samt Asphaltierungsarbeiten Alten- und Pflegeheim Tabor wie folgt zugestimmt:

1) Kanalisation, Firma Kanzler, Waldhausen: S 640.190,50 (netto).
2) Bauleitung, Bmst. Ing. Reisinger, Steyr: S 16.965,05 (netto).
3) Kanal intern, Firma Hamberger, Steyr: S 135.837,05 (netto).
4) Asphaltierung Zufahrt, Firma Illma, Steyr: S 359,073,-- (netto).
5) Bestandsaufnahme, Firma Rohr-Diagnose, Steyr: S 20.000,--(netto).
6) Kanalreinigung intern, Firma Bachleitner, Steyr: S 20.000,-- (netto).

Gesamt: S 1.192.066,05. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von netto S 1.192.100,-- bei VST 5/4200/612000.1 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.
VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Zum Wort gemeldet ist der Herr Bürgermeister. Wer wünscht sonst noch das Wort dazu? Niemand.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, eigentlich ist das Thema, daß hier im Vorwort sozusagen vom Kollegen Stadtrat Holub angesprochen wurde, ein Thema für eine Betriebsversammlung und kein Thema für einen Gemeinderat. Ich habe wiederholt gesagt, daß ich mich mit dem Altersheim mehr als mit jedem anderen Wirtschaftskörper, mit jeder anderen Abteilung in der Vergangenheit beschäftigen mußte. Obwohl das nicht die Hauptaufgabe des Bürgermeisters sein sollte. Wenn wir uns vor Augen halten, daß hier immerhin ein beträchtlicher Stab von nicht schlecht bezahlten Vorgesetzten beauftragt ist, für die Stadt diese wichtige Einrichtung diese segensreiche Einrichtung zu führen. Wir haben einiges im Argen gehabt. Wir haben auch hier uns bemüht, die Dinge voranzubringen. Ich möchte erinnern, daß ich es war, der in meiner Eigenschaft damals als Personalreferent in 1990 noch den Auftrag gegeben, daß österreichweit inseriert wird, was nicht billig war, um einen qualifizierten Verwaltungsdirektor für dieses Haus zu finden. Der nämlich die Qualifikationen hat, die der Rechnungshof in seiner Prüfung festgestellt hat. Das war nämlich nicht erreichbar, und ich war auch damals gegen eine hausinterne Besetzung, die doch auch sehr intensiv diskutiert und geprüft wurde. Wir haben dann einige Bewerber gehabt und wieder war ich es, der sich massiv nach Gesprächen mit den Bewerbern für den Herrn Mißbichler eingesetzt hat und ich habe festgestellt, daß das auch richtig gewesen ist. Wir haben ein Jahr Probezeit vereinbart und als es darum ging, dieses Dienstverhältnis, dieses befristete, in ein definitives umzuwandeln, war es wieder ich, der massiv dafür eingetreten ist, daß dies geschehen möge und nicht eine Verlängerung des befristeten Dienstverhältnisses, daß ist nämlich auch zur Debatte gestanden und von einigen vorgeschlagen worden, daß es vorgenommen wird. Also man wird mir nicht unterstellen, daß ich gegen den Herrn Mißbichler bin. Ich bin auch mit seiner Arbeit sehr zufrieden keine Frage, aber meine Damen und Herren, wenn wir einmal den Herrn Mißbichler bei Seite lassen, dann möchte ich doch erinnern, daß wir uns gleichermaßen oder es wurde mir schon gesagt, vor meiner Zeit also vor 1990, daß man sich bemüht hat, eine Pflegedienstleitung zu installieren. Daß ist also auch lange Zeit nicht gelungen. Eigentlich gar nicht gelungen. Auch damals habe ich mich dafür eingesetzt, daß wir österreichweit inserieren, um eine solche qualifizierte Pflegedienstleitung zu bekommen. Ich habe mich also mit diesem Problem sehr ernsthaft beschäftigt, weil es mir ein wirkliches Anliegen gewesen ist. Ich habe also hier mich damit durchgesetzt, daß inseriert wurde. Es haben sich zunächst nicht die Richtigen gemeldet mit der Qualifikation. Es ist etwas überraschend für mich, damals in meiner Abwesenheit, (urlaubsbedingte einwöchige Abwesenheit), eine Pflegedienstleitung eingestellt worden. Es war eine Entscheidung des Stadtsenates, des damaligen Bürgermeisters und es waren auch, wie man sagen kann, nicht "da fällt mir das richtige Wort gar nicht leicht ein", es war eine sehr unglückliche Entwicklung, wenn ich das vielleicht so sagen kann. Als ich zurückgekommen bin, habe ich

gesehen, wie schlecht es dieser Frau geht. Ich verweise darauf, daß ich sofort gespürt habe und mich auch entschlossen habe, dieser Frau zur Seite zu stehen. Der Stadtsenat hat es beschlossen in meiner Abwesenheit. Ich habe sie untersützt, habe eine eigene Sitzung einberufen, habe den Herrn Magistratsdirektor Hofrat Knapp damals hinzugezogen, den Herrn Amtsarzt und alle anderen, die mit der Verwaltung des Altersheimes damals zu tun hatten und habe klargestellt, daß die damalige Pflegedienstleiterin die Wahl des Stadtsenates ist und daß sie hier eingesetzt ist, akzeptiert werden muß und unterstützt werden soll. Es war leider zu spät vielleicht oder zu wenig. Ich weiß es nicht, ich bedauere es sehr. Ich habe mich aber weiter bemüht und unterstützt, daß man eine Pflegedienstleitung findet und auch die ist gefunden worden. Wir haben also jetzt einen neuen Verwalter wir haben eine Pflegedienstleitung und wir haben nach nicht ganz einfachen Gesprächen und Verhandlungen mühselig uns zusammengerauft, um auch diese 65 Mio. Schilling zustande zu bringen, um dieses Haus auf den Stand zu bringen, den wir gerne für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger hätten. Es war im Zuge der Organisationsreform dann auch noch die Frage, wie es mit der Geschäftsbereichsleitung aussehen soll und da war es meine Auffassung, die ich auch öffentlich und überall vertrete, daß es für dieses Haus, das leider in Mißkritik gekommen ist, in der öffentlichen Diskussion nur gut sein kann, wenn der bestqualifizierte zur Verfügung stehende Mann, das war halt für mich ein Arzt, da geht es auch oft um die medizinische Betreuung, als GB-Leiter dort fungieren soll. Nicht, daß er dort das Tagesgeschehen moderiert, das war nicht meine Absicht, sondern als Ersatz für den Dr. Starzengruber, der das auch gut gemacht hat. Aber in der Öffentlichkeit kann eben ein Arzt hier wahrscheinlich besser und kompetenter Positionen vertreten die möglicherweise aus den Medien heraus oder in der öffentlichen Diskussion aufgezeigt werden. Ich meine hier die genischen Umstände und andere Dinge mehr, über die negativ diskutiert wurde. Für mich war also die Bestellung des Herrn Dr. Nones eine Art Schutzschirmfunktion über diese wichtige Einrichtung. Der mit seiner Kompetenz in der Lage sein muß und sollte, auch mit den Herrn der Ärzteschaft, wir haben ja insgesamt 13 Ärzte soweit ich informiert bin, die in diesem Haus aus- und eingehen und selbstverständlich als Vertrauensärzte unserer Bewohnerschaft weiterhin die selben Aufgaben erfüllen, wie sie das immer schon mit diesen ihren oft alten Patienten getan haben. Ich muß sagen, daß ich vollkommen im Einvernehmen mit den Vertretern der Pflegerinnen und Pfleger und der Schwestern und des Pflegepersonals in unserem Haus bin. Die mir aber schreiben, es steht ja sehr geehrter Herr Bürgermeister und nicht sehr geehrte Öffentlichkeit oder ich weiß nicht was, sondern an mich, daß ich dafür sorgen soll, daß Strukturen sein sollen, das man dort ordentlich arbeiten kann. Natürlich stehe ich da voll im Einvernehmen mit unseren gesamten Bediensteten. Diese Strukturen sind herzustellen und sind zu schaffen. Ich sage aber eines auch noch deutlich dazu, ich habe ein 36-jähriges Berufsleben hinter mich gebracht und niemals in diesem Zeitraum war ich in der Lage, mir meinen Chef auszusuchen und das kann man bekanntlich niergendwo und das kann auch bei uns niemand tun. Allerdings heißt das auch "klipp und klar", daß die Chefs sich auch so

verhalten müssen, es trifft aber nicht nur auf einen zu, sondern auf alle, das hier dieses Zusammenwirken geteilt genannt werden kann. Dafür setze ich mich ein, konkret damit, daß ich den Dr. Alphasamer als Präsidialdirektor beauftragt habe, noch vor Weihnachten, in einigen Tagen hier jedenfalls die Kompetenzen über die wir ja schon so oft diskutiert haben, niederzuschreiben. Einvernehmlich zwischen den Herrschaften Geschäftsbereichsleitung, Verwaltungsdirektor, Pflegedienstleitung. Die werden sich da also zusammenreden, unter dem Vorsitz und der Moderation von Dr. Alphasamer, und dann wird das also festgelegt werden und dann werden die Herrschaften das unterzeichnen und dann werden die das einzuhalten haben, wie jeder andere auch, der in irgendeiner Funktion tätig ist. Der Magistratsdirektor und der Dr. Alphasamer werden auch jederzeit zur Hand sein, wenn jemand meint, daß irgendwelche Kompetenzen überschritten werden.

Aber solche Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, bin ich gewöhnt. Die gibt es in anderen Betrieben auch, ich hätte es nur für besser gehalten, wenn das wirklich auf der betrieblichen Ebene ausdiskutiert, besprochen und erledigt worden wäre. Darauf, meine Damen und Herren, hätten nämlich die Bewohner unseres Altenheimes Anspruch.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? Ich sehe keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß es sich hier um Asphaltierungsarbeiten handelt. Wenn Sie hier dem Vorgang zustimmen, den Verträgen, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Wer dafür ist hebe die Hand. Stimmenthaltungen? ...

Unverständlicher Zwischenruf.

... Gegenstimmen? Keine, danke. Nächster Punkt.

Unverständliches Gerede.

STADTRAT KARL HOLUB:
Beim nächsten Tagesordnungspunkt handelt es sich um die Änderung und beträchtliche Anhebung der Tarife, die wir für das APT verrechnen werden. Das hat zwei Grundlagen. Zum einen hat es die Grundlage, daß schon im Jahre 1990 das Sozialressort des Landes OÖ. die Auflage gemacht hat, daß die Altenheimtarife kosten-deckend sein müssen. Der Gemeinderat hat hier sich lange Zeit über dieses Gebot der Landesregierung zum Schutz der Bewohner hinweggesetzt. Ich war selbst einer der Rädelsführer, daß das geschehen hat können, ich weiß und Bürgermeister Heinrich Schwarz hat einen vorliegenden Antrag im Jahr 1986 aus der Verhandlung genommen, um hier erneut zw. den Fraktionen das Einvernehmen herzustellen. Im Konzert der Maßnahmen für die Sanierung des Hauses hat natürlich das Erinnern an diese Verordnung der Landesregierung eine sehr maßgebliche Rolle gespielt und um die öffentlichen Mitteln, die von Linz kommen und nicht nur von Steyr sind, auch wirklich ansprechen zu können, war es tatsächlich auch notwendig, nicht nur guten Willen sondern auch Maßnahmen zu zeigen, daß die geforderte Kostendeckung der eingehobenen Tarife tatsächlich auch stattfindet. Im Einvernehmen mit dem Bürgermeister Leithenmayr, dem ich

auch bescheinigen möchten, daß wir mit Ausnahme der Organisationsstruktur zu den Themen APT einer Meinung sind. Im Einvernehmen mit dem Bürgermeister ist also ein Unterausschuß für die Festsetzung von Tarifen gebildet worden. Dieser Unterausschuß hat sich in mühseliger Arbeit mit der Problematik auseinandergesetzt. Diese Arbeit war deshalb mühselig, weil gleichzeitig das Bundespflegegeldgesetz ins Leben gerufen wurde und die Verordnungen zum Bundespflegegeldgesetz relativ lang gebraucht haben, bis sie tatsächlich auf allen Tischen gelegen sind und als die Verordnungen dann da waren, hat man festgestellt, daß die wieder im Widerspruch zu dem Erlaß aus 1990 gestanden sind. Was also Einrechung von bestimmten Dienstleistungen im Haus betrifft. Nach sehr mühevollem Auseinanderrechnen, Mag. Lemmerer hat hier Pilotarbeit geleistet, auch 1991 hat er das erste Kostenanalysepapier vorgelegt und auf dieser Grundlage wurde anschließend das Modell entwickelt, das auch der Prüfung bei der Landesregierung standgehalten hat. Im Unterausschuß für die Festsetzung dieser Tarife wurde sowohl Einigung über die Tarife erzielt als auch Einigung darüber erzielt, daß in den Fraktionen das Einvernehmen über die Tarife herzustellen wäre und es wurde auch ausdrücklich dort festgelegt, daß allfällige Rückfragen entweder bei den Behörden die damit befaßt sind, oder beim Referenten (also mir), der damit befaßt einzubringen wären und dort selbstverständlich offen und ehrlich beantwortet werden. Nachdem das letztendlich nicht der Fall war, habe ich auch keine Notwendigkeit gesehen, noch den Ausschuß für die Angelegenheiten des APT damit zu befassen, weil ja dieser Tarifunterausschuß kein Unterausschuß des Ausschusses war, sondern ein Unterausschusses des Gemeinderates war. In diesem Sinne kommt also dieser Antrag zur Vorlage. Es wird nicht nur Bezug genommen auf die Einführung des Bundespflegegeldes und die gesetzlichen Vorschriften, die hier zu beachten sind, sondern auch auf die allgemeinen Grundsätze der Tariffestlegung. Das bedeutet also, daß der investive Aufwand, der im Haus getätigt werden muß, in keiner Weise in die Tarife einfließen darf und daß auch die Abschreibung nicht tarifgegenständlich sein darf. Wohl aber die Einrechnung von div. Kleinreparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen. Daß ist also eine Schizophrenie, die verlangt wird, kostendeckende Tarife festzustellen, wenn man die kaufmännischen Grundsätze dabei nicht beachten soll. Es geht also wirklich nur um die operativen Aufwendungen, die zusammengestellt werden mußten und um die Küchenleistungen. Es bleibt folgende Wahrheit über: Am 24.11.1993 waren 45 % der Bewohner des Hauses Selbstzahler dh, sie waren aus ihren eigenen Pensionsmitteln in der Lage, die geforderten Beiträge im Heim zu entrichten. Mit dem Jahr 1994, wenn wir jetzt den vorliegenden Antrag beschließen, wird es so ein, daß lediglich 10 % der Bewohner des Hauses, das sind also 35 Damen und Herren, noch von ihrer eigenen Pensionen die Basisleistungen bezahlen können. Die darüber hinausgehenden Maßnahmen werden aus dem Sozialbudget der Stadt getragen werden. Wäre die Stadt Steyr ein Gebilde nach der OÖ. Gemeindeordnung, wäre das kein großes Problem, weil diese Tarifsituation auf jede andere Gemeinde und deren Heimen oder die Sozialhilfeverbände und deren Heime

genauso gegeben sind. Jetzt kommt das "aber", und das ist das für uns budgetwirksame "aber". Die Sozialhilfeverbände decken ihre Abgänge über Beiträge der Mitgliedsgemeinden. Diese Abgänge der Mitgliedsgemeinden werden im Wege des Finanzausgleiches bzw. der Bedarfszuwendungen dann abgedeckt. Wenn das aus dem ordentlichen Haushalt der Mitgliedsgemeinden nicht möglich wäre, die Beiträge zu leisten. Dies trifft für nahezu jede Gemeinde zu (träfe auch für Steyr zu). Aber weil Steyr eben ein eigener Verband ist, muß Steyr in sich selbst die Beitragsleistungen aufbringen und das wird (halten Sie sich fest) in Zukunft den satten Betrag von etwa S 16 Mio. pro Jahr ausmachen. Jetzt zahlen wir an Teilzahlerbeiträgen aus dem Sozialbudget in das Altenheimbudget, das ja wieder ein Teil des Sozialbudget ist, etwa 4 Millionen Schilling, je nach dem wie die Struktur im Haus ist, wie die Pensionseinkommen der Bewohner im Haus sind. Das waren S 4.051.000,-- laut Rechungsabschluß 1992 und werden, wenn unsere Rechnungen stimmen für das Jahr 1993 mutmaßlich S 3,400.000,-- sein.

Die Selbstzahler werden im Jahr 1993 wahrscheinlich S 18,7 Mio. an Beiträgen erbringen, haben 1992 S 17,5 Mio (ich runde jetzt etwas auf, weil die kleine Groschenbeträge ja nicht relevant sind) erbracht. In Zukunft wird es so sein, daß aus den Selbstzahlerbeiträgen S 2,9 Mio. etwa Mehreinnahmen in das Budget kommen werden. Der Rest entsteht also durch die Umwandlung von 35 % der Bewohner von Selbstzahlern auf Teilzahlern über die Sozialhilfemittel der Stadt. S 7,6 Mio. rund wachsen hiezu und S 8,7 Mio. von den Bewohner, die jetzt schon nicht in der Lage waren, die Beiträge voll zu bezahlen. Die Bewohner, die bis jetzt nicht in der Lage waren zu bezahlen, werden insofern sogar etwas bessergestellt sein, als sie bis jetzt waren, weil sie nicht nur 20 % ihrer Pension als "Taschengeld" (ein häßliches Wort) behalten können, sondern auch einen Prozentanteil von 20 % der Pflegegeldstufe 3. Das sind also rund S 1.200,--, die tatsächlich ärmsten der Armen, werden in diesem Fall von dem vorliegenden Antrag am wenigsten getroffen und das bringt mir die Kraft, Ihnen diesen Antrag überhaupt vorzuschlagen.

Übel daran sind jene, die bis jetzt im Bewußtsein waren, daß sie für sich selbst sorgen konnten, nämlich diese 35 %, die sind übel daran, die werden in Zukunft genau das selbe Monatseinkommen haben, wie die, die das jetzt schon nicht aus eigener Kraft leisten konnten, nämlich 20 % ihrer Pension, daß wird in diesem Fall etwas mehr sein, als bei den ursprünglich angesprochenen Personengruppen, je nach Pensionshöhe und den Restbetrag aus dem Bundespflegegeld, auf das der einzelnen Mensch, der in einem öffentlichen Heim ist, Anspruch hat.

Lediglich 35 Bewohner werden die ganze Höhe selbst bezahlen können, dies ist also der Hintergrund, ich bitte aber den Gemeinderat, trotz der Rede, die ich im Jahr 1986 hier gehalten habe, dennoch um die Zustimmung, weil ein wesentlicher Unterschied zu damals eingetreten ist. Nämlich das Bundespflegegeld, es hat also im Jahr 1986 den wesentlichen Zusatz des zweigeteilten Tarifes in Heimabteilung und Wohnabteilung gegeben und darüber hinaus das Einbehalten des Hilflosenzuschusses zu 80 %. Jetzt gibt uns das Bundes- und Landes-

pflegegeld den gesetzlichen Rahmen für die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Bewohner für die Basisleistung, die sich also ergibt aus dem Wohnen, aus dem Reinigen, aus dem Essen zubereitet bekommen und aus der Auf- und Obsicht, die in allen Teilen des Hauses ist. Ich finde es auch durchaus sozial ausgewogen, daß hier ein angemessener Beitrag geleistet wird. Substituär ist es, daß derjenige, der den nicht aus eigenen Kraft leisten kann, von der öffentlichen Hand bezuschußt wird.

Bitter für die Stadt Steyr ist es, daß sie sich diesen Zuschuß selbst zahlen muß. Haushaltswirksam werden also im wesentlichen nur die Einnahmen aus dem Pflegegeld werden, das wird etwa S 16 Mio. ausmachen. Wenn man die Hilflosengelder wieder wegrechnet. Wir können in diesem Fall derzeit nur von etwa Angaben sprechen, weil die Festsetzungen der Einstufungen noch nicht abgeschlossen sind, es sich aber abzeichnet, daß das Bild, das die Bewohner im Haus jeden Tag darbieten, auch niederschlagende Bewertung der Pflegegelder findet. Das heißt, es wird fast niemand im Haus oben wohnhaft sein, der nicht in irgendeiner Form Anspruch auf Pflegegeld haben wird. Dem hat auch der Gemeinderat Rechnung getragen. Der wachsenden Pflegebedürftigkeit, in der ehemaligen Heimabteilung, nunmehr Abteilung 3 wird zugestimmt, daß die Installierung eines Schwesternrufsystems auf modernster Basis stattgefunden haben. Im nächsten Jahr werden wir darangehen müssen, die große Abteilung 3, immerhin sind dort 144 Bewohner (heute) in einer Abteilung untergebracht, aufzuteilen, sodaß ich hoffe, daß das im nächsten Jahr möglich sein wird, im Altbau Hanuschstraße ein Dienstzimmer eingerichtet werden kann, weil es ja nahezu unmöglich ist, die Dienstaufsicht zu machen von einem Eck des Baues der Kollerstraße in das andere Eck der Hanuschstraße. Da muß man sich die Nachtdienstleistung vorstellen, die da vollbracht wird. Ich möchte wirklich nicht nur, weil sie da sind einige Mitarbeiter des Hauses, auch wenn sie nicht da wären, würde ich es sagen, Danke sagen für die Pfegeleistung, die im Haus vollbracht wird, auch vollbracht wurde, zu einer Zeit, wo der Umbau nahezu unmögliche Bedingungen geschaffen hat und von allen, vor allem von den Bewohnern aber auch vom Pflegedienstpersonal, und vom Raumpflegepersonal von dem wirklich übermenschliches gefordert wurde, danken. Im wesentlichen sind die schlimmsten Arbeiten vorbei und wir können daran gehen, die weiteren Sanierungsmaßnahmen geordnet und systematisch vorzunehmen. Es ist allzuviel in einem Jahr zusammengekommen. Jetzt haben wir halt die Notwendigkeit, die Tarifreform zu beschließen, wobei noch ein wesentlicher Änderungspunkt drinnen ist, wie sie sicherlich beim Studium der Unterlagen entdeckt haben, daß wir vom Tagestarif auf Monatstarif umstellen. Das auch deshalb, weil die Pensionen ja auch nicht täglich bezahlt werden, sondern monatlich im Voraus.

Wenn wir so viele Teilzahler haben, ist es notwendig, eine Tarifgleichheit mit dem Pensionsanfall herbeizuführen, daher bitte ich Sie auch, diese Änderung zu beachten. Ich bitte Sie Herr Bürgermeister, daß Du die Diskussion über den Antrag eröffnest und ich bitte den hohen Gemeinderat um die Zustimmung für diesen.

(BEILAGE-Tarifaufstellung)

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister und teile Ihm mit, daß sich Herr Fürweger zum Wort gemeldet hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Gemeinderat Fürweger das Wort.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Sehr verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Es ist etwas schwierig nach diesen ermüdenden Ausführungen unseres Stadtrates fortzufahren ...

Gelächter

... aber ich halte mich kurz, ich bin da noch nicht sehr lange im Ausschuß, des Alten- und Pensionistenheimes Tabor (Gott sei Dank) ..

Zwischenruf: Pflegeheim

... Alten- und Pflegeheim Tabor und zwar sage ich das deswegen, weil ich ziemlich unbedarft das diesen Herbst verfolgen konnte und Sie haben ein wenig, ich weiß nicht, das Image es ist heute schon das Wort gefallen, eigentlich noch schlechter gemacht, wie ich es eigentlich gesehen habe, wie ich das erstemal im Altersheim war. Das war am 24. August, da war die Vorstellung der Firma VAMED, damals haben wir gehört, es gibt einmal ein Feed-back-Gespräch, bis jetzt hat es noch keines gegeben. Der letzte Ausschuß war am 24. September dJ, er hat sehr gut begonnen, ja wir haben uns eine halbe Stunde unterhalten, ob wir die Badewannen als Whirlpool ausstatten sollen. Wir haben dann eine kleine Begehung gemacht, da war auch der Herr Bürgermeister dabei, wir haben uns die neuen Betten angeschaut und auch die Sesseln haben wir uns angeschaut und der Ausschuß ist dann zerbröckelt, zum Schluß waren wir nicht mehr sehr viele Leute, so ist das eben zu Ende gegangen.

Vergangene Woche, am Mittwoch, bekomme ich als Ausschußmitglied einen Amtsbericht mit den Tariferhöhungen. Ich war dann einwenig überrascht wie ich lese, es gibt auch einen Unterausschuß, es ist im Ausschuß nie die Rede davon gewesen. Sie haben jetzt gesagt, das ist ein Unterausschuß des Gemeinderates ...

Unverständliches Gerede

... ich weiß nichts davon, daß es einen Unterausschuß des Gemeinderates gibt. Ich finde Ihre Vorgehensweise etwas eigenartig, wenn nicht sogar etwas fahrlässig, wenn Sie die Ausschußmitglieder übergehen. Sie haben dann vergangene Woche den Ausschuß .... Ich muß mich noch eimal ein wenig wiederholen. Ich findes es also ziemlich fahrlässig, daß Sie uns als Ausschußmitglieder nicht informiert haben, daß es einen Unterausschuß gibt.

Unverständliches Gerede.

Sie haben dann letzte Woche den Ausschuß aus Zeitgründen abgesagt. Wie wir jetzt von Ihnen gehört haben, was also hier eigentlich nicht her gehört hätte, wie es jetzt der Herr Bürgermeister erwähnt hat, hätte es sicher Gründe gegeben, den Ausschuß einzuberufen. Eine andere Sache jetzt: Wenn man nur den Amtsbericht durchsieht, es fehlen hier auf jeden Fall die alten Tarife, es

fehlen die Prozente der Erhöhung, und was mich im speziellen interessieren würde, wie die Zuteilung der Bewohner ist. Wer bekommt jetzt ein Einbett- wer bekommt ein Zweibett- wer bekommt ein Mehrbettzimmer? Denn wir wissen alle, die Leute bekommen eigentlich nur mehr ihr Taschengeld aber sonst bleibt ihnen warscheinlich nicht mehr viel.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Wer wünscht weiter das Wort, meine Damen und Herren? Keine weitere Wortmeldung?

Gelächter.

GEMEINDERAT
HANS-DIETER GÖTZ:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Wie sie schon gehört haben, als Mitglied des Unterausschusses, also wir haben schon über diesen Unterausschuß, auch in der Fraktion. Es ist nicht so, daß das im Geheimen passiert ist, sondern ich bin ja auch im Auftrag der Fraktion dorthin entsandt worden. Ich möchte dazu nur ganz kurz etwas sagen, ich glaube, wir haben in diesem Ausschuß sicherlich nicht schlecht gearbeitet, wir haben uns da schon die Mühe gemacht und die ganzen Für und Wider für diese Erhöhungen durchbesprochen und wir sind dann, glaube ich, einstimming zu diesem Entschluß gekommen, daß man das schon machen müßte, denn irgendwo sollten wir ja auch schauen, daß die Kosten der Gemeinde letztendlich ja irgendwo im Griff bleiben. Daß man da nicht ins Uferlose hinausgeht. Wir können ja nicht nur alles so von irgendwo herholen, sondern es muß ja auch einmal eine gewisse Grundlage für das Ganze da sein.

Zum Unterausschuß die Begründung, es war ja nicht ein Unterausschuß wie schon erwähnt worden ist des APT-Ausschusses, sondern eben wirklich ein gemeinderätlicher Unterausschuß und dadurch war es, glaube ich, nicht unbedingt notwendig, daß man die Bewilligung vom APT-Ausschuß einholen mußte, um das zu machen. Danke.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, noch eine Wortmeldung? Keine mehr. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT
KARL HOLUB:
Also was die Fahrlässigkeit betrifft Herr Kollege Fürweger, daß Sie keine Information bekommen haben, im Ausschuß ist öfter darüber berichtet worden über die Tätigkeit des Unterausschusses. Nur die Fahrlässigkeit liegt darin, daß Ihre Fraktion eine Umbesetzung im Ausschuß vorgenommen hat, vielleicht müssen Sie sich in Ihrer eigenen Fraktion etwas mehr aktivieren, daß Sie auch dort teilhaben an den Gesprächen, dann wird es auch sicherlich nicht mehr zu solchen, wie ich vermute Mißverständnissen kommen. Wenn Sie mich nach den Prozenten der Erhöhungen fragen, muß ich jetzt in meinen Unterlagen blättern. Ich kann Ihnen ... Wo ist er? Ja, ich kann ihnen berichten, daß es sich um Erhöhungen von im geringsten Fall von 25 % und im höchsten Fall von 140 %. Nein, von 106 %. Das war der falsche Vorschlag, von 106 % handelt. Zwar ist die Erhöhung dort am geringsten, wo auch die Unterbringung am schlechtesten ist und die Erhöhung dort am höchsten, wo die Unterbringung am besten ist. Insofern haben wir auch in der Arbeit

im Unterausschuß versucht, für Gerechtigkeit zu sorgen. Sie haben, Herr Kollege, auch die Frage gestellt, wer den jetzt die Zuweisung macht. Wer kommt in ein Einbett- wer kommt in ein Mehrbettzimmer? Wenn er es sich selbst nicht leisten kann, kommt jeder in ein Einbettzimmer, dessen Gesundheitszustand das erfordert. Das befindet nicht der Referent, sondern der Amtsarzt. Das befindet auch nicht der Ausschuß, sondern der Amtsarzt und dazu stehe ich. Wer den sonst als der Vertrauensarzt des Heimträgers hätte die Kompetenz über das Gesundheitsbild zu entscheiden, das von den Hausärzten befundet wird und nach dem Gesundheitsbild und notfalls nach eigener Wahrnehmung ist der Amtsarzt derjenige, der entscheidet, ob ein zukünftiger Bewohner des Hauses in ein Mehrbettzimmer kommen kann, oder ob er in ein Einbettzimmer kommen muß. Ich glaube, daß das im Grunde genommen die Antworten auf Ihre Fragen waren. Wenn Sie wissen wollen, wie die Tarife zuletzt ausgesehen haben, kann ich Ihnen ein Tarifblatt geben von der Tariffestsetzung 1.1.1993. Als Ausschußmitglied haben Sie sich, nehme ich an, von ihren Kollegen, die vorher im Ausschuß waren, ohnehin die Unterlagen geben lassen, aber wir können es gerne gegenlesen, wenn Sie wollen. Bei einer anderen Gelegenheit und nicht jetzt in der Sitzung. Herr Bürgermeister, ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag in der vorliegenden Form ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Holub. Nächster Berichterstatter Herr Ing. O. Schloßgangl.

Gerede ....

STADTRAT OTHMAR SCHLOßGANGL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um den Kanalanschluß "Geschützte Werkstätte". Der Antrag lautet.

Antrag 8)
Bau T - 582/93
Kanalanschluß Geschützte Werkstätte; KG Hinterberg; Antrag um Firmenvergabe mit Mittelfreigabe bei VST 5/8110/004100.2;

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 20.10.1993 wird nachstehender Antrag über die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Errichtung des Kanalanschlusses Geschützte Werkstätte als Anschlußauftrag in Höhe von S 229.880,– an die Fa. Erdbau Auinger GesmbH, Ardagger, vergeben. Gleichzeitig werden Mittel in der Höhe von S 229.900,– bei VST. 5/8110/004100.2 in Form einer Kreditübertragung von VST. 5/8110/050380.3 freigeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht meine Damen und Herren? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein

Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT
OTHMAR SCHLOßGANGL:

Antrag 9)
Bau 6 - 4840/83
Detailprojektierung Regenrückhaltebecken Sammelkanal F III zw. Ennser- u. Steinerstraße u. Überarbeitung HS F III u. Kanalisation Weinzierl 2. Ausbaustufe (Löwengutsiedlung) restl. Mittelfreigabe;

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/ FA Tiefbau vom 11. November 1993 wird der restl. Mittelfreigabe für Projektierungsarbeiten des Büros DI Spirk, Steyr/Salzburg an die Kanalistation Weinzierl 2. Ausbaustufe und HS F III inkl. Regenrückhaltebecken in Höhe von S 150.000,-- exkl. MWSt bei der VST. 5/8110/050410.8 (Weinzierl) und S 417.000,-- exkl. MWSt. bei VST. 5/8110/050560.0 (HS F III) zusammen also S 567.000,– zugestimmt.

Die Vergabe in Höhe von S 816.139,30 erfolgte mit GR-Beschluß vom 26. November 1992 bei gleichzeitiger Freigabe einer ersten Rate von S 250.000,–.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht. Auch nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Daher ist der Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:
Beim nächsten Antrag geht es um die Verbindungsstraße Ennserstraße-Resthofstraße.

Antrag 10)
Bau 3 - 2296/92
Verbindungsstraße Ennserstraße - Resthofstraße; neue Marlen Haushoferstraße; VLSA an der Ennser Straße; Mittelfreigabeantrag bei VST. 5/6400/050000.4

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes der FA Tiefbau vom 12.11.1993 werden für die Errichtung der Verkehrslichtsignalanlage an der Bundesstraße B 115, im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Verbindungsstraße zwischen Ennserstraße u. Resthofstraße, genannt Marlen Haushoferstraße, zur Begleichung von Rechnungen der FA. GESIG in der Höhe von S 300.000,-- bei der VST. 5/6400/050000.4 in Form einer Kreditübertragung aus VST. 5/6401/050000.2 freigegeben. Die Freigabe von weiteren Mitteln bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Ich danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht. Auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist auch einstimmig angenommen.

STADTRAT
OTHMAR SCHLOßGANGL:

Im nächsten Antrag geht es um Baumaßnahmen Steyrdorf, 3. Teil, Pflasterung Auftragserweiterung für die Schuhbodengasse.

Antrag 11)
Bau 3 - 7370/92
Bau 6 - 6672/92
Baumaßnahmen Steyrdorf 3. Teil, I. Pflasterung; II. Auftragserweiterung Schuhbodengasse;

Der Gemeinderat wolle beschließen: Im Zusammenhang mit den Tiefbaumaßnahmen Fußgängerzone Steyrdorf wurden vom GR. am 4. März 1993 folgende Aufträge vergeben.
Kanalbau S 8.368.855,-- exkl. MWSt., Straßenbau u. Beleuchtung S 2.980.885,-- inkl MWSt.,
Plattenverlegung u. Pflasterung S 5.785.569,-- inkl. MWSt.
Für den Kanalbau wurden im heurigen Jahr S 4.8 Mio. exkl. MWSt. und den Straßenbau und Pflasterungen S 4,2 Mio. inkl. MWSt. freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes der FA Tiefbau vom 14. November 1993 werden folgende Zusatzaufträge vergeben an:
1) Fa. Appinger GesmbH, 2552 Hirtenber, NÖ, über die Steinlieferung zur Gestaltung der Gleinkergasse von der Schubodengasse - Wieserfeldplatz, Sierningerstraße und Schuhbodengasse in Höhe von S 1.973.000,-- inkl. MWSt. Gleichzeitig wird die weitere Steinelieferung vom Auftrag der ARGE LSH Fischer u. Zwettler, Linz, im Wert von ca. S 1.500.000,-- inkl. MWSt. herausgenommen.

2) Fa. Ploier & Hörmann, 4614 Marchtrenk, zur Bestandsverbesserung der Kanäle Schuhbodengasse in Höhe von S 300.000,-- exkl. MWSt. und Unterbauarbeiten in Höhe von S 263.000,-- inkl. MWSt. sowie

3) ARGE Fa. LSH Fischer und Fa. Zwettler, Linz, über die Pflasterarbeiten Schuhbodengasse in Höhe von S 388.000,-- inkl. MWSt.

Die für das Rechnungsjahr 1993 zusätzlich erforderlichen Mittel für den Straßenbau und die Pflasterungen in Höhe von S 1.000.000,-- inkl. MWSt., werden mit einer Kreditübertragung von S 150.000,-- inkl. MWSt. von der VSt. 5/6120/002410.8 (Mühlbauergründe) und S 200.000,-- inkl. MWSt. von der VSt. 5/6120/002440.5 (Krenngründe) auf die VSt. 5/6120/002490.0 sowie Kreditüberschreitung in Höhe von S 650.000,-- inkl. MWSt. bei derselben VSt. 5/6120/002490.0 freigegeben.

Weiters wird dem Austauschangenbot Nr. 1 der ARGE Fa. LSH Fischer und FA. Zwettler, vom 18.6.1993, für die Aufbereitung von historischem Pflastermaterial nachträglich zugestimmt. Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Zum Wort gemeldet, Kollege Eichhübl, dann Payrleithner?

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:
Payrleitner war vorher.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Payrleitner vorher, bitte sehr. Fraktionsinterne Umreihungen werden immer akzeptiert.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, ich hoffe, daß bei der geplanten und hier im Amtsbericht zu entnehmenden

Pflasterung am Wieserfeldplatz, Frauengasse usw. die Akzeptanz der Bevölkerung besser funktioniert wie in der Kirchengasse. Es ist leider festzustellen, daß gegen die ursprüngliche Abmachung, ich war seinerzeit dabei, auch der Herr Bürgermeister. Es wurde mit den Bewohnern der Kirchengasse vereinbart, daß auf dem begehbaren Streifen die geschnittenen Steine so gelegt werden, daß vor allem, die Damen haben diesen Wunsch geäußert, aufgrund schlechter Erfahrungen am Stadtplatz, daß dort der Straßenbelag in einer Art und Weise verlegt wird, die auch den Damen ermöglicht, dort mit einem gewissen Komfort zu marschieren. In der Zwischenzeit sieht es nämlich so aus, daß zB bei den Hausvorsprüngen diese angenehme, glatte Bepflasterung eigenartigerweise und aus mir unerklärlichen Gründen aufhört, was zu großem Unmut führt. Einige Artikel in den lokalen Medien haben darüber berichtet. Vielleicht kann uns der Herr Stadtrat ein wenig Aufklärung geben, warum das nicht in der ursprünglich beschlossenen Form dann durchgeführt wurde. Ich darf hoffen, daß diese Fehler am Wieserfeldplatz nicht wiederholt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Kollege Stadtrat Eichhübl. Ich erteile es Ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nachdem ich, wie schon so oft, vor einigen Tagen in Steyrdorf war und eine Rundgang gemacht habe vom Wieserfeldplatz, Rotenbrunnen, Sierningerstraße, Schlossergasse und wieder zurück zum Wieserfeldplatz. Dort habe ich mit einigen Kaufleuten gesprochen und ich kann nur bestätigen was bereits von meinem Vorredner hier zum Ausdruck gebracht wurde, daß leider diese Pflasterung nicht so ausgefallen ist, wie man sich das vorgestellt hat und vorgestellt hätte. Nämlich für die Fußgänger ist tatsächlich dieses Problem vorhanden, daß dieser vorgesehene Streifen der enger gepflastert ist, eher schmal ausgefallen ist und daher notwendigerweise wieder in den breiter gepflasterten Bereich eintreten werden muß. Ich gehe davon aus, daß also diese Pflasterung nicht der Anlaß war, daß ich sehr bestürzt war und nämlich deshalb bestürzt, weil das an einem arbeitsfeien Tag war, nämlich der Samstag-Vormittag und der Stadtteil Steyrdorf nahezu menschenleer war.

Ich bin da heruntergegangen und habe auch festgestellt, daß in diesem Bereich in den Geschäften, mit Ausnahme in der Bäckerei Holzner, niemand zu sehen war. Ich habe dann in der Sierningerstraße einen einzigen Fußgeher gesehen. Es war für mich sehr bedrückend, weil ich auf der einen Seite die Bestrebungen der Stadt durchaus anerkenne, wie zB eine Verbesserung durch diese Pflasterung in diesem Bereich herbeizuführen. Ich vermerke aber, daß offensichtlich diese Bestrebungen nicht zu dem führen, was allgemein gewünscht wird, nämlich zu einer Verbesserung der Situation in punkto "Belebung" Steyrdorf. Ich habe kein Rezept dafür, daß darf ich hier auch gleich sagen, ich wollte ihnen nur meinen Eindruck weitergeben und darauf hinweisen, daß wir aufgerufen sind, alles daran zu setzen, mit welchen Maßnahmen auch immer, wenn auch Veränderungen im

Verkehrsbereich notwenig werden, diese Situation in Steyrdorf zu verbessern. Denn die Gefahr von Abwanderungen von Kaufleuten ist nach wie vor vorhanden. Es gibt ja auch einen potenten Kaufmann, der, so wie ich gehört habe, die Absicht hat, diesen Stadtteil endgültig zu verlassen und das würde so meine ich, zu einer weiteren Verschlechterung dieser Situation führen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr für diesen Beitrag. Wir wissen, daß wir uns sehr bemühen müssen und das tun wir auch, im Hinblick auf die weitere Entwicklung dieses historischen Stadtteiles. Wir haben aber die Dinge bereits in Bewegung gesetzt, der gegenständliche Antrag beschäftigt sich mit einer Maßnahme. Aber es geschehen viele andere Maßnahmen auch noch. Ich darf hinweisen, daß hier auch in unserem Auftrag und mit unserer Zustimmung gemeinsam mit der Bevölkerung an einem Leitbild gearbeitet wurde und ein solches beschlossen wurde. Ich räume durchaus ein, daß es nicht ganz unumstritten ist, aber es ist vorgesehen, daß schon im Jänner hier weiterführende Schritte beraten werden. Wir werden das aber mit der Bevölkerung tun und es wird hier zu diesem Thema Stadtteilgespräche geben.

Wir müssen uns natürlich mit allen unseren Stadtteilen beschäftigen und mit dem gegenwärtig ganz besonders. Das möchte ich nur bemerkt haben. Gibt es weitere Wortmeldungen, das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:
Ja ich möchte dazu sagen, es waren sehr ausführliche Besprechungen mit der Bevölkerung bzgl. der Pflasterung und der geschnittenen Steine, es war aber immer bekannt und wir haben das in X-Gesprächen und vor allem auch im Bauausschuß mehrmals sehr ausführlich diskutiert, daß bei Hausvorsprüngen, Pollern oder ähnlichen in die Fahrbahn ragenden Bauteilen, eben der Bereich der geschnittenen Platten etwas schmäler wird, weil der Charakter und der historische Zug der Straße sonst verwischt worden wäre. Es ist aber immer noch genug Platz, daß Sie dort einigermaßen bequem gehen können. Wenn natürlich einmal wirklich die ganze Straße in der Breite begangen werden sollte, dann wird es schon vorkommen, wenn die Herrschaften halt nicht die Höflichkeit haben jemanden vortreten zu lassen, oder eine Dame vorgehen zu lassen, daß jemand auf die Straßenmitte, auf die Fahrbahn gehen muß, wo die Steine bombiert und natürlich nicht so glatt und eben sind. Ich muß auch dazu sagen, mir ist nicht bekannt, daß es hier Beschwerden gibt, daß es Ausnahmen geben wird, denen das eine oder das andere nicht paßt, das ist, glaube ich, nicht zu vermeiden, aber im großen und ganzen, und wir haben wirklich sehr offen und mehrmals darüber diskutiert, haben wir eine ganz große und breite Zustimmung der Bevölkerung gefunden.

Was die Situation in Steyrdorf betrifft, gibt es ja jetzt eine Strukturanalyse, sie wurde schon im kleinen Kreis, von den dort Mitbeteiligten, vorgestellt und vorgelegt. Die haben ja dieses gemeinsam mit dem Beratungsbüro Wirth erarbeitet, es sind, glaube ich, sehr viele und sehr gute Anregungen dabei herausgekommen und am 17. oder 19. Jänner wird diese

Strukturanalyse offiziell der breiten Bevölkerung und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Natürlich, ich glaube darüber müssen wir uns alle im klaren sein, wird das Problem Steyrdorf mit allen intensiven Unterstützungen, sei es mit den Förderungen beim Wohnbau oder auch mit einer verstärkten Wirtschaftsförderung, sicherlich nicht in kürze, in wenigen Jahren zu lösen sein. Ich habe immer gesagt und ich bekenne mich dazu, daß meiner Meinung nach sogar ein Generationenproblem. Steyrdorf ist nicht in einigen Jahren so heruntergekommen und fast gestorben, sondern dazu hat es Jahrzehnte gebraucht. Es wird auch meiner Meinung nach viele Jahre dauern, bis dort die Struktur wieder so vorhanden ist mit einer jungen Wohnbevölkerung, mit einer attraktiven Geschäftswelt, daß Steyrdorf so wie vor vielen Jahren, ich denke an die 50iger Jahre, zu den ersten Adressen für uns Steyrer in punkto Geschäften und Einkaufszentren gezählt werden kann. Es ist natürlich auch so, daß die Betriebe und das Angebot attraktiv gestaltet werden muß und bei dieser letzten Vorstellung der Strukturanalyse wurde auch eine massive Unterstützung seitens der Gemeinde gefordert, wie zB die Beratung für die Sonderförderung beim Wohnbau, es soll ein Musterwohnobjekt errichtet werden und auch für die Förderungen für Investitionen, Geschäftsumbauten und ähnlichem mehr. Das ist ein Schwerpunktprogramm und wird uns in der nächsten Zeit intensiv beschäftigen. Ich bitte nun um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist den bitten wir um ein Zeichen der Zustimmung. Danke, Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:
Bei meinem letzten Antrag geht es um die Anstrahlung von Gebäuden im Stadtgebiet ...

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Laß dich nicht stören.

... im Stadtgebiet. Aufgrund des Amtsberichtes vom 3. November 1993 wird der durch Dringlichkeit durch eine Bürgermeisterverfügung erfolgten Mittelfreigabe und Firmenvergabe zur Revitalisierung der ...

Unverständliches Gerede von Bürgermeister Herrmann Leithenmayr.

... Gebäudeanstrahlungen, Rathaus, Bummerlhaus und Taborrestaurant wie folgt zugestimmt werden. Firma Elektro-Bau-AG, Linz, S 94.914,54 (inkl. MWSt.). Die Mittelfreigabe für 1993 zum genannten Zweck in der Höhe von S 95.000,– (inkl. MWSt.) soll bei der entsprechenden VASt. und einer Kreditübertragung von einer anderen VASt. zugestimmt und vorgenommen werden. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Stadtstatutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. Die Dringlichkeit deswegen, weil auch die Beleuchtung, nachdem die Vorplanungen und Anboteinholung sich etwas länger hingezogen haben, mit Beginn der Adventzeit zur Wirkung kommen sollten. Es ist die erste Probeinstallation erfolgt, es muß

noch abgestimmt werden, was in den nächsten Tagen, aufgrund der großen Kälte die jetzt war und das nur immer in der Nacht wegen der Dunkelheit geschehen kann stattfinden wird, daß diese drei Gebäude, Rathaus, Bummerlhaus und Tabor richtig zur Geltung kommen werden.

Antrag 12)
Ges - 16/93
Anstrahlung von Gebäuden im Stadtgebiet, 1. Ausbaustufe: Rathaus, Bummerlhaus und Taborrestaurant; Antrag auf Mittelfreigabe und Firmenvergabe;

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. November 1993 wird der wegen Dringlichkeit durch Bürgermeisterverfügung erfolgten Mittelfreigabe und Firmenvergabe zur Revitalisierung der Gebäudeanstrahlungen Rathaus, Bummerlhaus und Taborrestaurant wie folgt zugestimmt: Fa. Elektro-Bau-AG, Linz, S 94.914.54 (inkl. MWSt.) aufgerundet S 95.000,00 (inkl. MWSt). Der Mittelfreigabe für 1993 zum genannten Zweck in Höhe von S 95.000,-- (inkl. MWSt.) bei VASt. 5/8160/050100 und einer Kreditübertragung von der von der VASt. 5/6120/002570.9 auf die VASt. 5/8160/050100 wird zugestimmt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht. Herr Gemeinderat Fürweger, in Folge der Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Herr Stadtrat, Sie haben es ja schon angeschnitten, es hat sich etwas verzögert, es hat sich über 7 Monate verzögert. Der Amtsbericht vom 29. April (mein Geburtstag) wurde im Stadtsenat beschlossen am 27. Mai, ausgeschrieben am 5. Oktober, Angeboteröffnung am 27. Oktober, dieser Amtsbericht mit 3. November, und hinten eben der Zusatz, soll in der Adventzeit brennen, es brennt glaube ich noch nicht. Natürlich dann auch die Bürgermeisterverfügung, hier muß man sich wirklich fragen, hat es hier wirklich eine ordentliche Planung gegeben, oder hat es hier keine gegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Eine weitere Wortmeldung, Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren im Gemeinderat, die 95.000,– Schilling sind ja eher eine geringe Summe gemessen an der Summe, die wir alle Jahre als Defizite hier in dieser Stadt erwirtschaften. Wenn man es aber im Vergleich betrachtet mit dem Budget 1994, da sind für die Beleuchtung S 300.000,– vorangeschlagt. Da würde ich eher sagen, das läuft bei uns eher unter der Devise echter Luxus und darum werden wir diesem Antrag die Stimme entsagen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Noch eine Wortmeldung? Kollege Holub, Stadtrat Holub ...

Gelächter

... ich nehme an, Du willst den Fremdenverkehr zum Durchbruch bringen ....

Gelächter.

... das habe ich mir ja gedacht.

STADTRAT
KARL HOLUB:
Bürgermeister Leithenmayr hat ganz richtig erkannt, daß ich jetzt als Tourismusreferent sprechen werde. Natürlich muß ich vom Standpunkt des Tourismus die Beleuchtung der herausragenden Baumassen in der Stadt begrüßen. Im Gegenteil, ein wenig trauig bin ich darüber, daß das so lange gedauert hat, bis wir soweit gekommen sind. Wir bemühen uns ja schon geraume Zeit, wie möglicherweise einige von uns noch wissen, die die früheren Regierungsperioden der Stadt überdauert haben ...

Unverständliches Gerede von Bürgermeister Leithenmayr.

Zwischenruf von Vizebürgermeister Sablik: ... dagegen, als ich noch Referent war.

Gelächter.

STADTRAT
KARL HOLUB:
... Wie mache ich es jetzt, bleibe ich höflich, oder werde ich zynisch.

Zwischenruf von Vizebürgermeister Sablik: Bleib traurig.

Gelächter.

... lieber Vizebürgermeister Sablik, ich glaube, ich folge Deinem Rat und bleibe traurig über die Vergeßlichkeit des Menschen, weil Du wirklich vergessen hast, wie oft wir darüber diskutiert haben, ob man nicht doch endlich einmal die Beleuchtungen machen sollten und Du hast mir seinerzeit immer wieder erklärt, aus welchen Gründen es nicht geht, aber wie gesagt, Du hast gesagt, ich soll traurig sein darüber. Ich bin traurig, weil Du vergessen hast ....

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Sablik.

... ich begrüße wirklich sehr, daß die Beleuchtung stattfindet, daß es Nachrüstungen in der Intensität geben wird, steht fest. Aber richtigerweise muß man zuerst etwas probieren, damit man es dann verbessern kann. Ich finde den Luxus aber nicht so groß wie sie, das kann sein aus "Grünen" Blickwinkeln her sehen. Ich behaupte vielmehr, daß es sogar sehr begrüßenswert ist, auch aus der Sicht der Denkmalpflege, daß der Gast, der in unsere Stadt kommt, nicht nur seine Menschen schätzt, sondern auch die Architektur. Daß aber der Bürger der Stadt Steyr manchesmal blind an den Schönheiten der Stadt vorbei geht, daß wissen wir auch und daß man vor allem zuerst bei der Werbung nach Innen beginnen muß und dann erst bei der Werbung nach Außen erfolgreich sein kann, ist die dritte Wahrheit. Betrachten wir also das Beleuchten der schönen Gebäude sowohl als Werbung nach Innen und Außen und sind wir froh, daß es nun soweit ist.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich möchte schon deponieren, es gibt hier, wir werden heute noch Gelegenheit haben, im Nachtrags-

budget und in 14 Tagen ca. über das Budget 1994 über noch mehr Luxus zu sprechen. Ich glaube, diesen Luxus der Anstrahlungen von diesen historischen Gebäuden sollten wir uns leisten und ich bin auch sehr dafür, daß das kommt und daß die auch schön in der Abendzeit angestrahlt werden. Ich glaube, daß ist wichtig für die Fremdenverkehrsstadt Steyr. Danke. Ich habe natürlich aber kein Verständnis dafür, daß aufgund des langen Prozesses dafür eine Bürgermeisterverfügung notwendig wird. Dafür habe ich kein Verständnis.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Aber sonst würde es überhaupt nie hell, Herr Kollege.

Gelächter.

Gut, wünscht der Herr Referent das Schlußwort.

STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:
Ich möchte vorausschicken, eine 1000-jährige Stadt wie Steyr mit so hochwertiger und hochgradiger architektonischen Bausubstanz müßte sich diesen Luxus sehr wohl leisten. Anerkannt in ganz Europa glaube ich, brauchen wir nicht darüber diskutieren, daß auch in den Abendstunden die Schönheiten der Stadt den Touristen, wie es auch ja schon vielfach angeklungen, gezeigt werden sollen. Zur Planung muß ich sagen, warum das so lange gedauert hat, es war vielleicht im Amte hier eine gewisse Bremsung vorhanden und es waren die zuständigen Herren, davon war einer sehr lange krank, dann auf einem Kurs, damit war er mit seiner Arbeit sehr überlastet und erst durch massiven Druck ist es gelungen, das noch zu diesem Termin durchzubringen. Daher war es auch notwendig, eine Bürgermeisterverfügung zu fordern, ansonsten hätten wir mit Ende des Jahres die Beleuchtung bekommen. Ich glaube, es ist sicher sinnvoll, daß mit Beginn der Adventzeit diese Gebäude leuchten. Für das nächste Jahr, es wurde angesprochen, sind S 300.000,-- vorgesehen. Das ist eigentlich nicht sehr viel. Wir hätten vor, die Stadtpfarrkirche, für die es ja schon eine Probebeleuchtung gegeben hat, die Marien Kirche und das Alte Theater anzustrahlen. Schloß Lamberg, das eine ganz wesentliche Summe verschlingen würde, muß sowieso zurück gestellt werden, vorallem die Seite an der Steyr und auch der Alte Wehrturm.

Unverständliches Gerede.

Vielleicht interessiert Sie noch eines, man überlegt ja, wenn man so etwas macht, was sind die Folgekosten? Für diese erste Ausbaustufe haben wir S 10512,-- ermittelt und wenn die zweite Ausbaustufe wie angeführt ohne Schloß Lamberg kommen wird, dann wird das ungefähr S 18.000,-- pro Jahr an Stromkosten verursachen. Also ich glaube, bei einem Budget von über 1 Milliarde könnten wir uns das sehr wohl leisten. Ich bitte um Abstimmung, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke, wer ist gegen den Antrag, 2 Gegenstimmen, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Kollegen Schloßgangl herzlich und würde nun vorschlagen, daß wir 10 Minuten Pause machen, um den

Rauchern die Gelegenheit zu geben, Ihrem Laster zu frönen.

P A U S E (16:17 - 16:32)

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist eine alte Schiffsglocke. Da geht ja nichts weiter.

Gelächter.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:
Der nächste Redner ist am Wort.

STADTRAT
MAG. HELMUT ZAGLER:
Sehr geschätzte Damen und Herren. Ich habe den Amtsbericht über den Nachtragsvoranschlag vor mir liegen und auch den Antrag an den hohen Gemeinderat, den Antrag des Stadtsenates.

Antrag 13)
HA-3900/92
Nachtragvoranschlag 1993

Der Gemeinderat wolle beschließen: Den Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1993 wie folgt: Der ordentliche Haushalt steigt von S 886.536.000,-- auf S 1.043.753.000,-- die Reineinnahmen von S 829.977.000,-- auf S 987.194.000,--. Der AOH von S 261.563.000,-- auf S 328.990.000,--. Jene die den Prozentrechner mithaben, oder um Fragen, die heute über prozentuelle Abänderungen schon in anderen Verhandlungspunkten gefallen sind, vorzugreifen. Das würde Nominell bedeuten, daß 18 % mehr Mehrausgaben beim OH und 26 % mehr beim AOH, daß ist aber eine Prozentzahl, ich werde es dann relativieren, die so nicht stehen bleiben kann, weil man hier sehr wohl aus den Haushalten herausrechnen muß, was tatsächliche Ausgabenerhöhungen sind und solche, die nur durch buchhaltärische Maßnahme als solche erscheinen. Ich erlaube mir nun auf einzelne Punkte des Amtsberichtes einzugehen. Auf der ersten Seite ist der ordentliche Haushalt dargestellt, der wie es hier heißt, mit einer Rücklagenentnahme von S 42,1 Mio gedeckt werden kann. Gleich in der ersten Zeile bei den Mehreinnahmen, ist ein Betrag von S 99 Mio vorhanden, der eben eine solche buchhalterische Größe darstellt, nachdem wir im Budgetgemeinderat im Dezember 1992 schon beschlossen haben, unsere Darlehen umzustrukturieren und dann im März, glaube ich, die Beschlüsse gefaßt haben, worin diese vorgesehene Maßnahme in die Tat umgewandelt wurde. Ein weiterer Punkt der Erhöhungen die sich als echte Mehreinahmen zu Buche schlagen sind S 27,4 Mio. bei den Ertragsanteilen, die wir vom Bund als Anteile gemeinsamer Steuern überwiesen bekommen. Es schaut auf diesem Betrag als sehr gute Entwicklung aus, diese Entwicklung trügt ein weinig, weil hier eine Vorauszahlung beinhaltet ist auf die Kapitalertragssteuer II. Für die aufmerksamen Leser der Gemeindezeitung ist ja auch das kein Geheimnis. Dann geht es um Rücklagenentnahmen, das ist auch hier wieder eine buchhalterische Größe in der Summe S 47,5 Mio. Aufmerksame Leser werden sagen oben steht S 42,1 Mio und unten steht jetzt aufeinmal S 47,5 Mio. kein Schreibfehler vom GB II, vom Herrn Pfeiffer, der diesen Nachtragsvoranschlag gemacht hat, sondern die Differenz bedeutet eine Umbuchung einer Zweckrücklage für berufsbildende Schulen aus den AOH und kann dort auch nachgelesen und gefunden werden. Es sind dann der Reihe nach und zwar nach der Größe

geordnet die anderen Mehreinnahmen drinnen, wie zB die Leistungserlöse beim Zentralaltersheim, da hieß es noch so damals im Budget, im APT, was Gott sei Dank muß ich sagen durch die neue Ordnung des Hilflosenzuschusses, durch die Umformung dieses in einen Bundespflegezuschuß für uns Mehreinnahmen bringt. Diese S 6 Mio. für das zweite Halbjahr 1993 ist also hier der Zubetrag für den hohen Pflegeaufwand im APT. Es geht dann weiter über Parkgebühren, es geht um eine Umbuchung bei der Müllbeseitigung in der Höhe von S 1,5 Mio. der Rest sind tatsächliche Mehreinnahmen, dann Wohn- und Geschäftsgebäudebeihilfen vom Bund. Hier geht es um eine Rate der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik, Mehreinnahmen bei der Kanalbenützungsgebühr, Mehreinnahmen bei der Gedränkesteuer, es geht weiter über Gastschulbeiträge und erreicht eben einen Betrag von S 173,7 Mio. von denen eigentlich nur S 45 Mio echte Mehreinnahmen darstellen. Bitte das zu diesem Punkt Mehreinnahmen zu berücksichtigen. Bei den Mindereinnahmen sehen wir zwei Dinge, die hier auch ins Auge springen. Einerseits die zweite Zeile, die Zinsen aus Rücklagen. Wir hatten ja durch Sparkassengelder, aber auch durch unsere hohe Liquidität im städtischen Haushalt die Chance, im Jahr 1992 noch sehr hohe Zinserträge zu erwirtschaften, im Jahr 1993 durch die Verschlechterung der Liquiditätslage vor allem zur Jahresmitte, die ja bis heute anhält, ist die zu erwartende Zinseinnahme ensprechend zurück gegangen. Nicht zuletzt auch durch die Zinsenentwicklung, die hier gegriffen hat.

Bei den Ausgaben sehen wir vielleicht das einzige, was sich aus Fehler unseres Geschäftsbereiches, also als Nachlässigkeit unseres GB eingstellt hat. Die Steigerung der Landesumlage von S 38 Mio. auf S 80,6 Mio. und möchte das aber auch begründen. Wir bekommen immer etwa Mitte Dezember die Ankündigung des Landes, wie sich die Umglagen für das kommende Jahr entwickeln ....

Unverständliches Gerede.

.... zur damaligen Zeit, wo also die Höhe dieser Rücklagen von uns nicht abschätzbar und deswegen kommt es hier zu dieser Überschreitung, dh jetzt aber nicht, da liegt ein kleiner Fehler in unserer Abteilung in unser Budgetierung, sondern ich möchte euch schon darauf aufmerksam machen, wie dramatisch der Anstieg dieser Umlagen ist. Und wer diese Spalte des ordentlichen Haushalt durchließt, wird fast in jeder Zeile eine Umlage finden, eine Abgabe finden, die Richtung Land gerichtet ist und wo alle im Laufe des Jahres 1993 zum Teil beträchtlich und erheblich erhöht werden mußten. Von den S 182,8 Mio. als Summe, betreffen S 99 Mio. die Darlehensumbuchungen und von den restlichen Millionen sind S 56,7 Mio. Mehrleistungen an das Land OÖ. Jetzt ist der Bgm. Leithenmayr nicht da, aber er ist sich dieser Tatsache auch bewußt und hat auch schon angekündigt, hier Richtung Land vorstellig zu werden, daß auch von den Bedarfszuweisungen einen Ausfluß haben muß. Es kann nicht so sein, daß wir eine Unmenge an Mehrleistungen an das Land leisten und auf der anderen Seite bei unseren wichtigen Vorhaben oftmals die Unterstützung nicht in dem Ausmaß bekommen, wie wir das erwarten. Ich habe die Abteilung für Finanzen und betriebswirtschaftl. Verwaltung, den GB II, ersucht, eine

Aufstellung darüber zu machen, wie in den letzten 5 Jahren der Umlagenbetrag angestiegen ist gegenüber zu stellen und wie starr bei etwa S 20 Mio. die Beihilfen des Landes und die Bedarfszuweisungen des Landes geblieben sind.

Von Einzelforderungen, Zweckforderungen abgesehen, heute ist auch eine erwähnt worden, die von Landesrat Klausberger, der für das APT eine großzügige Leistung geliefert hat und wir werden auch hier noch in diesem Nachtragsvoranschlag diese Leistungen sehen, die das Land zB für die Überdachung des Eislaufplatzes geleistet hat. Aber die normalen Bedarfszuweisungsmittel sind etwa bei S 20 Mio. eingefroren. Wenn man hier weiterblättern und in den außerordentlichen Haushalt hineingeht, dann ist mein Vorschlag, den Punkt 2.1.1 und 2.1.1 Mehreinnahmen und Mindereinnahmen einmal nicht zu betrachten. Ich würde nicht sagen ersatzlos zu streichen, weil da nur steht, wie die Mehrausgaben und überhaupt die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes finanziert werden. Das heist, unser Blick oder unsere Betrachtungsweise sollte auf den Punkt 2.2.1 gelegt werden, wo steht Mehrausgaben im außerordentlichen Haushalt und hier sehen wird das, was wir in den meisten Fällen einstimmig hier beschlossen haben, daß uns zu solchen Finanzlücken auch gebracht hat, wie zB Grundankäufe von geplanten S 15 Mio auf S 38,8 Mio. Da ist die sogenannte Jahrhundertchance, Stadtguterwerb mit der ersten Rate dabei. Die S 15 Mio, oder ein Teil davon ist Knogler-Gründe letzte Rate. Stadtwerke, Investitionskostenbeiträge, hier sind vor allem die Citybusse dabei, von S 6,3 Mio auf S 16,4 Mio. erhöht.

Der Eislaufplatz auf S 9,9 Mio, die Parkscheinautomaten sind ein Umbuchungsbetrag. Man kann dann weiterlesen, Pflichtschulen, Gebäude Hauptschule Tabor könnte auch hier könnte der Finanzabteilung einen kleiner Vorwurf gemacht werden. Ursprünglich haben wir nämlich gesagt diesen Schulbau möchten wir auf Leasing-Variante finanzieren, bei den Gesprächen dann, bei der Ausarbeitung, ob Leasing-Variante oder Darlehens-finanzierung günstiger ist, hat sich herausgestellt, daß die Leasing-Variante um einige wenige Tausend Schillig günstiger gewesen wäre, aber die Frage ob vom Finanzamt die dabei anfallende Vorsteuerbegünstigung in Anspruch genommen werden kann, als eher dubios bezeichnet wurde, weswegen die Darlehensfinanzierung von unserem Gemeinderat auch einstimmig so beschlossen wurde. Daraus ergibt sich also hier eine Überschreitung von 84 %, was für den Leser der die Hintergünde nicht weiß, vielleicht bedeutet, die haben ein "Wurstelbudget" zusammen-gestellt. So bitte ist das also nicht zu verstehen. Es geht weiter über Subventionen, das sind jetzt für den unbedarften Leser, der Herr Dr. Chvatal ist noch da, ich meine jetzt nicht als unbedarften Leser, aber der ist vielleicht einer, der den Hintergrund nicht kennt, der wird sagen, aha, das ist genau das, was sie mir eh immer erzählen für das Soziale haben sie kein Geld, aber der Vorwärts geben sie Millionenbeträge. Hier ist es wieder hauptsächlich die Weiterleitung von Bedarfszuschüssen, Bedarfszuweisungen und Landesförderungen, die nicht an einen Sportverein ausbezahlt werden können, sondern zunächst auf ein öffentliche Körperschaft fallen müssen, in dem sie vorher an die Gemeinde und von uns dann

weitergeleitet werden. Kindergartenzuschüsse, budgetiert waren seinerzeit 1 Mio. für den Kindergarten am Wieserfeldplatz (Caritas-Kindergarten), dann war der Bedarf Fabriksinsel und hier die entsprechenden Abrechnungen, somit ist hier die Abweichung, glaube ich, auch geklärt. Die Grundankäufe, wo man im Regelfall nur mit Ansatzposten im Budget operiert, damit also das Wort Grundankauf dort steht und man sagt halt, schreiben wir 1 Mio. hin. Man kann das ja nicht oft 1 Jahr oder länger im vorhinein sehnen, was man wirklich kaufen will, den zum Grundkaufen gehören bekanntlich mind. 2, nämlich einer der verkaufen will und einer der kaufen will. Ich könnte also 20 Mio. hinschreiben und finde keinen Verkäufer, dann ist das genauso eine Zahl die in den Wind oder in den Nebel geschrieben ist. Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dort Grundankäufe zu machen sind. Die Entwicklung bei den Bädern ist natürlich für den Finanzreferenten keine lustige, auch nicht für den zuständigen APT-Referenten. Aber es ist halt so, wenn man die Sanierung durchführt, dann sollte man sie zumindest so machen, daß die Bewohner des APT eine ordentliche Pflegemöglichkeit hier vorfinden. So geht es weiter. Auch der Löschzug Gleink, wo das Gebäude auch teurer wurde als ursprünglich geplant. Hier wäre es unseriös gewesen, von der Finanzabteilung zu sagen, nein Kreditüberschreitung daher sofort Baustop und wir hätten weder die Eröffnung machen können, noch das Feuerwehrfahrzeug hineingeben können. Daher auch diese Überschreitungen, die aber alle hier im Beschluß drinnen sind. Was ich zum Schluß meiner Erläuterung anmerken möchte, daß die meisten der Kreditüberschreitungen, die zu diesem Nachtrachtsvoranschlag geführt haben, im Gemeinderat oder Stadtsenat (in den Beschlußgremien) drinnen waren. Aber, ich habe das dem Dr. Schmidl auch schon gesagt, daß einige Beträge dabei sind, die nicht unserer Anordnungsbefugnis entsprechen, dh wo kein Gremialbeschluß notwendig ist, die aber auch über diesen Nachtragsvoranschlag im nachhinein saniert werden. Ich würde bitten, wirklich sehr intensiv bitten, daß die zuständigen Referenten auch bei der Bewirtschaftung dieser Posten, die die Anordnungsbefugnis 0 oder 1 haben, dh wo der Beamte durch seine Unterschrift die Verfügung trifft, hier den Wunsch nach Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit hinüber zu bringen. Es ist halt so, daß wir ein beschränktes Budgetmittel zur Verfügung haben und wir sollen für einen sinnvollen Einsatz Geldmittel hergeben. Oftmals hat man so als Betrachter den Eindruck, daß nicht alles zu 100 % seriös verausgabt wird, das sind oft nicht große Beträge wo man sagt, da werden Millionen verschleudert, aber Kleinvieh macht auch Mist und ich glaube, man sollte diese Sache auf jeden Fall der Angelegenheit unterziehen, daß wir hier als politisch verantwortliche Referenten auch mit den entsprechenden GB-Leitern und den FA-Leitern ein ernstes Wort spricht. Wir haben uns vorgenommen, in der Finanzabteilung, den Umgang mit dem Budget und der tatsächlichen Abwicklung des Budgets im nächsten Jahr noch weiter zu straffen. Ich habe vielfach versucht, es hat zu lautstarken Auseinandersetzungen, sogar bis zu Tränen geführt, das Budget möglichst gut einzuhalten, es ist nicht in allem gelungen, man kann also, wenn Gefahr im Verzug ist, nicht sagen, das ist nicht beschlossen, daher machen wir das nicht, man kann Jahrhundertchancen nicht hinten

anstellen. Aber im großen und ganzen, bitte ich um Verständnis, wir können nur soviel Geld ausgeben, als wir auf der anderen Seite einnehmen, auch auf dem Darlehenssektor und so, daß wir in den nächsten Jahren, das wird das Budget in diesem Monat noch zeigen, wieviel Handlungsspielraum wir haben. Der schönste Nachtragsvoranschlag wäre für den Finanzreferenten keinen zu haben und zwar dann keinen zu haben, wenn wir ein Superbudget haben und das Superbudget genauso erfüllt wird. Das ist aber ein Traum, der nicht in Erfüllung gehen wird. Wenn wir jetzt träumen, mit dem Beschluß des Nachtragsvoranschlages schon den Rechnungsabschluß beschlossen zu haben, davor möchte ich warnen, dh wenn der Rechnungsabschluß im März oder April im Gemeinderat vorliegt, werden wir auch noch die eine oder die andere Abweichung durchführen. Wir werden spätestens am nächsten Gemeinderat auf der Tagesordnung die eine oder andere Kreditüber-schreitung oder Kredit-übertragung wieder dabei haben, die also das hier vorliegende Werk wieder nicht erschüttert aber doch in den genauen Zahlen verändert. In diesem Zusammenhang möchte ich Dir lieber Helmut Lemmerer danken, aber nicht Dir persönlich, weil die Arbeit da in diesem Nachtrags-voranschlag hat der Herr Pfeiffer vorbildlich erledigt, danken für Deine ganze Abteilung, was Du im laufe des Jahres erledigen mußtest, nicht weil Du dafür ohnehin bezahlt wirst, wie Deine Mitarbeiter auch, sondern weil es vielfach eine sehr unangenehme Arbeit ist, anderen immer wieder zu sagen, bitte hier sind die Grenzen der Finanzierbarkeit und wir machen das gemeinsam nicht als "Jux und Tollerei", sondern wirklich, um für die Stadt das wesentliche durchführen zu können. Für diese Kooperationsbe-reitschaft in meiner Abteilung herzlichen Dank und bitte, das auch den Mitarbeitern so weiterzugeben. Ich bitte Dich Erich, diesen Antrag zur Diskussion zu stellen und zur Abstimmung zu bringen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Danke, gemeldet sind der Herr Gemeinderat Spöck und der Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil als nächsters. Wer wünscht dann das Wort? Herr Apfelthaler. Du bist am Wort.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR ...

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:
Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister.

GEMEINDERAT WILHEM SPÖCK:
... Beim Nachtragsvoranschlag 1992 hatten wir im ordentlichen Haushalt noch einen Überschuß von S 77,6 Mio der an die Allgemeine- und Betriebsmittelrücklage zugeführt worden ist. 1991 hatten wir im ordentlichen Haushalt einen Überschuß von S 21, 6 Mio, der ebenso an die Allgemeine- und Betriebsmittelrücklage zugeführt worden ist. Im Nachtragsvoranschlag 1993 haben wir im ordentlichen Haushalt wie wir bereits von unserem Finanzreferenten eingangs gehört haben, einen Abgang von S 42,1 Mio, der diesmal nicht zugeführt, sondern entnommen werden muß aus der Allgemeinen- und Betriebsmittel-rücklage. Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes sind, wie auch schon betont worden ist, um S

157 Mio angehoben worden, bei den Mehreinnahmen im ordentlichen Haushalt fehlt uns leider diesmal die Gewerbesteuer, die positive Gewerbesteuer, wenn ich erinnern darf, von BMW, die im Vorjahr im Nachtrag allein S 110 Mio erbracht hat ...

Gerede

... Die S 99 Mio für Umschuldungen bei den Mehreinnahmen steht der gleiche Betrag, wie schon betont worden ist vom Finanzreferenten, bei den Ausgaben gegenüber. Die Umschuldungen wurden ja im Gemeinderat am 22. April 1993, also heuer, beschlossen. Laut Mag. Lemmerer werden diese Umschuldungen, wie wir im Finanz- und Rechtsausschuß gehört haben, sehr fruchtbringend in den nächsten Jahren sein und der Stadt Millionen und Millionen, laut seinen Aussagen, bringen. Bei den Mehrausgaben fällt im ordentlichen Haushalt besonders die Steigerung der Landesumlage um 112 % auf. Wie schon betont worden ist, ist das durch die Finanzkraft der Stadt, durch die gute Finanzkraft der Stadt entstanden und im nächsten Jahr wird hier sicherlich mit einer Senkung zu rechnen sein. Das auf der einen Seite, auf der anderen Seite bekommen wir natürlich vom Land wieder Geld zurück, wenn ich hier nur erwähnen darf ein Schreiben des Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck vom 8. November 1993, wo er mitteilt, daß die Landesregierung beschlossen hat, wiederum Bedarfszuweisungen für den Brückenbau im Wehrgraben S 1 Mio., Straßenbau in Steyrdorf S 2 Mio., Errichtung des Fußgängerübergangs Plenkelberg S 1 Mio., Ausbau der Gußwerkstraße S 4 Mio., Beitrag zur 3. Ausbaustufe unseres BMW-Motorenwerkes S 2 Mio., der Ankauf der Parkscheinautomaten S 3 Mio., Erweiterung des Feuerhauses in der Steinerstraße in Gleink S 2 Mio., Straßenbau Rennbahnweg-Enns S 3 Mio. und für den Ausbau der Hausleithenstraße wurde als Bedarfszuweisung S 1,5 Mio. gewährt. Also insgesamt sind hier wieder S 19,5 Mio. rückgeflossen. Bei den Mehreinnahmen bzw. bei den Mehrausgaben im außerordentlichen Haushalt finden wir den Ankauf des Stadtgutes, der durch Mitteln des Sparkassenfonds gedeckt worden ist und ebenso den Ankauf der City-Busse. Als echte Mehreinnahme habe ich die S 6 Mio gesehen, bei dem Kapitel Bedarfszuweisung Amtsgebäude stehen. Soweit zu den Zahlen. Der Kollege Zagler hat diese Zahlen ja schon sehr ausführlich erläutert und ergänzt. Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wenn man sich den Nachtragsvoranschlag 1993 anschaut, ist hier sicherlich nicht Übermut am Platze. Insbesonders wenn ich an die Zukunft denke. An die großen Stücke, die uns immer wieder ins Haus stehen werden. Wenn ich an den Kanalbau denke, im Voranschlag 1994 finden wir dazu im außerordentlichen Haushalt alleine S 32 Mio. Wenn ich an die Realisierung div. Projekte denke, wenn ich an die Verkehrsdrehschreibe am Bahnhof denke. Wenn ich an den Neubau der Wiesenbrücke denke, der uns wahrscheinlich auch ins Haus stehen wird, um hier nur einige Projekte zu nennen. Auch der Taborknoten, wie Herr Kollege Strasser richtig erwähnte, wird uns auch, wenn wir endlich gehandelt haben, sehr belasten. Aber natürlich steigen auch die Personalkosten, wenn man sich den Voranschlag 1994 ansieht, sind die Personalkosten um ca. 6 % gestiegen. Zum Nachtragsvoranschlag, die Reineinnahmen der Stadt zum Verhältnis zu den Personal-

kosten ergeben diesmal eine Schnittlinie von rund 33 %, dh brutto inkl. Ausgleichsfond und Pensionen beträgt der Personalaufwand rd. S 388 Mio. Beim Nachtrag 1992 waren es noch S 357 Mio. Dies waren großteils einstimmige Beschlüsse, wenn ich denke an die Stadtwerke mit +9 Busfahrer, die einstimmig angenommen worden sind, wenn ich denke an den Geschäftsbereich VIII, das Altersheim mit den 5 Pflegebediensteten, wie schwierig der Dienst ist, haben wir vom Kollegen Holub gehört. Wenn ich denke an den Geschäftsbereich IV, wo uns laut Gesetz, laut Ausländeraufenthaltsgesetz eine B-Kraft und 2 Schreibkräfte vorgeschrieben worden sind, wenn ich denke an die Parkraumbewirtschaftung mit zusätzlich einer B-Kraft und wenn ich denke an den Geschäftsbereich V, 7 1/2 Kindergärtnerinnen zusätzlich bedingt durch die Erweiterungen. Trotzdem, werte Kolleginnen und Kollegen, muß auch hier nach den formalen Umgliederungen, die durch das KDZ durchgeführt worden sind, die nächste Phase eintreten, es muß die nächste Phase eintreten, nämlich die nächste Phase der Einsparungen. Ich darf hier den Kollegen Zagler als Finanzreferenten zitieren von einer Budgetsitzung im Dezember 1991 zum Budget 1992 wo er gemeint hat, die Beamten kosten soviel, der Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget ist erschreckend hoch, er hat damals auch gemeint, daß der prozentuelle Anteil der Personalkosten zurückgehen muß und er sprach auch die grundstätzliche Bereitschaft zu den Privatisierungen aus. Damals hatten wir Reineinnahmen der Stadt von S 733 Mio. und die Persoanlkosten betrugen S 326 Mio. inkl. der Pensionen. Der Sozialbereich, werte Kollegeninnen und Kollegen, wird uns ebenso in den nächsten Jahren wiederum beschäftigen müssen. Wenn ich an den Voranschlag 1994 denke, an die Wunschvorstellungen von Kollegen Holub an die berechtigten Wunschvorstellungen für unsere älteren Mitbürger von über S 95 Mio. über S 75 Mio. für den Neubau, ja das stimmt. Abschließend noch zum Schuldenstand unserer Stadt möchte ich sagen, daß eine Steigerung der Verschuldung im Vergleich zum Rechnungsabschluß 1992 bzw. den heute vorliegenden Nachtragsvoranschlag insofern eingetreten ist, eine Steigerung von S 526 Mio. auf S 607 Mio., was eine Neuverschuldung bedeutet wie wir gelesen haben aus den Amtsunterlagen von, S 124 Mio. dh, wir haben aufgrund des Nachtragsvoranschlages eine Pro-Kopf-Verschuldung vom jüngsten bis zum ältesten Bürger von S 15.600,--. Im Nachtragsvoranschlag 1992 waren es noch S 14.100,--. Das mittelfristige Finanzierungskonzept ist daher in meinen Augen gefragter den je, als Orientierungshilfe, als Richtlinie, es wird zumindest 1994, nach Anlaufschwierigkeiten von heuer, sicherlich wieder hier zu einem neuen Anlauf kommen müssen. Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mit einem Dank für die Ausarbeitung und für die Darstellung des Nachtragsvoranschlags an den Rechnungsdirektor Mag. Lemmerer mit seinem Team möchte ich abschließen und gebe im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion die Zustimmung was aber nicht beinhaltet die Zustimmung zu jenen Punkten, bei denen wir in der Vergangenheit nicht mitgehen konnten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, nächste Wortmeldung Herr Dr. Pfeil. Ich erteile ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Danke schön. Ganz so vorweihnachtlich wird es nicht. Herr Bürgermeister meine Damen und Herren ....

Unverständliches Gerede von Herrn Bürgermeister Leithenmayr.

Gelächter

... Es sind jetzt einige schöne Zahlen genannt und präsentiert worden und ich bitte um Verständnis, wenn ich jetzt nicht jeden einzelnen Posten hervornehme, ich glaube, daß ist im Sinne aller Beteiligter. Aber ich möchte schon einige High-lights hier aus diesem Nachtragsvoranschlag herausnehmen, wo wir nicht einverstanden sind. Insbesondere eben, daß man in guten Zeiten eben verabsäumt hat, rechtzeitig vorzusorgen, daß man in wirtschaftlich schlechteren Zeiten eben Geld hat. Es ist natürlich leicht, wenn eine Gewerbesteuer von einem großem Betrieb kommt, wenn man die Sparkasse verkaufen kann, zu einem entsprechenden Preis, daß hier noch dazu die Wirtschaft prosperiert, daß man da schon relativ leicht ein Budget machen kann. Nur wenn es enger wird, dann wird es notwendig sein, die Mittel bzw. ist es notwendig geworden, die Mittel aufzubrauchen. Jetzt sind wir dabei das Familiensilber aufzubrauchen bzw. besonders die Fondgelder, die sich jetzt nach dem Gießkannenprinzip verfließen und das möchte ich voranstellen, daß sollte man bzw. das hätte man für entscheidende Strukturveränderungen mitbenützen können. Ich möchte kurz auf einige Dinge im ordentlichen Haushalt eingehen. Die Rücklagenentnahmen von S 20,6 Mio. sind im Nachtragsvoranschlag besprochen worden. Ich möchte sie jetzt davon befreien, daß ich zweimal sage, was die Vorredner schon gesagt haben. Bei der Amtsgebäudenausstattung, es ist heute darüber schon einiges über Luxus gesagt worden und hier fehlt mir absolut das Verständnis dafür, daß wir in einem Nachtragsvoranschlag über Amtsgebäudenaustattungen hier in einer Höhe von zusätzlich S 1,2 Mio hier abstimmen sollen. Das ist planbar meine Damen und Herren, das kommt nicht von heute auf morgen und das ist im Budget faßbar. Es gibt überhaupt die Diskrepanz im Budget, wenn man mit einem Geld nicht auskommt, was tut man dann, dann gibt es zwei Möglichkeiten, entweder über den Nachtragsvoranschlag oder über die Kreditüberschreitung. Aber gerade dieses Amtsgebäude, diese Amtsausstattung das schmeckt uns gar nicht und es ist auch an Gremien vorbei in einsamer Entscheidung der zuständigen Stellen gemacht worden. Gerade in Zeiten wie diesen sollte man ein Zeichen setzen, daß hier Luxus nicht angebracht ist. Im außerordentlichen Haushalt, auch hier wiederum die Entnahme von aus den Sparkassenfondgelder von S 21,7 Mio. zusätzlich, macht natürlich auch keine Freude, wenn der Sparkassenfond so entleert wird, um die Budgetlöcher stopfen zu können. Bei den Mehrausgaben ist natürlich ein Punkt, der uns auch die Zustimmung nicht geben hat lassen, die Eislaufplatzüberdachung ist auch teurer geworden, auch das hat unsere Zustimmung nicht gefunden. Der Kollege Spöck hat gesagt und ich stimme im vollkommen bei es war ein Wunsch aller Fraktionen nach einem mittelfristigen Finanzkonzept. Wir

haben vor einem Jahr ein Gemeinderatsprotokoll mit der SPÖ-Fraktion unterschrieben, über das Budget 1993 und da hat sich der Referent verpflichtet, bis spätestens in der letzten Stadtssenatssitzung im 1. Halbjahr 1993 das mittelfristige Finanzkonzept vorzulegen. Sie wissen, vorgelegt worden ist es am 9. September 1993 und dieses Konzept wurde nicht einmal irgendwo besprochen, das ist wirklich ein Wunschkatalog an das Christkind und sonst gar nichts. Das sind S 500 Mio in 4 Jahren nicht finanzierbarer Abgang drinnen. Das ist kein Finanzkonzept das ist ein mittelfristiger Wunschkatalog und sonst gar nichts. Ich möchte nun doch noch auf einige Punkte auch von der kulturellen Seite eingehen, die immer wieder zu Diskussionen Anlaß gegeben haben. Wir haben für dieses Jahr vereinbart, im Finanzjahr 1993 vorzusehen für die Adaptierung Schloßmuseum S 1,1 Mio. Von dieser Summe sind bisher für Alarmanlagen etc. S 300.000,-- verbraucht worden. Sie wissen meine Damen und Herren warum dJ die Schloßgalarie nicht ausgebaut worden ist, es ist verschoben worden. Es ist aber im Gegenzug dazu versprochen worden, daß diese Mittel unverändert bleiben und das sie nicht im Nachtragsvoranschlag wegkommen. Also wenn sie diesen Nachtragsvoranschlag heute beschließen, dann werden S 800.000,– im Nachtrag gestrichen. Wir haben uns ausgemacht, daß wir nicht im Herbst die Schloßgalerie auf biegen und brechen in einer teuren Bauzeit bauen. Ich bin auch immer für das Sparen, wenn es wo geht. Es wurden auch schon Ausstellungen geplant und wir haben gesagt, daß wir, sobald es geht, Anfang Jänner dann diese Bauten in Angriff nehmen und im ersten Monat im nächsten Jahr die Rechnungen mit den Finanz von 1993 bezahlen. Wenn jetzt diese S 800.000,-- gestrichen werden, dann wird das nicht möglich werden. Im Jahr 1994 sind dafür S 1, 450.000,– vorgesehen. Auch hier wird eine Kreditüberschreitung, das kann man jetzt schon sagen, das ist kein realistischer, Ansatz auch hier wieder eine Kreditüberschreitung notwendig wird. Es sind realistisch gesehen S 2 Mio dort notwendig. Genauso, wie ich es immer gesagt, daß die sogenannte Adelsbibliothek nicht mit S 300.000,– finanzierbar sein wird. Die Adelsbibliothek hat in Summe S 1,5 Mio und wenn man die Sicherungsanlagen für das Standesamt, die dazu gekommen sind, dazu rechnet, die S 1,8 Mio gekostet gekostet haben, und S 300.000,–, das war aber schon abzusehen. Ich möchte nun auf das Veranstaltungskonto zurück kommen. Auf dem Veranstaltungskonto, wo für kulturelle Veranstaltungen S 1,5 Mio vorgesehen waren. Hier werden heute, wenn sie diesen Nachtragsvoranschlag zustimmen S 475.000,– von der Kultur, die der Kultur versprochen wurden, diese minimale Beitrag wird auch noch gestrichen. Ersatzlos. Ich möchte schon darauf hinweisen, daß das hier auch in Richtung Wortbruch geht, wir haben das vereinbart, daß diese Mitteln zur Verfügung stehen und das diese Mitteln jetzt im Nachtragsvoranschlag einfach weggestrichen werden, dafür habe ich kein Verständnis. Ich ersuche auch die Kollegen vom Kulturausschuß, und wir haben das im letzten Kulturausschuß einstimmig besprochen, daß das nicht so gehen kann, daß die Kultur vom bestehenden Budget nicht auch noch etwas zur Budgetsanierung abgeben soll. Da bin ich wirklich der Ansicht, daß sollte nicht sein. Beim nächsten Konto, daß wir besprochen haben, was wir politisch besprochen haben, wir haben gesagt, wir möchten als

Grundstein einer Kunstgalerie Bilder ankaufen, dafür wurden politisch S 300.000,-- vorgesehen, dieses Konto ist aus Gründen, welcher auch immer geleert. Auf diesem Konto sind wir jetzt im minus von S 5.000,--. Auch hier sind die Bilder des Bürgermeisters dabei, die ja bei allen Gremien vorbei gekauft wurden. Ich bin der Meinung, wenn man was für die Stadt kauft, wenn man Bilder ankauft, dann sollte das selbstverständlich über die Gremien beschlossen werden. Auch hier warte ich immer noch, daß dieses Konto ausgeglichen wird. Ich weiß schon die Reaktion vom Finanzstadtrat Zagler, natürlich kann man hier sagen, ja wir haben es ja so verbucht, dieses Konto war ja Betriebsausstattung Heimathaus. Natürlich mir aus Politiker ist das egal, was dort steht. Wir haben politisch alles besprochen und es ist hier die Unterschrift vom Fraktionsobmann der SPÖ dabei, ich lese es wörtlich vor. Für Ankäufe von Kunstgegenständen von Künstlern aus Steyr und nicht mehr und nicht weniger. Das ist politisch ganz eindeutig, ganz gleich wie es dort benannt wird. Wenn dann dort steht Betriebsausstattung Heimathaus, wenn man einen Bildankauf so benennt, dann soll es mir recht sein. Das ist mir dann egal. Abschließend möchte ich noch einmal betonen, daß es uns schon sehr am Herzen liegt, daß der Spielraum für die Stadt Steyr klein geworden ist. Wir haben Reserven gehabt, wir haben sie zum kleinen Teil noch, die Finanzlage ist nicht extrem, aber wir sollten mehr für die Zukunft darauf achten und man sollte gewisse Ausgaben besser überdenken. Ich sage ganz besonders wo Einsparungen notwendig wären und das sind unserer Meinung nach in der Verwaltung, da gehören auch die Ausstattungen von Amtsgebäuden etc. dazu. Also, unsere Fraktion wird aus diesen genannten Gründen, diesem Nachtragsvoranschlag nicht zustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Nächster am Wort, Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, liebe Damen und Herren im Gemeinderat. Ich möchte Sie nicht weiter mit besonderen Zahlen langweilen, ich möchte aber doch einiges zu der Spate Kultur sagen. Wie der Herr Kollege schon gesagt hat, sind ja S 1,5 Mio vorgesehen gewesen unter der VAST Entgeltungen für sonstige Leistungen etc., etc. Wir haben dort S 475.000 nicht entnommen. Ich muß mit Verwunderung feststellen, daß diese S 475.000,-- auf einmal weg sind. Dazu möchte ich eines sagen, wenn man die Gebarung an dieser VAST betrachtet, dann muß ich leider schon dazu sagen, daß dieses Geld im Keller verschimmelt ist. Denn die Kultur in Steyr hätte dieses Geld besonders gut gebrauchen können. Wenn ich das so betrachte, dann kann ich das entweder mit einem lachenden oder mit weinenden Auge betrachten. Einem lachenden insofern, daß der Bürger sagt, hier sind Kosten eingespart worden, mit dem weinenden Auge muß ich sagen, daß unser Kulturbudget ohnehin, wenn ich es extrem sagen, ein Mickey. Mouse Budget ist und das hier anscheinend verabsäumt wurde, dieses ohnehin geringe Budget mit diesen S 475.000,-- aufzufetten. Nach Rücksprache mit Beamten ist hervorgekommen, daß es möglich gewesen wäre, diese S 475.000,-- über Kreditübertragung oder Kreditüberschreitung an die

Zwischenruf von Herrn Gemeinderat Golltatsch: Nicht aus diesem Grund.

Da habe ich dann gesagt, der Kulturausschuß ist nur ein empfehlender Ausschuß und daß das im Stadtsenat abgehandelt werden soll. Dann ist mir von der Finanzabteilung mit einem Kurzbrief mitgeteilt worden, wir können keinen Kreditvermerk machen, deshalb kommt es nicht in den Stadtsenat. Also Herr Apfelthaler, soll ich jetzt einen Purzelbaum schlagen, oder was stellen sie sich vor. Wenn man so Kulturpolitik in einer Stadt macht, und ich stimme ihnen in einem bei, daß wir ein M.M Kulurbudget haben und wenn man zusätzlich zu diesem Budget den Kulturreferenten mit einem Ausschußvorsitzenden behindert, daß somit viele Abstimmungen negativ ausgehen, aus finanziellen Gründen und ich sage immer, und man kann es nicht genug betonen, das ist ein Kulturauschuß und kein Finanzausschuß. Dort sollen nur inhaltliche Sachen beschlossen werden. Diese zwei Weisungen haben dann so geendet, also eine ist dann vom Tisch gewesen und für die andere hat man dann einen anderen Weg gefunden, den muß man auch erst finden, aber wenn man es wirklich will, da gibt es dann diese grünen Auszahlungszettel. Also wenn man es wirklich will und nicht darüber abstimmen möchte, dann geht alles in dieser Stadt, aber nur wollen muß man. Ich wehre mich jetzt wirklich dagegen, weil ich es wirklich nachhaltig das ganze Jahr, da waren sie noch lange nicht in der Politik, versucht habe, die Kultur in Steyr zu ändern. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Also eines muß ich sagen, der Ausschußvorsitzende hat auf das Konto schon hingeschaut, wenn er gesagt hat, er hat kein Geld.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Er war aber ganz überrascht, daß wir kein Geld mehr haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich muß dazu sagen, daß natürlich zwei Dinge von Ihnen durcheinander gebracht werden. Das eine ist eine Frage der Geschäftsverteilung, die beschließt der Stadtsenat und das haben wir ausgehandelt und so ist es beschlossen worden und Sie sind der Kulturreferent. Das andere ist eine Sache, des Wahlergebnisses und nach dem d´Hondt´schen-Verfahren, gibt es hier eine Verteilung der Ausschußvorsitzenden, und nachdem wir bei den Wahlen nicht gewonnen haben wie bekannt ist, haben wir nicht zusätzlich noch etwas zu verschenken gehabt. Das sind politische Realitäten, mit denen sollten Sie sich anfreunden, Herr Dr. Pfeil. Wenn Sie das immer so hinbringen, weil der Bürgermeister etwas gekauft hat. Sie müssen die Größenordnungen sehen. Ich habe ein Foto gekauft, daß hat S 8.500,– gekostet. Das Vergrößern und der Rahmen, hat zweimal so viel gekostet, wie das Foto. Also, da werden wir uns so aufregen darüber, wenn ich um S 100 Mio ein Grundstück kaufe, dann applaudieren sie mir vielleicht. Wenn ich mir ein Foto von einem renomierten Fotokünstler kaufe, dann wird das zum Thema in der aktuellen Stunde. Man soll nur an Hand dieses Beispiels die Wertigkeit sehen, was steckt da dahinter. Es ist also so, wenn der Rahmen und das Vergößern des Bildes leider mehr kosten, als das Foto selber, dann ist das eben Betriebsausstattung und es ist unter S 40.000,– und dann ist das

Innerdienst, und dann kann eben dieser GB-Leiter das so verbuchen. Ich haben ihnen ja angeboten, daß man auch noch Bilder von einem namhaften Steyrer-Künstler, beim Prof. Mostböck kaufen sollen. In der Zwischenzeit hat sich der Stadtsenat damit beschäftigt und der Kulturbeirat, glaube ich, ist von ihnen auch mit dieser Sache konfrontiert worden, und es ist ein Vorschlag da, und ich gehe davon aus, daß dann noch einvernehmlich über die Bühne geht. Ich möchte nur nicht haben, daß wir dort das Konto überziehen. So und zum Nächsten hat sich gemeldet ... Sie, Sie waren Herr Dr. Schwager ... nein Du warst zuerst, glaube ich ... und dann Philipps in Vorbereitung. Bitte Herr Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT
DR. TILMAN SCHWAGER:
Hohes Präsidium, die an sich so schön und flott vorangegangene Gemeinderatssitzung soll jetzt nicht so mutwillig in die Länge gezogen werden. Aber die vorangegangene Wortmeldung des Herrn Affen-, Apfm- oh Entschuldigung: Des Herrn Apfelthaler ist doch Anlaß genug, um wenigsten die eine oder andere Silbe noch dazu zu bemerken. Ich meine, ich bin auch nicht so alt in der Politik, wenn aber auch einer der ältersten hier im Hause, aber eines können wir für uns in Anspruch nehmen, Herr Gemeinderatskollege, daß wir wenigstens unterscheiden können, was in einen Nachtragsvoranschlag gehört und zwischen dem, was in einen Rechnungsabschluß gehört. Das bitte ich Sie einmal anzuschauen und dann nehme ich gerne zu Kenntnis, wenn Sie ihre Kritik vortragen, aber sie muß sachlich richtig sein. Die Vorwürfe wegen nicht entnommen etc. die passen eben hier nicht herein Herr Kollege vom Gemeinderat, das muß ich ihnen sagen. Und die Vorwürfe, die Sie an den Herrn Vizebürgermeister als Kulturreferenten hier vorbringen, sind alles andere als sachlich. Wenn Sie wollen, daß wir von der Sachlichkeit abweichen, dann kann ich ihnen nur sagen, unserem Vizebürgermeister wäre es nicht eingefallen eine Vernissage in einem "Puff" abzuhalten.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, da ist noch der Eichhübl vor Dir. Herr Kollege Philipps. Bitte. Eichhübl.

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Obwohl VBgm. Dr. Pfeil bereits als Fraktionsobmann der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zum Nachtragsvoranschlag 1993 Stellung bezogen hat und auf die Anschuldigungen des Herrn Gemeinderat Apfelthaler möchte ich nicht näher eingehen, die hatte bereits Herr Dr. Schwager sehr treffend beantwortet. Ich möchte aus meiner Sicht einige Anmerkungen zu diesem Nachtragsvoranschlag hier vor diesem Gremium vorbringen. Ich möchte meine Ausführungen damit beginnen, es wurde bereits auch schon angesprochen, daß dieser Nachtragsvoranschlag ja eine Auflistung von Überschreitungen des ersten Teiles ist. Eine endgültige Budgetdarstellung und Abwicklung des Jahres 1993 wird es erst nach Vorlage des Rechnungsabschlusses am Beginn des nächsten Jahres geben. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, abgesehen davon, daß es eine Reihe von Überschreitungen im ordentlichen und auch im außerordentlichen Haushalt gibt, die wir von der Freiheitlichen

Gemeinderatsfraktion mitgetragen bzw. mitbeschlossen haben, gibt es doch eine Reihe von Bedenken und ich darf nur einige hier anführen. Die Pro-Kopf-Verschuldung wurde bereits genannt S 15.600,--, Schuldenstand Neuverschuldung S 124 Mio. sowie andere Positionen, die ich auch nur auszugsweise herausnehmen möchte, bereiten uns keine besondere Freunde. Da gibt es zB die Ausgaben für den Fußgeherübergang, der eine tolle Frequenz hat. Es gibt Gerüchte, daß bereits, er ist seit mehr als einem halben Jahr in Betrieb, 18 Bürger darüber gegangen sind. Ausweitungen im Verwaltungsbereich, der Herr Vanek glaubt die Zahl nicht ganz, er wird wahrscheinlich sagen, es waren schon 22. Ich bin dort oft unten, aber vielleicht sind sie schon öfter darüber gegangen, aber sie werden ja die Möglichkeit haben, mich zu berichtigen. Ich möchte auch die Ausweitungen im Verwaltungsbereich hier in den Vordergrund stellen, die uns keine Freude bereiten sowie die Ausweitungen im Bereich der Überdachung des Eislaufplatzes von S 5,6 Mio. Auf der anderen Seite, die Dotation von Rücklagen für die Erschließung von neuen Brunnenfelder, die naturgemäß nicht ausgeschöpft wurden von S 1,0 Mio. Ich möchte jetzt gar nicht weiter in die einzelnen Positionen einsteigen, weil bereits sehr viel dazu gesagt wurde. Ich möchte aber grundsätzlich hier feststellen und das sagen, was ich eigentlich schon seit Jahren sage. Nachdem es ja nicht möglich ist, daß beim Nachtragsvoranschlag und auch beim Rechnungsabschluß über einzelnen Positionen getrennt abzustimmen, werde ich mich aufgrund der Anmerkungen sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht bei diesem Antrag sowie meine anderen Fraktionskollegen der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, nächster Redner Herr Kollege Philipps.

GEMEINDERAT MAG. ANDREAS PHILIPPS:
Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. Herr Kollege Pfeil, ich kann sie nicht verstehen, warum sie plötzlich zu einem politischen Rundumschlag ausholen, wobei wir doch immer versucht haben, sachlich zu bleiben. Ich kann natürlich verstehen, daß es schmerzt, wenn jemand sagt, daß der Bogen überspannt wird und vielleicht ist der Bogen, von demjenigen Sprecher überspannt worden. Das will ich dahingestellt lassen. Allerdings würde ich ersuchen, hier sachlich zu bleiben und da muß ich natürlich Ihre Anschuldigung zurückweisen, daß wir zwar ideologisch auf der selben Linie sind, wobei ich selbstverständlich hier die Kultur meine, daß möchte ich ganz deutlich hervorheben, daß also hier Kunst in Steyr gemacht werden muß und auch unterstützt werden soll, daß ist keine Frage. Daß allerdings der Kulturausschuß sich als sogenannter Verhinderungsausschuß profiliert hat, daß möchte ich deutlich zurückweisen, weil es ein Unsinn ist. Wir haben also versucht, hier in unserem Ausschuß dementsprechend die Kultur in unserem Bereich zu unterstützen und haben uns in den größten Teilen geeinigt und ich glaube, es ist überhaupt nur zu zwei Abstimmungen gekommen, wo es einige Differenzen gegeben hat. Daher möchte ich deutlich sagen, daß diese Situation von wegen Verhinderung völlig aus der Luft gegriffen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Zeit, die also nicht gerade rosig ist, muß ich doch deutlich sagen, weil hier das

Thema angesprochen wurde, daß doch auch die Finanz bis zu einem gewissen Grad mitentscheidet bei Kulturunterstützung, daß ich von meiner Warte her als Vorsitzender des Kulturausschusses und auch der Kulturausschuß hat das eben gezeigt, daß unsere Entscheidungen Hand und Fuß haben sollten. Also lieber Herr Kollege Pfeil, ich kann mir wohl einen Traum genehmigen, diesen Traum so lange wie möglich spinnen, aber spätestens dann, wenn ich entscheiden muß, muß ich mir irgendwo überlegen, ob dieser Traum verwirklichbar ist oder nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube schon, daß der Stadtsenat sich deswegen des Mittels eines Kulturausschusses bedient, weil er darauf vertrauen möchte, daß hier die Entscheidungen richtig getroffen werden. Wenn ich eine Entscheidung treffe, wo ich vorher bereits weiß, und auch ich habe auf die Geschäftsstellen geschaut, daß die Entscheidung nicht durchgehen kann, dann wird mit Recht dieser Stadtsenat zu mir sagen, der Kulturausschuß wird überflüssig werden. Es kann natürlich passieren, daß man hier gewisse Diskrepanzen zusammenbringt , wenn man heute Geschäftsstellen anschaut und die Geschäftsstellen sind einmal zweckgebunden und diese Zweckgebundenheit wird von der einen oder anderen Veranstaltung nicht erfüllt, so kann hier auch nicht das Budget dafür verwendet werden. Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist leider Gottes diese Situation jetzt eingetreten, in einer Zeit wo wir eine 10 %ige Arbeitslosenrate befürchten bzw. schon kräftig anstreben, daß auch die Kultur einen Beitrag dazu leisten muß, daß es ein gewisses Sparprogramm geben wird und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sicher sein, mich schmerzt das genauso.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, weitere Wortmeldungen? Keine mehr. Schlußwort. Entschuldigung, Spätzünder noch zum Wort gemeldet. Dieser wird auch noch gezündet. Bitte Herr Kollege Zagler. Du wirst das über dich ergehen lassen ...

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Hohes Präsidium, meine Damen und Herren, ich habe letztes Jahr dem Budget nicht zugestimmt, weil es keine Ansätze gezeigt hat in unseren Referaten und ich bin bestätigt worden, im Frühling dJ durch einen Brief in einer Zeitung, wo uns der Bürgermeister ankündigt, daß er Autobusse ankauft. Wir haben dann gegenseitig Leserbriefe geschrieben, ich meine schon, diese Sache wäre letztes Jahr schon planbar gewesen. Das muß nicht sein, daß dann im Nachtragsvoranschlag diese Summen stehen. Ich glaube, es soll das Ziel sein, daß wir diese Spalte etwas kleiner zusammen bringen. Das ist, glaube ich das Ziel. Zum Personal vielleicht auch noch, es ist in der Vergangenheit gesagt worden, man ist mit der Apothekerwaage vorgegangen, aber es sind immerhin doch S 6 Mio. mehr. Es zeichnet sich hier im Rathaus ein Dualismus ab, wir schaffen jetzt immer doppelte Stellen. Wir haben eine Kontrollabteilung und wir haben jetzt ein Controlling. Es hat schon Napoleon gesagt, es ist im ein durchschnittlicher General lieber, als wie 3 sehr gute. Es werden sich die 3 sehr guten, dann öfter streiten und man braucht dann vielleicht wieder einen, den ich über diese 3 darüber stellen muß. Wir haben das auch in der Personalabteilung jetzt mit

Ruckerbauer und Zöchling. Das, glaube ich, sollten wir verhindern, daß wir das Personal immer mehr in den Stabsstellen ausweiten. Es ist auch gesagt worden, Kleinvieh macht Mist. Ich zeige hier nur einen kleinen Posten auf, es geht hier um das Wasser im Sportheim und Sportplatz Münichholz, es wurden S 20.000,-- veranschlagt und nachgetragen mit S 11.000,--, jetzt haben wir im nächsten Budget S 38.000,-- drinnen. Das sind schon Summen, wo man sich fragt, warum wird das immer mehr, ich sehe da keine Begründung darinnen. Heute in der Steyrer-Zeitung in einem Interview, sagt eine Dame, es ist weit und breit unter den Stadtpolitikern kein "Sparefroh" zu sehen, das sollte uns, glaube ich, auch zu denken geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Schlußwort der Referent.

STADTRAT MAG. HELMUT ZAGLER:
Sehr geschätzte Damen und Herren, liebe Redner, vielleicht habe ich es verabsäumt, zu sehr in das Detail zu gehen, aber als ich die Mehrausgaben vor allem des außerordentlichen Haushaltes vorgelesen habe, mußte uns allen klar sein, daß diese Mehrausgaben irgendwo ihre Deckung finden und daß das nicht ausschließlich auf dem Darlehensweg oder aus der Entnahme von Sparkassengeldern möglich ist. Sonst hätten wir keine Neuverschuldung von S 120 Mio gebraucht, sondern die, die hier aufmerksam mitgerechnet haben, werden darauf gekommen sein, daß man dann eine Neuverschuldung von S 216 Mio. gebraucht hätten. Dh also, daß ein beträchtlicher Teil dieser Mehrausgaben dadurch gemacht wurde, weil eben in einigen Bereichen Minderausgaben da waren. Dh, weil in einigen Bereichen die budgetierten Planposten nicht abgerufen wurde. Im Kultur- im Sozialbereich, im Straßen- und Kanalbau, überall gibt es Projekte die budgetiert sind, die aus irgendwelchen Gründen nicht zur Verwirklichung kommen. Genauso, wie es in allen Bereichen die Möglichkeit gibt, und das machen wir ja häufig durch Kreditüberschreitungen von besonders wichtigen Dingen, die eben nicht im Budget vorhanden sind, durchzuführen, brauchen wir eben hier ein entsprechendes mehr an Mitteln. Der Kollege Willi Spöck hat also sehr deutlich auf die dramatische Verschlechterung bei der Rücklagenentwicklung hingewiesen. Auch uns betrübt dieses und ich darf auch sagen, daß in diesem Rechnungsabschluß schon ein kleines Paket eingebaut ist, daß uns überhaupt die Möglichkeit gibt, für das Jahr 1994 für das kommende Budget den ordentlichen Haushalt abdecken zu können, um nicht dort schon in die Gefahr zu kommen, daß wir die ordentlichen Ausgaben nicht mehr durch ordentliche Einnahmen einer Deckung zuführen können. Du hast die positive Gestaltung unserer Schuldenlandschaft erwähnt. Wir werden ja in der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung diese Darlehensaufnahme zu beschließen haben und werden dann dort sehen, daß es so Richtung "Defizitspending", was auch in der Debatte vorgebracht worden ist. Nämlich dann, wenn die Privaten nicht ausgabefreudig sind, daß die öffentliche Hand hier Ausgaben tätigt, daß wir also hier ein Potential vorfinden. Wenn man die Zinsenlandschaft jetzt hochrechnen würde, man kann es nicht langfristig, es wird irgendwann eine Aufwärtsbewegung in den Zinsen geben, aber wenn man die nächsten

schlechteren Jahre, damit meine ich 1994/1995, hochrechnet, so ist durch diese gesunkene Zinsenbelastung auch eine Rückzahlungsbelastung, die haushaltsverträglich und stadtverträglich sein wird und bleibt. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, auch aus dem jetzigen Nachtragsvoranschlag den Blick in die Zukunft hier zu richten. Wenn der VBgm. Pfeil sagt, in guten Zeiten sei verabsäumt worden, zu sparen, dann muß ich sagen, ja Leopold Du hast natürlich recht, die Entwicklung der außerordentlichen Haushalte von 1986 bis 1993 lassen sich gut anschauen. S 91 Mio waren es im Jahr 1986, im Jahr 1992 haben S 394 Mio außerordentlichen Haushalt gehabt, heuer S 260 Mio., ich weiß schon, da waren Sparkassengelder dabei, da war die Geschichte mit der BMW-Gewerbesteuernachzahlung dabei und das Geld ist ja nicht nur mit der Gieskanne verspritzt worden, sonder da sind ja Investitionen für die Zukunft getätigt worden. Wenn man also sagt, wir haben nicht gespart, da seid ja gerade Ihr dabei gewesen, durch div. Forderungen im Budget, ich erinnere Dich an Deinen Auspruch, 10 % des Budgets für die Kultur zu verwenden. In der Zwischenzeit hast Du auf 4 % reduziert und in anderen Bereichen immerwieder zu sagen, da brauchen wir mehr, da brauchen wir mehr. Also man kann nicht auf der einen Seite immer mehr einfordern, wie der Gemeinderat Fürweger am Schluß gesagt hat, daß in unseren Referaten gespart worden ist und da war kein Geld da. Ich weiß nicht, was Du als Kommunalpolitiker damit meinst, mit unseren Referaten. Ich hätte Dich ja etwas höher eingeschätzt, in dem Du an das Stadtganze denkst und nicht jetzt siehst, ob das Dein Referat ist, oder Fraktionsreferat ist, oder Vizebürgermeisterreferat ist. Ich sehe das schon in der gesamten Verantwortung für die Stadt. Ich würde das nicht so auseinanderreden. Also dort die Forderung zu stellen und auf der anderen Seite zu beklagen, wir hätten nicht gespart. Mittelfristige Fianzplanung, mir Konzeptlosigkeit vorzuwerfen, Leopold, da hast Du nicht viel gedacht, denn wenn ich heute Verkehrsreferent bin und sage, es muß dringend ein Verkehrskozept her und es ist bis heute noch nicht da, und Du fährts nach Innsbruck ...

Unverständlicher Zwischenruf von Dr. Pfeil.

... und weiß ich wo hin, um das einzufordern. Du erzählst uns vor und nach der Wahl was für eine Bürgerbeteiligung nicht vorhast, wie Du nicht die Öffentlichkeit einbindest in das Verkehrskonzept, ich sehe leider sehr wenig davon. Dann wirfst Du mir bzw. unserer Abteilung vor, in einer Planung Versäumnisse zu haben und sagst, daß ist ein Wunschkatalog, ja das ist ein Wunschkatalog ...

Unverständlicher Zwischenruf von Dr. Pfeil.

... da gebe ich Dir ja recht, das ist aber der Sinn einer mittelfristigen Finanz-planung damit man eben eine Abweichungsanalyse machen kann, daß man einmal sagt, das wollen wir und das können wir finanzieren, das ist der unbedingte Aufwand und jetzt Politiker, auch Du bist da gefordert, zu sagen, wo setzten wir die Schwerpunkte. Das machst Du weder im Verkehr, das machst Du überhaupt nicht in der Kultur. Du hättest die Kulturansätze, wenn Du einen Prioritätenkatalog mit Deinem Kulturausschuß, oder mit dem Kollegen Philipps ausgehandelt hättest, hättest Du diese Dinge gehabt. Wenn Du heute sagst, S

300.000,-- hast Du für irgendwelche Kulturprojekte gefördert, ich habe mir die Ablichtung gerade geben lassen, unserer Vereinbarung, denn Wortbruch lasse ich mir nicht vorwerfen, am allerwenigsten von Dir, wenn da steht, Kunst und Kulturverein über Kulturausschuß an Stelle von S 150.000,-- S 300.000,--, das war der sogenannte Kulturmanager, inzwischen ist auf Deine Anweisungen über S 305.000,-- in diesen Konten verfügt worden. Da sind S 100.000,-- Auszahlung für die Galerie Polhammer dabei, S 100.000,-- Kreditvormerkung für die zweite Rate, der S 100.000,-- für die Galerie Polhammer. Das bitte sind die Werke, wenn da steht Ankäufe von Kunstgegenstände Steyrer-Künstler, anstelle von S 150.000,-- bei der VAST. wo die Ausstellungseinrichtungen seit Jahrzenten verbucht werden, das ist kein Einfall vom Zagler, oder vom Lemmerer, daß ist dort so verbucht worden, von S 100.000,-- auf S 250.000,-- erhöhen und da sagst Du immer und träumst immer um S 300.000,-- darfst Du Bilder kaufen. Bitte so ist das nicht, und wenn Du sagst, daß ist ein politisches Konto, ja dann verstehe ich die Politik nicht, daß bitte sind die Zahlen. Es ist wirklich der Vorwurf vom Kollegen Apfelthaler zu bestärken und ich habe es auch hier schon gesagt, an dieser Stelle, ich habe ja ein menschliches Verständnis dafür, daß ein Leiter einer Tierklinik und ein Schuldirektor von einer HAK und ein Bankdirektor von einer VB und um alle aufzuzählen, leider halt vom Zeitbudget nicht so dahinter sein können, alle diese Bewirtschaftungen im richtigen Sinn zu machen. Aber das dann dem politischen Mitbewerbern an den Kopf zu werfen, das ist eher eine unangenehme Sache. Einsparungen in der Verwaltung hast Du verlangt, auch bei den Bürogebäuden, daß teile ich in bestimmten Bereichen auch, wir brauchen keinen Luxus, aber wir brauchen eine zweckmäßige Büroeinrichtung. Einsparungen in der Verwaltung, Deine Vorschläge sind eh 25 %, jeden 4 hinauszugeben, dann haben wir die 25 % Einsparungen. Auf die Frage hin, wo das im Kulturbereich bei Dir der Fall ist, sagst Du im Museum brauchst Du wen, bei der Bibliothek brauche ich wen und dort und dort brauche ich mehr. So kann man eine Budgetkonsolitierung nicht glaubhaft durchführen. Wenn Du jetzt grüne Zetterl suchst, das ist mir überhaupt ganz neu, Helmut, das mußt Du mir bitte erklären, wie das funktioniert mit den Verfügungen. Das Du jetzt auf grüner Zetteljagd durch das Rathaus gehst, damit du etwas kaufen kannst, das durchschaue ich auch nicht ...

Zwischenruf von Dr. Pfeil: Der Kollege sagt es gerade.

... zum Abschluß darf ich vielleicht noch eines sagen, als letzte Zahlen, bevor ich bitte, über den Nachtragsvorantrag abzustimmen, die zusätzliche Darlehensaufnahme gegenüber dem Budget 1993 beträgt S 44,5 Mio, von etwa S 80 Mio. auf die berümten S 124 Mio. Die zusätzliche Entnahme des Sparkassenfonds S 23 Mio und die verminderten Rücklagenentnahmen bzw. Mehreinnahmen aus Bedarfszuweisungen, decken sich etwa ab. Sodaß diese S 64,4 Mio Zusatz im aoH einer Finanzierung zu geführt werden konnten. Ich darf noch einmal bitten, diesem Nachtrag zu zustimmen, auch wenn hier vielleicht der Herr VBgm. Pfeil so eine Art beleidigte Leberwurst ist, wenn es in seinen Referaten nicht so gelaufen ist, wie er sich das vielleicht

vorgestellt hat. Die Schuld liegt sicher nicht in der Finazabteilung, vielleicht ist seine Fraktion dbzgl. auch noch umzustimmen, daß nicht unbedingt eine Parteilinie, sondern die Sachlichkeit beim Budget und bei der Ausführung wesentlicher ist, als hier dem Befehl von oben zu gehorchen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, wir kommen nun zur Abstimmung über den Nachtragsvoranschlag 1993. Wer für diesen Nachtragsvoranschlag ist, den bitte ich ein Zeichen. Danke sehr, wer ist gegen diesen Nachtragsvoranschlag? Niemand, wer enthält sich der Stimme? 9 enthalten sich der Simme 7 FPÖ/2 GAL. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Damit kommen wir zur Behandlung der Dringlichkeitsanträge, zunächst der Antrag der GAL. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Lassen wir ...

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Zur Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Jetzt lassen wir einmal ..., das haben wir schon beschlossen. Natürlich, hat das der Gemeinderat beschlossen. So ist das, jetzt wird einmal zunächst die Begründung stattfinden, durch die einbringende Fraktion.

GEMEINDERAT
MARCO VANEK:
Der Grund unserer Antragstellung war der: Wie sie schon vielleicht Ende Oktober in den Zeitungen gelesen haben, hat die ÖBB geplant, zahlreiche Bahnverbindungen, besonders am Abend und in der Früh einzustellen. Das war aus einem internen Protokoll zu lesen, daß wir bekommen haben und aus diesem Grund haben wir uns gedacht, nachdem ja ... das haben wir letzte Woche, bei der Veranstaltung zur Westbahn sehr deutlich gehört, das ja die Steyrer Region sehr abgeschnitten ist und wenn jetzt diese Bahnverbindungen ebenfalls eingestellt werden sollten, besonders die am Abend, dann ist das für die Region ein weiterer Schritt in die Isolierung. Ich wollte auch noch dazu sagen, die ÖBB hat, nachdem das Protokoll in die Öffentlichkeit gekommen ist, die ganzen Streichungen zunächst eingestellt und möchte in nächster Zeit darüber nachdenken, wie es wirklich weiter geht, und darum ist dieser Beschluß umso wichtiger, daß wir von Stadt her klarstellen, daß wir diese Streichungen nicht haben wollen. Wir sollten für gute Verkehrsverbindungen eintreten und ich bitte sie daher, diesem Antrag zuzustimmen.

Dringlichkeitsantrag I

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Zur Geschäftsordnung, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren ich zitiere die Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr § 7, Dringlichkeitsanträge, § 1 eine Beschlußfassung über Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, ist nur im Falle der Dringlichkeit zulässig. Dringlichkeitsanträge sind schriftlich einzubringen, und müssen unter Einrechnung des Antragstellers(in) von min. 6 Mitgliedern des Gemeinderates bzw. Stadträten(in) die nicht dem Gemeinderat angehören unterstützt

sein. § 2, ein Dringlichkeitsantrag ist am Schluß der Sitzung in Verhandlung zu nehmen. Außer der Gemeinderat beschließt mit einer 2/3 Mehrheit der Anwesenden, daß der Antrag sofort, nach Bekanntgabe des Dringlichkeitsantrages durch den Vorsitzenden(e) in Verhandlung zu nehmen ist. Abs. 3, über die Dringlichkeit entscheidet der Gemeinderat, Dinglichkeitsbeschluß. Hiezu zur Dringlichkeit steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu. Bevor wir also in das Sachthema einsteigen, möchten wir über die Dringlichkeit diskutieren. Es steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Tun Sie das.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich möchte mein Recht in Anspruch nehmen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Sie sind am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Manchesmal bin ich schon ... , ich bin sonst nicht so ...

Unverständlicher Zwischenruf.

Gelächter

.... ich möchte schon darauf hinweisen, wir haben eine Geschäftsordung und wir sollten uns an die Geschäftsordnung halten, soweit es irgendwie geht und soweit es gut ist. Der Herr Bürgermeister hat gemeint, es gab einen rechtzeitig eingebrachten Antrag der Grünen Gemeinderatsfraktion und aufgrund seines Urlaubes, ist die Post nicht richtig geöffnet worden, oder nicht richtig bearbeitet worden und dadurch ist heute ein Dringlichkeitsantrag notwendig. Da muß ich schon sagen, ich erinnere mich, an eine Diskussion hier im Gemeinderat, wo ähnliches in einer Verwaltungsbehörde passiert ist, wo noch dazu ein Irrläufer unterweg war und wo ganz anders argumentiert worden ist. Da möchte ich nur das eine schöne lateinische Wort sagen: "quod licet jovi, non licet bovi".

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Bitte erklären Sie mir das, ich habe ja nicht Latein gehabt.

Gelächter

Ich muß sagen, ich habe deswegen diesen Vorschlag gemacht, damit hier ein Mißgeschick ausgeglichen wird. Ich glaube, die GAL-Fraktion hat das richtig verstanden. Ich will das nicht unterdrücken, das ist so. Zum Wortgemeldet Herr Kollege Holub, ich hoffe, daß er Latein ausreichend beherrscht, und in seiner traurigen Art fortfährt.

Gelächter

STADTRAT
KARL HOLUB:
Also wenn ich mich an die Zeit meiner Schule zurück erinne, hat der Herr Dr. Pfeil so eben zitiert: "Das alles was dem Jupiter erlaubt wäre, nicht dem Stier erläubt wäre. Was natürlich in der Natur der Dinge liegt.

Gelächter

Ich glaube, wir sollten jetzt die Debatte rund um die Geschäftsordnung nicht fortsetzen. Vollkommen richtig, es wäre jeder Frakion eine Wortmeldung

notwendigen Stellen weiter zu leiten. Man hätte sich einfach nur bemühen müssen. Jetzt ist die Frage, wer ist jetzt für dieses Geld zuständig. Es ist in erster Linie der Referent dafür zuständig, der Herr VBgm. Pfeil, dem aber immer wieder gesagt wurde, es ist kein Geld da. Mir denken uns aber, wenn ich heute für ein Ressort zuständig bin, dann muß ich schauen, was mit diesem Geld passiert, das mir zur Verfügung steht. Ich muß immer trachten, daß ich einen finanziellen Rückhalt habe in diesem Ressort, daß für meine Ausgaben und meine Wünsche genugt Geld da sind. Wenn das nicht da ist, kann man nichts machen, wenn es aber da ist, muß ich rechtzeitig schauen, daß ich es bekomme. Ich muß mir widerum überlegen, ob ich den Herrn VBgm. Pfeil beweinen soll oder ob ich ihn ein wenig zwicken soll in dieser Frage. Beweinen insofern, weil man sagen könnte, naja er ist ja noch jung in der Politik. Nach seiner Aussage ist der Magistrat ein Irrgarten, durch den er sich erst durchkämpfen muß. Wir sind eher der Ansicht, daß wir ihn zwicken sollen und möchten gerne, daß er dieses Referat zu 100 % ausfüllt. Denn wenn ich mir vorstelle, was man mit S 475.000,-- für die Kultur in Steyr hätte tun können. Wenn ich mir vorstelle, welche schönen Veranstaltungen oder welch schöne Bilder uns entgangen sind, nur weil ein Referent nicht auf sein Konto schaut bzw. erst am Ende des Jahres auf sein Konto schaut und wenn er dann noch dazu die Ausrede benützt, daß die Beamtenwillkür schuld daran ist, dann würde ich sagen, dann hat der Pfeil den Bogen gewaltig überspannt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Weitere Wortmeldung? Herr Kollege Eichhübel. Zweite Herr Vbgm. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wenn ich dazu gleich sagen darf, das ist natürlich alles ein Blödsinn was sie sagen.

Gelächter.

Herr Apfelthalter, es ist ja nicht so. Sie wissen ganz genau, ich habe mich das ganze Jahr bemüht und habe im Kulturausschuß, lange vor Ihrer Zeit, immer hingewiesen, daß Geld da ist und habe gewisse Vorstellungen gehabt, was mit diesem Geld passieren könnte. Ich habe auch immer die Untersützung des Kulturausschusses vom Inhalt her gehabt, wir waren immer einer Meinung. Inhaltlich hat jeder im Kulturausschuß gesagt, ich bin für das. Wir sollten das machen, wir sollten jenes machen. Aber wir haben leider kein Geld, daher können wir es nicht machen. Das ist der Witz dabei, die Stadt leistet sich ein Kulturamt, sie haben einen Kulturreferenten, aber nur den Ausschuß, den geben sie einem aber anderen. Der Vorsitzende des Kulturausschusses hat immer gesagt, Leute wir haben kein Geld, also müssen wir negativ abstimmen. Das kann ich belegen, das ist in jedem Protokoll nachzulesen. Obwohl ich gesagt habe, wir sind in keinem Finanzausschuß, wir sind in einem Kulturausschuß. So wurden diese Dinge negativ beschieden, obwohl sie vom Inhalt her dafür waren. Jetzt kommt der "Überschmäh", vor einigen Wochen wurden zwei Anträge aus diesem Grund negativ abgestimmt, obwohl sie inhaltlich positiv abgestimmt wurden.

zugestanden, der Rechtsberater hat beim Absatz 2 zum Lesen aufgehört, wenn er den Absatz gelesen hätte, ... aber so ist das Leben, man kann nicht alles gleichzeitig lesen.

Gelächter

Ich weiß nicht, wie man das auf Latein sagt.

Gelächter.

Da ist mir aus der Literatur auch keine Quelle bekannt. Fest steht, daß sich die Idee, sich zur Geschäftsordnung zu melden, weil Sie übergangen wurden, in dem Recht zur Wortmeldung relativ spät kommen, genauso wie der Dringlichkeitsantrag, durch den Aktenlauf notwendig wurde, aber auch die Initiative ist sicher richtig und gut, aber sie wurde ca. schon 300 x im Gemeinderat gesagt und es stimmt mich überhaupt nicht traurig, wenn ich sagen muß, ich glaube, der Gemeinderat will ohnehin das selbe, es stimmt mich aber traurig ...

Gelächter.

... daß es überhaupt notwendig ist, hier Debatten zu führen, weil es nämlich ein Witz ist, und zwar ein ganz ein schlechter Hintertreppenwitz, daß die Bundesbahn dem Bürger der Stadt zunächst einmal den Vorwurf macht, daß er nicht mit der Bahn fährt, ihm aber gleichzeitig einen nicht verlautbarten Parkplatz zur Verfügung stellt, ich glaube, wenn man jetzt 100 Leute auf der Straße fragt, ob sie wissen, wo der Park & Ride Parkplatz ist, daß das 99 Leute nicht wissen, daß damit die Bundesbahn den ehemaligen Kohlenbahnhof meint, den sie beschildert hat, aber Garsten sagt. Das ist ja die Tragödie, daß die Burschen selber nicht wissen, wovon sie reden und dagegen sollen wir uns wehren. Daß man sich nicht ein Verkehrsmittel verdienen muß, um es dann benützen zu dürfen. Der Vorwurf geht nicht nur an die Bundesbahnen, auch die Stadtwerke wären ganz gut beraten, sich hierüber Gedanken zu machen, daß nur bei einem guten Angebot an Fahrplänen und an Verfügbarkeit, auch die Passagiere kommen. Das läßt sich ganz eindeutig nachweisen, daß dort wo kein Bus fährt, auch niemand mitfahren kann. Ich weiß nicht, ob man das auch auf Latein übersetzen muß, damit es der Herr Dr. Pfeil hört, aber die ...

Unverständlicher Zwischenruf.

... oh das war schlecht bei mir, das war nur ein Freigegenstand. Das geht ganz schlecht. Die eindeutige Willenskundgebung des Gemeinderates war es schon seit Monaten, sich gegen die Einstellung der Zugsverbindungen zu wehren. Es gibt da auch einen Schriftverkehr der Gemeinde mit den ÖBB der sogar in der Schmollgruber-Jubelveranstaltung zitiert wurde. Die Veranstaltung selber war an sich eine Katastrophe, wie wir alle in Erinnerung haben, die halt dort waren, wenig genug waren es ja. Die Präpotenz der Bundesbahn war unbeschreiblich, das Bürgerforum, das dort aufgetreten ist, das war also unwürdig bis dorthinaus. Also ein Abend, der besser nicht gewesen wäre. Der Unmut des Gemeinderates über die Bundesbahn und über die "Pflanzung", die die mit unserer Region machen, sollte aber noch einmal angesprochen werden und darum bin ich auch Ihrer Initiative noch einmal dankbar. Daß Sie dieses Thema noch einmal hier hergebracht haben, weil es wirklich notwendig ist, so wie auch seinerzeit auch der Herr Dr. Schwager gesagt hat, das

"ceterum censeo", das sollte uns nicht aus dem Sinn kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
War das jetzt zur Dringlichkeit, oder war das eine Debatte?

STADTRAT KARL HOLUB:
Das war eine Debatte. Mit der Dringlichkeit halten wir uns nicht auf, Herr Doktor.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das war Holub traurig, "semper et ubique"

Gelächter

Weitere Wortmeldungen? Dr. Pfeil.

Unverständlicher Zwischenruf.

Ich bitte um Aufmerksamkeit, für die lichtvollen Ausführungen des Dr. Pfeil.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Angst, gut Latein konnte ich immer schon schlecht.

Gelächter

Also ich werde mich hüten, da vieles weiter Latein zubringen. Aber zum vorliegenden Antrag, er ist mir erst und ich finde auch, er ist wichtig und richtig, nur mit einer Resolution, werden wir so gut sie ist, warscheinlich nicht sehr viel erledigen können. Wie Herr Kollege Holub schon gesagt hat, daß haben wir schon x-mal gehört, wir haben einen Dringlichkeitsantrag hier im Jänner einstimmig beschlossen. Die Resonanz bei den entsprechenden Behörden bzw. Generaldirektoren war äußerst dürftig. Ich habe hier eine ganze Sammlung von Antworten von div. Bundesbahngeneraldirektoren bzw. auch Bundesministern, wo auf die besondere Situation des Verkehrs in Steyr, also des öffentlichen Eisenbahnverkehrs in Steyr angegangen wird. Wir leisten uns immer, wir, das ist der Steuerzahler, der Staat Österreich, wir leisten uns immer noch zwei Kraftwagendienste, die immer noch, sie geben es hier auch zu, ich habe hier ein Schreiben vom damaligen GD. Übleis, das ist noch von heuer. In diesem Schreiben steht, er gibt es zu, daß hier zwei parallel laufende Kraftwagendienste hier noch in Steyr sind. Aber er nimmt das so zur Kenntnis und das hier zwei Stationen unterhalten werden. Als Steuerzahler mißfällt mir das auch, daß die Bundesbahn weiterhin so betriebsunwirtschaftlich denkt. Ich bin schon vollkommen ihrer Meinung, es müßte etwas geschehen und nicht nur Resolutionen, das hilft zuwenig, das haben wir schon hinter uns. Es müßte etwas geschehen, daß die ÖBB und die entsprechenden Politiker im Nationlrat aber auch im Landtag und ich glaube, dort ist der Schlüsselpunkt zu sehen, daß unsere Landespolitiker sehen, daß wir aus der verkehrspolitischen Randlagen befreit werden müssen. Darum möchte ich vorschlagen, daß wir diesen Dringlichkeitsantrag etwas verbessern bzw. ich habe in gerade bekommen, hier steht unter Resolution, die geplanten Maßnahmen der ÖBB im Personalverkehr auf der Strecke zw. Steyr und Linz lassen befürchten, daß sich die Versorgungsqualität der Bevölkerung stark verschlechtern wird. Besonders davon betroffen sind

jene Menschen, die über kein eigenes Fahrzeug verfügen wie zB. ältere Menschen, Kinder, Jugendliche. Natürlich sollen die mit der Bahn fahren, aber uns geht es darum, daß der tägliche Verkehr, der Berufsverkehr, daß die Leute, die ein Auto haben, mit der Bahn fahren und ihr Auto zu Hause lassen. Da ist es einfach zuwenig, wenn man die Tagesrandverbindungen besonders heraus nimmt. Es erscheint mir wichtig, daß der tägliche Verkehr auf die Schienen kommt und daß die Wirtschaftsregion Steyr angeschlossen wird ganz gleich wie. Ob das jetzt mit einem direkten Anschluß an die Westbahn kommt oder mit einem Schnellbahnanschluß, der aber nicht von St. Valentin Richtung Amstetten gehen darf, sondern der muß nach Steyr gehen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, weitere Wortmeldung? Keine. Also Herr Dr. Pfeil, ihre Worte in Gottes Gehörgang kann ich nur sagen. Das Problem wird sein, daß die Frequenzen wirklich sehr niedrig sind. Wenn die Informationen stimmen, ist das halt nicht einfach, wenn 10-15 Leute in einem Zug sitzen, auf der Strecke von Linz nach Steyr. Mir müssen die Dinge beim Namen nennen. Wenn natürlich die Bundesbahnen immer kritisiert werden, weil sie Defizite verursachen, und dann sagt man in diesem Zusammenhang, mehr Privat weniger Staat, und wenn man dann einen neuen Generaldirektor einsetzt, der dieses Unternehmen sanieren soll und der bei seinem Dienstantritt sagt, ich gehe in ein "Spiel" um zu gewinnen, dann muß man damit rechnen, daß dieser defizitäre Zugsverbindungen möglicherweise prüft. Jedenfalls aus der Sicht des Unternehmens betrachtet sollte eingespart werden, um den Unternehmenserfolg zu sichern. Das ist auch eine Auswirkung der langen Diskussionen. Ich sage es nur, damit man diese Dinge von allen Seiten betrachtet. Das sollten wir wenigsten in diesem Gremium tun und auch in der öffentlichen Diskussion diesen Aspekt mittransportieren. Sie möchten noch einmal etwas dazu sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Darf ich von diesem Platz darauf etwas antworten? Natürlich, sehe ich auch ein, daß ein Zug mit nur 15 Leuten besetzt sehr schwer wirtschaftlich zu führen ist. Aber die Bundesbahn hat ja die Möglichkeiten, daß sie bei den Tagesrandverbindungen Züge bzw. Schienenbusse hernimmt, die teilweise in St. Valtenin übernachten. Da lohnt sich dann schon eine Tagesrandverbindung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Keine Frage, im Prinzip sind wir uns alle einig und ich glaube, daß dieser Dringlichkeitsangtrag die Unterstützung des Gemeinderates finden soll und ich gehe darum zur Abstimmung und frage, wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag? Oder übt jemand Stimmenthaltung? Dies ist nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Der nächste Dringlichkeitsantrag betrifft hier die stufenweise Anhebung des Wasserabgabepreises beginnend mit 1. Jänner 1994 und ich darf fragen, wer dazu das Wort wünscht?

Das weiß ich nicht, zur Dringlichkeit? Bitte, ja, der Herr Referent.

Unverständliches Gerede

Herr Gemeinderat Ing. Spanring verläßt um 18:00 Uhr die Sitzung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist ja nicht so genau, der Herr Dr. Pfeil wird das schon klarstellen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister. Natürlich ist das sehr genau, wir gehen nach der Geschäftsordnung vor und der Hinweis von Dr. Pfeil, so meine ich, war vollkommen richtig. Aber meine Damen und Herren des Gemeinderates, warum ein Dringlichkeitsantrag. Ich habe bereits eingangs dieser Sitzung angekündigt, daß ich heute einige unangenehme Tarifanhebungen einbringen werde und daher folgt dieser Antrag auf den Fuß. Die Dringlichkeit ist damit zu erklären, daß nicht nur durch die Wasserverunreinigung, die bis jetzt S 8 Mio. gekostet hat. Ich spreche von der Grundwasserverunreinigung im Bereich Tabor und in weiterer Folge über das Vordringen in unsere Brunnenfelder. Ich spreche auch über die Last der OÖ. Landesregierung, die nach einem anderen Kalkulationsprinzip als bisher bei der Ermittlung des Wassertarifes vorgegangen ist. Das war an sich die Begründung dafür, daß sich der Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen bereits mehrmals mit dieser wichtigen Thematik befaßt hat. Konkret ist dies am 14.10. bzw. am 11.11. 1993 geschehen. Am 11.11. deshalb, weil nach einer intensiven Diskussion grundsätzlich festgestellt wurde, daß im Hinblick auf die Absicherung unseres Überlebensmittel Wassers und den derzeitigen Tarif eine Absicherung in finanzieller Hinsicht nicht mehr möglich sein wird. Wir haben uns damals ein Ziel gesetzt, nämlich das Ziel, bis zur Finanz- und Rechtsausschußsitzung am 29.11.1993 zu einem Ergebnis zu kommen, nämlich deshalb, weil ja, wie ich meine, eine gewisse Phase der Diskussion in diesem wichtigen Bereich auch einen Zeitablauf bedingt. Der Hintergrund und darauf darf ich jetzt wirklich noch genauer zu sprechen kommen war also jener, daß am 1.1.1988 der jetzt geltende Wassertarif von S 7,26 inkl. 10 % USt. im Gemeinderat beschlossen wurde. Dieser seinerzeitige Beschluß beruhte auf einen Erlaß der OÖ. Landesregierung, die bei der Berechnung des Wassertarifes nach einem Prinzip vorzugehen beinhaltete und nicht auf eine betriebswirtschaftliche Kalkulation bedacht nahm. Es gibt aber in diesem Zusammenhang einen neuen Erlaß der OÖ. Landesregierung, nämlich vom 21.1.1993, in dem eben von diesen Prinzip der Berechnung von Wassertarifen Abstand genommen wurde und eben auf betriebswirtschaftlicher Basis diese Kalkulationen in Zukunft zu erstellen wären. Daher hat die Direktion der Stadtwerke eben auf Anregung der Revision eine Neukalkulation der Wassergebühren unter Beachtung dieser neuen Berechnungsgrundlage vorgenommen und hat festgestellt, daß inkl. eines Reinhaltungszuschlages S 13,20 ohne 10 % USt. bereits jetzt zu verrechnen wären. Das ist natürlich eine Anhebung, die, das sage ich auch ganz offen, dem Bürger in einer 1. Etappe in keiner Weise zuzumuten ist. Daher lautet der Vorschlag auf eine etappenweise Anhebung, nämlich in 3 Etappen soll dieser Wasserpreis erzielt werden, und die Begründung, die ich vorher angeführt habe, werde ich noch am Schluß meiner Ausführungen etwas erweitern. Der Antrag an den Gemeinderates lautet:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 24.11.1993 wird der etappenweisen Anhebung des Wasserabgabepreises in den Jahren 1994, 1995 und 1996, beginnend ab 1.1.1994, mit S 2,20 je m3 (exkl. Ust.) bis zur Erreichung des kalkulatorisch ermittelten Wasserabgabepreises in Anlehnung an die Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetztes 1993 und des Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung , Gem. 467/110-1993 von 21.1.1993, zugestimmt. Gleichzeitig wird die Festsetzung der Mindestbezugsgebühr bei Vorliegen eines dbzgl. Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung, die voraussichtlich in der ersten Hälte des Jahres 1994 mit den neuen Förderungsrichtlinien für Wasserbauten zum Wirksamkeitszeitpunkt notwendig sein wird, genehmigt.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, man könnte es sich jetzt leicht machen, man könnte sagen, da ja sowieso ein Erlaß des Amtes der OÖ. Landesregierung zu erwarten ist, der ca. beinhalten wird, daß eine mindest Gebühr von S 10,– anzustreben ist, dann warten wir auf diesen Erlaß und wir als Gemeinderat tun uns dann leichter und können dann auf das Land verweisen, um hier später einen Beschluß zu fassen. Ich glaube, aber so leicht sollte es sich man in diesem Bereich nicht machen. Ich habe das in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ich im besonderen keine Freude mit Tarifanhöhungen habe, aber in diesem Bereiche scheint es mir durchaus gerechtfertigt zu sein, nicht auf den Beschluß der OÖ. Landesregierung zu warten, sondern rechtzeitig Vorsorgemaßnahmen zu treffen für die Erschließung von neuen Brunnenfeldern. Das scheint mir doch sehr wichtig zu sein und ich darf sie bitten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß sie diesem Antrag auf eine 1. Etappe der von mir vorhin genannten Anhebung des Wassertarifes die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, gibt es eine weitere Wortmeldung dazu? Entschuldigung Herr Stadtrat, zunächst der Herr Gemeinderat Gollatsch, er war vor Dir.

GEMEINDERAT
RICHARD GOLLATSCH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Bürgermeister. Ich höre vom städtischen Referenten immer, und ich sehe auch hier im Amtsbericht und auch aufgrund des Amtsberichtes kann ich nicht ganz zustimmen. Dieser Wasserabgabepreis, der es den Stadtwerken wegen steigender Aufwendungen nicht mehr ermöglicht usw., entsprechende finanzielle Rücklagen für die Erschließung eines neuen Grundwasserfeldes zu bilden, birgt auch die Gefahr usw. Ich verstehe eines nicht und wir haben vorher den Nachtragsvoranschlag gesehen und hier sehe ich bei Minderausgaben ein Nichtansprechen der Stadtwerke von S 1 Mio zur Erschließung neuer Brunnenfelder.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, Herr Kollege Schloßgangl, und dann Zagler.

STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Im letzten Kommunalausschuß haben wir über diese Erhöhung für die

Wassergebühren lang und ausführlich diskutiert. Der Vorschlag, der Direktoren der Stadtwerke wäre S 13,20 je m3 gewesen. Natürlich traut man sich nicht, daß in einem durchzuziehen, es würde doch eine 100 % Teuerung bedeuten. Wir haben dieses Problem eigentlich schon viele Jahre auch bei anderen Tarifen mitgenommen und wenn man sich den Bericht hier ansieht, dann sieht man, daß seit dem 1.1.1988 keine Erhöhung oder Wertanpassung stattgefunden hat. Dann kommt es zu der Tragik, daß durch die normale Indexsteigerung schon ein hoher Betrag verloren geht und nach 5 Jahren ist die entsprechende Erhöhung dann so gravierend, daß man sich aus politischer Überlegung kaum darüber traut. Ich glaube, wenn wir jährlich ein Budget erstellen wollen und wenn wir alle wissen, daß der Abgang bei den Stadtbetrieben und speziell auch bei den Wasserwerken für die Vorsehung und Erschließung neuer Grundwasserreserven groß ist bzw. keine Mittel da sind, dann muß man einer etappenweisen Erhöhung so wie sie hier vorgeschlagen zustimmen. Ich würde jedoch vorschlagen, daß, wenn diese Mindestgebühr von S 13,20 im Jahre 1996 erreicht wird, daß dann jährlich Indexanpassungen vorgenommen werden, damit automatisch hier ein geringer Aufschlag für die Bevölkerung zum Tragen kommt und nicht nach 5 oder mehr Jahren dann eine riesige Erhöhung dann alle trifft. Wir wissen, wie wertvoll und wenig und kostbar Wasser ist, und daher sollten wir Vorsorge treffen, auch für die Erschließung weiterer Grundwasserreserven und die nötigen Mittel bereit stellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Schlußwort, keine weitere Wortmeldung.

Unverständliches Gerede.

Herr Gemeinderat Strasser verläßt um 18:15 die Sitzung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister. Ich möchte im Schlußwort, das ich ihnen versichere, sicher sehr kurz ausfallen wird, nur auf die Frage von Gemeinderat Gollatsch eingehen, der nicht ganz verstanden hat, worum diese S 1 Mio., die heute im Nachtragsvoranschlag genannt wurd, von den Stadtwerken zur Erschließung von neuen Brunnenfeldern nicht in Anspruch genommen wurde. Ich selbst habe in meiner Wortmeldung mit bedauern festgestellt, daß es sich nur um eine S 1 Mio. handelt. Ich darf daher an sie Herr Gollatsch die Gegenfrage richten, wie stellen sie sich das vor, daß man mit S 1 Mio. neue Brunnenfelder erschließen kann. Ich glaube, da geht es auch darum, wenn man davon jetzt Abstand nimmt ...

Unverständlicher Zwischenruf

... wenn man jetzt davon Abstand nimmt, daß die örtlichen Bereiche angesprochen werden, so darf ich in Erinnerung rufen, daß bereits seit Jahren in Diskussion steht ...

Zwischenruf: da kann man 1 Million nicht ...

... auch die Stadt Steyr mit einzubinden in einer größe Grundwasseraufschließung, nämlich in Molln, da möchte ich keineswegs jetzt irgendwelche Verantwortungen

abschieben, aber daß das doch in erster Linie von Seiten des Landes zu erledigen ist. Da wird es auch sicherlich notwendig sein, entsprechende Rücklagen zu bilden. Aber ich hätte wirklich sehr gerne gesehen, wenn wir für das nächste Budgetjahr einen größeren Betrag vorsehen würden ...

Unverständlicher Zwischenruf.

... weil ich bin nicht unbescheiden, aber ich habe nochmals, das muß mir jemand erklären, was man mit dieser S 1 Mio. beginnen soll. Ich glaube ...

Unverständliche Zwischenrufe.

man sollte sich darüber Gedanken machen, was in der Wasserversorgung und Erschließung neuer Brunnenfelder für technische Hintergründe und somit auch Kosten verbunden sind. Ich darf nur daran erinnern, daß ich bereits vor diesem Gemeinderat sehr ausführlich über die Bohrungen im Zusammenhang mit der Hochwassersanierung gesprochen habe und Herr Oberst Gollatsch, ich lade Sie gerne ein, sich einmal das anzusehen, was da mit S 1 Mio anzufangen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Wird nicht geübt, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir haben somit die Tagesordnung erschöpft und ich darf mitteilen daß wir heute Beschlüsse zur Kenntnis genommen bzw. Veranlassungen zur Ausgabe vorgenommen haben im Ausmaß von S 8,408.600,– . Wir kommen zur aktuellen Stunden, ich darf fragen, SPÖ irgendwelche Themen, nein. FPÖ Themen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Nein Danke.
BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein. ÖVP?

ZWISCHENRUF: nein

GAL, keine.

Applaus.

Meine Damen und Herren, damit sind wir tatsächlich am Ende unserer Sitzung angelangt, wir werden uns noch einmal heuer sehen. Ich danke Ihnen für die heutige Anwesenheit und schließe die Gemeinderatssitzung.

Unverständliches Gerede

Ende der Sitzung: 18:22 Uhr.

Der Vorsitzende:

Bürgermeister Hermann Leithemayr
eh

Die Protokollführer:

OMR Mag. Augustin Zineder eh

Andrea Garstenauer eh

Die Protokollprüfer:

GR. Dr. Tilman Schwager eh

GR. Kurt Apfelthaler eh

Der Vorsitzende:

Bürgermeister Hermann Leithemayr

Die Protokollführer:

OMR Mag. Augustin Zineder

Andrea Garstenauer

Die Protokollprüfer:

GR. Dr. Tilman Schwager

GR. Kurt Apfelthaler